S D S – K O R R E S P O N D E N Z

Nr. 3 OKTOBER 1966

DIE 21. ORDENTLICHE DELEGIERTENKONFERENZ

DES SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN STUDENTENBUNDES

<u>Inhalt</u> Seite

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)
6 Frankfurt am Main - 1 , Wilhelm - Hauff - Str. 5 , Tel. 77 64 22, 70 38 63, 77 87 23

BESCHLUSSPROTOKOLL

der 21.ordentlichen Delegiertenkonferenz des
Sozialistischen Deutschen Studentenbundes
vom 1. – 4. September 1966 in Frankfurt/Main

INHALTSVERZEICHNIS:

I. Zur innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik

1. Notstandsgesetzgebung

Der SDS kämpft gegen jede Notstandsgesetzgebung. Aber er weiß, daß dieser Kampf nicht allein für die Erhaltung der demokratischen Form geführt werden kann, sondern sich vor allem vom gesellschaftlichen Inhalt der Gesetze leiten lassen muß.
Nach der Niederlage des Faschismus konnte der Kapitalismus in der Bundesrepublik nur erhalten werden durch eine politische Verfassung, die den Forderungen der arbeitenden Klasse auf politische und soziale Gleichberechtigung gerecht wurde. Aber der fundamentale Widerspruch dieser Verfassung war, daß sie den gesellschaftlich herrschenden Klassen die politische Garantie ihrer Herrschaft formal verweigerte, während sie den gesellschaftlich beherrschten Klassen durch das allgemeine Wahlrecht, das Koalitionsrecht und partielle sozialstaatliche Zugeständnisse die Möglichkeit gab, die gesellschaftliche Macht der Besitzenden im Rahmen der bürgerlichen Demokratie einzuschränken und für eine Umgestaltung der Gesellschaft zu kämpfen.
In der Entwicklung der Bundesrepublik wurden diese Rechte der gesellschaftlich beherrschten Klassen Zug um Zug eingeschränkt und die Funktionen und Zwangsmittel des Staatsapparates im Dienste der Bourgeoisie erweitert. Die Niederlage der Gewerkschaften in den meisten sozialen und politischen Kämpfen, die Einführung der Wehrverfassung, das Verbot der KPD, die zunehmende Verselbständigung der Exekutive, die Entfunktionalisierung der politischen Parteien allgemein und der Oppositionspartei im besonderen, die teilweise Integrierung der Gewerkschaften in das System der bürgerlichen Herrschaft und die Manipulation und Nivellierung des politischen Bewußtseins haben der arbeitenden Klasse schrittweise die Möglichkeit eines organisierten Kampfes gegen den Kapitalismus beschnitten.
Dagegen hat die zunehmende Verflechtung der staatlichen Bürokratie mit den Monopolen und deren Verbänden die Integration der organisatorischen Spitzen von Parteien und den meisten Verbänden eine politisch-ökonomische Machtelite entstehen lassen, die mit dem Instrumentarium des politischen Apparates die Produktion und Reproduktion des Kapitals leitet.

Am Ende der 'Wirtschaftswunder' in den meisten kapitalistischen Ländern, wo seit kurzem die Wachstumsraten auf ein zwar konstantes aber geringes Maß geschrumpft sind, sieht sich die politisch-ökonomische Machtelite einer Situation gegenüber, in der die sozialen Versprechungen auf ständige Erweiterung des Konsums und des Lebensstandards allgemein an die Grenze der Leistungsfähigkeit des Kapitalismus stossen. Was einmal aufgrund der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Monopolkapitals als Inhalt der nachfaschistischen Demokratie ausgegeben wurde, nämlich die ständige Hebung des Lebensstandards, und was von den Organisationen der Arbeiterklasse allmählich als Inhalt ihres Kampfes innerhalb der bürgerlichen Demokratie anerkannt wurde, droht angesichts der Reproduktionsschwierigkeiten des Kapitals umzuschlagen in den Inhalt des Kampfes gegen das Kapital. Demokratische Prinzipien und Formen, einmal auch von der Bourgeoisie anerkannt, werden ihrem konkreten gesellschaftlichen Inhalt nach antikapitalistisch: sie bedrohen die Herrschaft der bürgerlichen Machtelite.

Es wird heute offenbar, daß der bürgerliche Staat stets auf Gesetz und Gewalt sich stützte. Wie immer, wenn die bürgerlich-demokratischen Formen der Kapitalsherrschaft gefährlich werden, müssen sie zurücktreten hinter den reinen Repressionscharakter des Staatsapparates. Die Gewalt wird konkret und erfaßt alle gesellschaftlichen Bereiche.

Die neue Phase der bürgerlichen Herrschaft, die nach Beendigung der Phase des Wiederaufbaus und des Aufstiegs eingetreten ist, bringt deshalb den Versuch des Monopolkapitals, eine neue Form ihrer Herrschaft durchzusetzen. Diese neue Form kündigt sich an in dem Versuch der Beseitigung elementarer ökonomischer Rechte der Arbeiter, wie den Versuch der Blockierung weiterer sozialer Forderungen und Kämpfe, und den Versuch der endgültigen Integration der Gewerkschaften durch Druck und Bestechung;

den Aufbau eines militärischen Apparates, dessen Bestimmung nun auch sein soll, gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Im Rahmen des Abbaus der bürgerlichen Demokratie wird die allgemeine Militarisierung des öffentlichen Lebens angestrebt, die Freiheit der intellektuellen und der politischen Diskussionen eingeschränkt.

Die 'Formierung' der innenpolitischen Verhältnisse wird zur wesentlichen Voraussetzung für die Außenpolitik der Bundesrepublik. Notstandsgesetzgebung, die Stärkung der Exekutive und die Stabilisierungsgesetze blockieren die Entwicklung der demokratischen und sozialistischen Opposition, die allein wirksam die aggressive Expansion des Kapitals verhindern kann. Der Alleinvertretungsanspruch für Deutschland, die Forderung nach Wiedervereinigung unter kapitalistischen Bedingungen, die ökonomische und militärische Unterstützung der Kolonialherrschaft, die finanzielle und moralische Unterstützung der USA im Vietnam-Krieg sind deutliche Anzeichen für die bereits existenten Formen imperialistischer Außenpolitik. Der Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung beinhaltet daher den Kampf gegen diese aggressive Außenpolitik.

Diese neue Form der Herrschaft wird bereits in weiten Bereichen ohne Ausrufung des Notstands realisiert. Die darüber weit hinausgehenden Möglichkeiten der Ausrufung des Notstands, der Schubladengesetze, die die Einrichtung von Konzentrationslagern ermöglichen, ersticken durch ihre bloße Drohung die verbliebenen Reste an bürgerlicher Demokratie und ermöglichen gleichzeitig den späteren Übergang zur offenen Gewaltherrschaft.

Es genügt nicht, den Befürwortern der Gesetze nur argumentierend gegenüberzutreten. Da die Notstandsgesetze eine der wesentlichen Erscheinungen des Klassenkampfes in der spätkapitalistischen Gesellschaft sind, geht der SDS von der Einsicht aus, daß sozialistische Argumente sich letztlich nur dann durchsetzen können, wenn sie unlösbarer Bestandteil des politisch-praktischen Kampfes der Notstandsgegner sind und in diesem orientierend und bewußtseinsbildend wirken.

Die allgemeine Oppositionsbewegung gegen die Notstandsgesetze, die vor allem in den Gewerkschaften, bei den Professoren und Intellektuellen Rückhalt hat, betrachtet die Erhaltung der politischen Demokratie und der sozialen Rechte der Arbeiterklasse als ihre vordringliche politische Aufgabe. So war es vor allem der Widerstand der Gewerkschaften und ihre Drohung im Sommer 1965, die Mitglieder ihrer Organisation zu außerparlamentarischen Aktionen zu mobilisieren, die die Änderung der Verfassung mit Zustimmung der SPD verhindert hat. In solidarischer Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppen der Notstandsopposition - Gewerkschaft, Professoren und Intellektuellen, besonders auch den demokratischen und sozialistischen Jugendverbänden - wirkt der SDS auf eine Politik der Vereinigung zu wirksamer Aktion hin. Ziel dieser Politik muß die Organisierung der spontanen Gegenreaktion auf vorliegende Gesetzes- und Verordnungsentwürfe zu einer politischen Kraft sein. Als Studentenverband betrachtet er es als eine vordringliche Aufgabe, mit der Mobilisierung der Studenten zugleich die oppositionelle Tendenz unter den Professoren und Intellektuellen zu fördern. Er betrachtet die Entwicklung der Intellektuellenopposition als notwendiges Mittel zur Stärkung der Notstandsopposition. Die bisherige Zurückstellung der verfassungsändernden Notstandsgesetze und die wiederholte Zurücknahme von Vorlagen in den Notstandsentwürfen der Bundesregierung ist ein Erfolg anhaltenden Druckes der demokratischen Opposition und ihres aktiven, kompromißlosen Kerns.

Der SDS lehnt jede Notstandsgesetzgebung ab und vertritt in diesem Kampf sozialistische Positionen. Durch die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie zusammen mit allen anderen Notstandsgegnern verteidigen wir die sozialen und politischen Rechte der Arbeiter und der gesamten Bevölkerung gegen die Bourgeoisie, die diese Rechte liquidieren will.

Der SDS erkennt die Notstandsgesetze als Mittel des Klassenkampfes in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Der SDS ist sich darüber klar, daß die endgültige Überwindung der Tendenzen, die sich in den Notstandsgesetzen äußern, die Überwindung der Herrschaft der Bourgeoisie verlangt. Die

bloße Forderung nach parlamentarischer Beschränkung der Herrschaft der Bourgeoisie begreift nicht die Ursachen der Tendenzen zur Diktatur. Der Kampf um die Erhaltung der bürgerlich-demokratischen Rechte der Arbeiter und der gesamten Bevölkerung muß deshalb vom SDS verstanden und geführt werden als eine Form des Kampfes für die Überwindung der Klassenherrschaft überhaupt.

Der Erfolg unseres Kampfes bemißt sich deshalb nicht allein an der Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung, sondern an dem durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspotential und politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse.

Der SDS begreift sich in diesem Sinne als konsequentesten und zugleich weitertreibenden Teil der breiten oppositionellen Bewegung gegen die Notstandsgesetze.

2. Aufhebung des KP-Verbotes

Anläßlich des 10. Jahrestages des KPD-Verbotes bekräftigt der SDS seine bisherigen Beschlüsse und tritt erneut für die Aufhebung dieses Verbotes ein.
Er erklärt darüberhinaus seine Verbundenheit mit all denen, die jetzt unter schweren Repressalien leiden leiden, weil sie für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten.

3. Redneraustausch und "Freistellungsgesetz"

Der SDS bedauert, daß der mögliche Redneraustausch zwischen SED und SPD an dem unrealistischen und reaktionären Alleinvertretungsanspruch der Bundestagsparteien und der Bundesregierung gescheitert ist. Besonderen Ausdruck fand diese Politik im "Freistellungsgesetz", das daran festhält, daß DDR-Bürger grundsätzlich der bundesdeutschen Justiz unterstellt sind und davon nur diskriminierende Ausnahmen zuläßt. Der SDS ist nach wie vor der Meinung, daß die Anerkennung der Existenz zweier deutschen Staaten nötig ist.

4. Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik

Einige Vorfälle in der letzten Zeit haben erneut den Anstieg rechtsradikaler Tendenzen unter den Studenten gezeigt. Diese Entwicklung hat ihre Ursache in der politischen Entwicklung der BRD, die, wie dies weltweit geschieht, mehr und mehr von der liberalen Marktwirtschaft zu staatsinterventionistischer Planung übergeht. Ausdruck dieser Notwendigkeit innerhalb dieser Phase des kapitalistischen Systems ist unter anderem ein solches Konzept wie das der "Formierten Gesellschaft" der CDU und sind jetzt die Stabilisierungsgesetze.
Erforderlich für die Durchführung dieser Maßnahmen ist eine innenpolitische Disziplinierung, deren Werkzeug unter anderem die NS-Gesetzgebung darstellt.
Im politischen Bereich wird das deutlich am rapiden Anwachsen der NPD und der relativen Stärkung der CSU wie des rechten Flügels der CDU in der letzten Zeit. Derartige Tendenzen bezeichnen eine zunehmende Polarisierung der politischen Positionen in der BRD. Für die Situation der Hochschule bedeutet dies, daß zwar einigen Studenten sozialistische Positionen einleuchtender erscheinen mögen als früher - für eine große und wachsende Anzahl trifft aber zu, daß sie rechtsradikalistische Aktivitäten als echte Alternative zu der derzeitigen Politik der Bundesregierung betrachten. Solche Aktivitäten knüpfen bei ihren Adressaten an latente autoritäre Bewußtseinsformen an und machen sie dadurch der Manipulation zugunsten solcher Positionen zugänglich.
Schätzungen über den Stand dieser Entwicklung, die alle als nicht methodisch gesichert erscheinen,

geben eine Dunkelziffer von 5 - 7 % an.

Eine Untersuchung, die rechtsradikale Tendenzen unter diesem Gesichtspunkt zu behandeln hätte, müßte folgende Punkte enthalten:

1. Es scheint nicht ganz ausgeschlossen zu sein, daß die autoritäre Struktur der Bundeswehr und vor allem das ideologische Milieu, dem die Soldaten 1 1/2 bis 2 Jahre ausgesetzt sind, nicht ganz unschuldig an der Ausbildung rechtsextremer Bewußtseinshaltungen sind.
2. Es scheint, daß Angehörige gerade solcher Fakultäten anfällig für Rechtsextremismus sind, in denen politische Abstinenz gepflegt wird: also vor allem in den naturwissenschaftlichen Fakultäten (Landwirtschaft-, Human- und Veterinärmedizin); es scheint auch so zu sein, daß die Vernachlässigung der Reflexion auf die politische Wirksamkeit juristischer Formalien ebenfalls zu einem tendenziell rechtsextremen Bewußtsein in den juristischen Fakultäten führt.
3. Es scheint, daß die Korporationen und der in ihnen gepflegte Geist etwa die autoritäre Struktur, das esoterische Gehabe, nicht ganz unschuldig an der Bildung und Förderung rechtsextremistischer Bewußtseinshaltungen sind.
4. Vielleicht sollte man eine Untersuchung auch an den Anstalten durchführen, die Volksschullehrer ausbilden. Gerade hier scheint eine Untersuchung besonders wichtig zu sein, weil die Absolventen solcher Anstalten eine viel größere, wenn auch anonymere Breitenwirkung haben als die Absolventen der Universitäten, die als Erzieher auf einen kleineren Kreis einwirken können. Vielleicht sollte in dieser Einsicht einmal erneut die Tradierung rechtsextremer Gedanken in der Schule untersucht werden.

Eine möglichst große Repräsentativuntersuchung, die ein genaues Bild über die tatsächliche Verteilung rechtsextremer Aktivitäten und Bewußtseinsformen liefert, ist für die Arbeit aller SDS-Gruppen an den Hochschulen, sowie in der Öffentlichkeit überhaupt von entscheidender Relevanz.

II. Zur Entwicklung in Asien und Lateinamerika

1. Vietnam

I.

Der Vietnamkrieg ist ein nationaler und sozialer Befreiungskampf der südvietnamesischen Bevölkerung und zugleich ein Akt politischer Notwehr

Alle unvoreingenommenen wissenschaftlichen Untersuchungen über die politischen und sozialen Verhältnisse in Südvietnam stimmen darin überein, daß die Regierungen in Saigon nichts dafür getan haben, die elementaren Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. In Südvietnam lebte stets und lebt auch heute noch eine winzige parasitäre Minderheit auf Kosten der übergroßen Mehrheit. Durch Korruption und Diebstahl eignet sich eine aus Großgrundbesitzern, Beamten und Offizieren, Großkaufleuten etc. bestehende Oberschicht die Ergebnisse der Arbeit der großen Masse des Volkes an.

Bereits im Kampf gegen die französische Kolonialherrschaft hatten die Vietminh - insbesondere durch eine Agrarreform - den Weg aus diesen unhaltbaren gesellschaftlichen Verhältnissen gewiesen. Aber der Abzug ihrer Truppen aus dem Süden des Landes und die Etablierung des Diem-Regimes in Saigon als Folge des Genfer Indochinaabkommens von 1954 brachte den südvietnamesischen Bauern die Rückkehr der in die Städte geflüchteten Großgrundbesitzer und die Wiederherstellung der alten feudalen Sozialstruktur auf dem Dorfe.

Eine solche Politik konnte mit demokratischen Mitteln nicht durchgesetzt werden. Um ihre Privilegien zu erhalten, mußten die herrschenden Oberschichten die im Genfer Abkommen vorgesehenen Wahlen mit

Gewalt verhindern. So wurde ein aus Armee und Polizei bestehender Terrorapparat aufgebaut, mit dem die gesamte innenpolitische Opposition ausgeschaltet werden sollte. Dieser blieb schließlich - als ihr die physische Vernichtung drohte - keine andere Wahl, als sich mit Gewalt zu wehren.

Der bewaffnete Widerstandskampf gegen das halbfaschistische Regime in Saigon ist erwiesenermaßen nicht in Hanoi ausgelöst worden; seine Wurzeln liegen in der unerträglichen Ausbeutung und Schreckensherrschaft, die das Diem-Regime ebenso wie alle späteren Saigoner Regierungen für die Bevölkerung bedeuteten.

Die vietnamesischen Oberschichten wären aber niemals zur Versklavung der großen Masse der Bevölkerung imstande gewesen, hätten sie nicht von Anfang an die massive Unterstützung der USA gefunden. Unter Verletzung des Völkerrechts hat die US-Regierung das Genfer Abkommen, zu dessen Einhaltung sie sich verpflichtet hatte, gebrochen, sie hat das korrupte und terroristische Diem-Regime in Saigon in den Sattel gehoben und damit den Vietnamkonflikt heraufbeschworen.

Da die als Soldaten zwangsrekrutierten Südvietnamesen offensichtlich nicht bereit sind, gegen ihr eigenes Volk und ihre eigenen Interessen zu kämpfen, hat der Vietnamkrieg offen die Form eines Kolonialkrieges angenommen - die USA nehmen heute die Stellung der alten Kolonialmacht Frankreich ein.

Der Vietnamkonflikt ist keine zufällige Einzelerscheinung, sondern ein Modellfall für ähnliche - bereits sich entfaltende - Konflikte in den anderen halbkolonialen Agrarländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Allen diesen Ländern ist ökonomische Stagnation und lebensbedrohende Armut gemeinsam, wofür vor allem die bestehenden Herrschaftsverhältnisse verantwortlich sind. Überall blockieren die gemeinsamen Interessen schwacher einheimischer Oberschichten und deren ausländischer Verbündeter den sozialen Fortschritt. Diese "unheiligen Allianzen" eignen sich die gesellschaftlichen Reichtümer der Länder der "Dritten Welt" an und verhindern die rationale Nutzung der vorhandenen Produktivkräfte. Diese Gegensätze zwischen den Völkern der "Dritten Welt" einerseits und den einheimischen und ausländischen Oberschichten andererseits verschärfen sich immer mehr. Der Anteil der "Dritten Welt" an der Weltbevölkerung nimmt ständig zu - ihr Anteil am Welteinkommen vrringert sich. Die diesen Ländern gewährte "Entwicklungshilfe" schafft keine Voraussetzungen für ein schnelles wirtschaftliches Wachstum aus eigener Kraft. Die laufende Verschlechterung der Preise ihrer Rohstoffausfuhren, die gleichzeitige Verteuerung ihrer Fertigwareneinfuhren, die diskriminierenden Zollpraktiken der westlichen Industrieländer, die laufenden Kapitalabflüsse durch neokoloniale Extraprofite einerseits und die Flucht einheimischer Gelder ins Ausland andererseits führen zu wirtschaftlicher Stagnation und ständig wachsender Verschuldung jener Länder.

Die ökonomische Ausbeutung, die soziale Unterprivilegierung und die daraus resultierende politische und rechtliche Unterdrückung der Volksmassen der "Dritten Welt" macht deren Emanzipation zur zwingenden Notwendigkeit.

Dies bedeutet aber für die herrschenden Klassen der kapitalistischen Industrieländer den Verlust umfangreicher ökonomischer und politischer Privilegien.

Von allen Beteiligten wird der Vietnamkonflikt als ein Modellfall kolonialer Revolution und Konterrevolution begriffen; in ihm wird bewußt das technische und taktische Instrumentarium gewonnen und vermittelt, das die erfolgreiche Bekämpfung sozialer Revolutionen nicht nur "hier und jetzt", sondern "immer und überall" ermöglichen soll.

Der Abzug der amerikanischen Truppen und die demokratische Regierungsübernahme in Vietnam durch die nationale Befreiungsfront wäre für andere Emanzipationsbewegungen ein neuerlicher Beweis für die Möglichkeit ihrer Befreiung und ein mächtiger Antrieb in ihrem Kampf. Diese exemplarische Bedeutung des Vietnamkonflikts haben die Machteliten der USA klar erkannt - sie ist der Hauptgrund für die Hartnäckigkeit, mit der die USA an ihrer Position festhalten.

Die Interventionspolitik der USA bedroht nicht nur die Existenz des vietnamesischen Volkes, sie widerspricht auch den elementaren Lebensinteressen der großen Mehrheit der Bevölkerung in den USA und den ihr verbündeten Ländern.

Schon heute fordert der Vietnam-Krieg auch vom amerikanischen Volk immer mehr Menschenleben, immer höhere Rüstungsanstrengungen und die verstärkte Militarisierung des öffentlichen Lebens. Maßnahmen für notwendige innere Strukturreformen wurden bereits zurückgestellt. Amerikanische Waffen stützen nicht nur in Südvietnam volksfeindliche Regime. Wie die Landung von US-Truppen in der Dominikanischen Republik erneut zeigte, ist die Intervention in Vietnam keineswegs ein Einzelfall der Unterdrückung demokratischer Bewegungen. Besonders in Lateinamerika mehren sich die Ansätze zu Volksbewegungen gegen die lebensbedrohende Ausbeutung durch die Allianz der großen US-Industriekonzerne mit den einheimischen Großgrundbesitzern und den von der Regierung der USA ausgehaltenen Militärs. Ein Teil der Bevölkerung der USA hat inzwischen erkannt, daß die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts für andere Völker die eigene Demokratie gefährdet und mit gesellschaftlichem Fortschritt im eigenen Lande unvereinbar ist; daß das Selbstbestimmungsrecht für die armen Völker der "Dritten Welt" auch dann anerkannt werden muß, wenn diese die zur Überwindung ihres Elends notwendigen sozialistischen Formen der Produktion entwickeln. Die Völker der reichen Industriegesellschaften des Westens sind nicht angewiesen auf wirtschaftliche Ausbeutung, politische oder militärische Beherrschung armer Völker. Allein für eine schmale Oberschicht von Industriellen, Financiers, Militärs und deren politische Interessenvertreter sterben US-Soldaten in Vietnam.

Der Vietnamkonflikt hat die Tendenz, sich zu einem großen, allgemeinen Krieg auszuweiten.

Die Kampfhandlungen wurden bereits auf Laos, Kambodscha und Nordvietnam ausgedehnt. Ein Teil der Führung der USA fordert offen den Präventivkrieg gegen China. Der Versuch, die anwachsenden Emanzipationsbewegungen in der "Dritten Welt" gewaltsam niederzuhalten, muß zu einer Verschärfung der weltpolitischen Spannungen führen. Eine solche globale Auseinandersetzung ist langfristig kaum lokalisierbar.
Mit der wirtschaftlichen und militärischen Anspannung der USA in Vietnam und an anderen Krisenherden wächst der Druck der US-Regierung auf ihre Verbündeten, sich an den Lasten dieser Politik und ihren kriegerischen Folgen zu beteiligen. Weitere Mächte werden in diese Konflikte hineingezogen werden. Das betrifft vor allem die mit den USA ökonomisch, militärisch und politisch eng verflochtene Bundesrepublik.
Durch ihre Wirtschaftshilfe an die Regierung des General Ky ist sie bereits – neben den USA – zur Hauptstütze eines Regimes geworden, das sich auf Adolf Hitler als Vorbild beruft. Nachdem das direkte militärische Engagement der Bundesrepublik in Vietnam vorläufig abgewendet werden konnte, besteht die Gefahr, daß die Bundesregierung den Krieg der USA in Vietnam unterstützt um damit die Mitverantwortung über Atomwaffen einzuhandeln. Selbst wenn es in diesem Fall noch nicht zu einem direkten militärischen Engagement Westdeutschlands kommt, können doch an die Stelle der nach Vietnam verlegten US-Truppen neue aufgestellte Bataillone treten.
Eine derartige Entwicklung wäre notwendigerweise der Wiederbeginn des Kalten Krieges in Mitteleuropa und würde die Verschärfung der mit den Notstandsgesetzen ohnehin schon offen geplanten Entdemokratisierung und Militarisierung der Bundesrepublik, die Verschärfung des Angriffes auf den sozialen Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten bedeuten.

Aus diesen Gründen erklären wir uns mit den Forderungen der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams und der amerikanischen Opposition solidarisch, die die Beendigung des Vietnam-Krieges durch den sofortigen Abzug der Truppen der USA fordern;

fordern wir die Einstellung jeder Hilfe der Bundesrepublik an das Saigoner Regime;

wenden wir uns gegen jede Erhöhung der Rüstungsausgaben;

kämpfen wir für die in der Verfassung der Bundesrepublik festgelegten Prinzipien der politischen Demokratie, die die demokratische Bestimmung auch der Außenpolitik der Bundesrepublik ausdrücklich vorsieht und die daher den Ansatzpunkt bietet, mit demokratischen Mitteln einen entschiedenen Kampf gegen jede Beteiligung der Bundesrepublik an Angriffskriegen zu führen.

II.

Der SDS begrüßt und unterstützt die verschiedenen Formen des Engagements, die geeignet sind, der Empörung gegen den Krieg und die Aggression der USA Ausdruck zu verleihen. Er erklärt sich solidarisch mit dem "Hilfskommitee Vietnam", dem Ostermarsch, gewerkschaftlichen und studentischen Gruppen, sowie anderen oppositionellen Organisationen den Plan für eine Sammlungs- und Aufklärungsaktion zu entwickeln und in die Tat umzusetzen, um die Mittel für die Einrichtung einer ambulanten medizinischen Station für das Rote Kreuz der Südvietnamesischen Befreiungsfront aufzubringen. Dabei ist zu prüfen, ob eine Haus- und Straßensammlung möglich ist. Die 21. oDK verpflichtet alle Gruppen und Mitglieder des Verbandes, sich zur Unterstützung dieser Aktion zur Verfügung zu stellen.
Darüber hinaus wird der SDS auch weiterhin allein oder gemeinsam mit anderen Organisationen die entschiedensten und aktivsten Teile der Opposition gegen den Vietnam-Krieg in der Bundesrepublik zu wirksamen, öffentlichen Kindgebungen und Demonstrationen zusammenführen. Er fordert seine Mitglieder auf, sich durch ein sorgfältiges Studium der Ursachen und des tatsächlichen Verlaufs des Vietnam-Krieges auf die Tätigkeit als Referenten und Diskussionsteilnehmer in öffentlichen Veranstaltungen vorzubereiten.
Besonders notwendig ist es, daß damit begonnen wird, eine prognostizierende Analyse des Verhältnisses von kolonialer Revolution und sozialökonomischer Entwicklung der kapitalistischen Länder zu erarbeiten. Hierbei ist davon auszugehen, daß es sich bei dem Versuch der gewaltsamen Emanzipation der "Dritten Welt" um einen sich geographisch ausdehnenden, an Intensität zunehmenden und langandauernden Volkskrieg handelt.
Der SDS versteht sich und seine Vietnam-Politik als Teil der weltweiten anti-imperialistischen Bewegung; er arbeitet daran, diese zu festigen und wird dabei besonders mithelfen, den mit dem "Westeuropäischen Studentenkommitee für den Frieden in Vietnam" entstandenen Ansatz einer internationalen sozialistischen Studentenbewegung weiterzuentwickeln.

2. Die "Kulturrevolution" in der VR China

Die gegenwärtigen Umgestaltungen in der VR China, als eine deren Erscheinungsformen die Kulturrevolution anzusehen ist, sind nur zu verstehen unter Berücksichtigung der sozioökonomischen Umwälzungen in diesem Lande. Mehr noch als die russische Revolution sah sich die chinesische Revolution vor die Aufgabe gestellt, Phasen der kapitalistischen Entwicklung nachzuholen und zu überspringen - Notwendigkeiten, die sich aus der Tatsache ergaben, daß die chinesische Revolution in einem feudalen und semikolonialen Lande stattgefunden hat. Der langandauernde Krieg gegen Japan und die Kuomintang schuf durch die Revolutionierung der Bauernmassen die Voraussetzungen für die Druchführung der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation; besonders diese Phase hat als Modell der forcierten Entfaltung der Produktivkräfte ökonomisch schwach entwickelter Gesellschaften exemplarischen Charakter. Die Entwicklung der VR China stellt eine ununterbrochene Revolution dar, wobei die

Kulturrevolution als Ausdruck deren jüngster Etappe anzusehen ist. Sie wird durch zwei Prozesse bestimmt, deren wechselseitige Bedingtheit Grundlage jeder Analyse der gegenwärtigen Vorgänge zu sein hat. Die alle gesellschaftlichen Bereiche umfassende Kulturrevolution ist eine Bewegung des Überbaus, deren spektakulärste Erscheinungen die Aktionen der Jugendorganisation "Rote Garde" sind. Diese Etappe der Revolutionierung, die als Fortsetzung des großen Sprungs Ende der 60iger Jahre der beschleunigten Mobilisierung gesellschaftlichen Bewußtseins dient, ist nicht nur Voraussetzung und Folge einer Bewegung der Basis zur weiteren Entfaltung der Produktivkräfte, sondern hat vor allem die Funktion, der Gefahr der Restauration einer vorsozialistischen Gesellschaftsordnung vorzubeugen. So ist sie über die Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Stärke der VR China ein weiterer Schritt auf dem Wege zur kommunistischen Gesellschaft. Eine hervorragende Rolle kommt in diesem Zusammenhang der chinesischen Volksarmee zu. Zwar gab es auch in ihr Tendenzen, die auf eine Autonomisierung der militärischen Kräfte, auf eine stärkere Betonung der Berufsarmee drängte. Diese Tendenz hätte bei ihrer Verwirklichung zu einer Trennung von Volk und Armee geführt, d.h. zur Herausbildung eines autonomen militärischen Standes. Sie wurde aber aufgehoben durch die verstärkte Beteiligung der chinesischen Volksarmee an der gesellschaftlichen Reproduktion sowie durch die Umstrukturierung der militärischen Führung.

Der Ablauf dieser beiden Prozesse, deren Inhalt eine innere Notwendigkeit der ununterbrochenen Revolution ist, wird durch die ständig wachsende Bedrohung der VR China durch den US-amerikanischen Imperialismus beeinflußt. Diese Bedrohung, die im Zuge der weiteren Eskalation des Krieges in Süd-Ost-Asien voraussichtlich zu direkten Angriffen gegen die VR China führen wird, fordert einen beschleunigten Ablauf der gegenwärtigen Etappe der ununterbrochenen Revolution, da nur so eine wirksame Verteidigung gegen amerikanische Angriffe wenigstens möglich wird. Unter diesem Aspekt ist die gegenwärtige Etappe der ununterbrochenen Revolution auch als Vorbereitung auf einen neuen Volkskrieg zu verstehen. Im Volkskrieg, der seiner Definition und Geschichte nach defensiv ist, liegt gleichzeitig auch die einzige Möglichkeit der VR China, den revolutionären Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes zu unterstützen. In diesem Zusammenhang erhält auch das Angebot der VR China an Vietnam, China als Hinterland für den revolutionären Krieg zu benutzen, besondere Bedeutung.

Die 21. o. Delegiertenkonferenz fordert daher alle Gruppen des SDS auf, die Ursachen und Notwendigkeiten der ununterbrochenen Revolution in China in ihre theoretischen Überlegungen und die praktische Aufklärungsarbeit einzubeziehen. Dies hat auf dem Hintergrund der sozio-ökonomischen Stagnation der nichtsozialistischen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, ihrer Emanzipationsbewegungen sowie deren Bedrohung durch den Imperialismus zu geschehen. Besonderes Gewicht ist dabei auf den Kampf gegen die Beschwörung der "gelben Gefahr" und des "asiatischen Kommunismus" zu legen, eine neue Form des Antikommunismus, die die Funktion hat, die gewaltsame Unterdrückung der revolutionären Bewegungen in der "Dritten Welt" zu legitimieren und vor allem den vom US-amerikanischen Imperialismus geplanten Angriffskrieg gegen die VR China ideologisch vorzubereiten.

3. Der jüngste Staatsstreich in Argentinien

Nach der Beschlagnahme der acht staatlichen Universitäten Argentiniens durch das Militärregime Ongania drangen am 30. Juli 1966 Polizeikräfte in die Universität von Buenos Aires ein. Nach systematischen Mißhandlungen von Professoren und Studenten wurden 119 Personen, darunter acht Professoren, von der Polizei verhaftet.

Fast alle Rektoren und Dekane der Fakultäten sind inzwischen aus Protest gegen diese Maßnahme zurückgetreten. Über 200 Professoren haben ihre Absicht erklärt, das Land zu verlassen; ebenso die Universitäts- und fakultätsräte, die bisher aus von den Professoren, Studenten und ehemaligen Studen-

ten gewählten Vertretern bestanden haben.

Die 21. o. DK des SDS erklärt sich mit den Studenten der Federación Argentina und den Professoren der acht staatlichen Universitäten Argentiniens solidarisch, die in gemeinsamen Demonstrationen gegen die Zerschlagung der demokratisch erkämpften Universitätsautonomie durch das Militärregime Ongania, das die Macht nach dem Staatsstreich vom 28. Juni übernommen hat, protestierten. Sie unterstützt ihr Verlangen auf Restituierung der Universitätsautonomie und fordert die Freilassung der verhafteten Professoren und Studenten.

III. Schulung und theoretische Arbeit im SDS

1. Das Schulungsprogramm des SDS

Das Fehlen einer funktionsfähigen nichtreformistischen Arbeiterbewegung in der BRD ist das Hauptkennzeichen der politischen Verhältnisse, innerhalb derer der SDS politisch zu agieren hat. Sein Ziel ist die Veränderung dieser Verhältnisse, aber zugleich besteht Klarheit darüber, daß diesem Ziel nur schrittweise in langen Auseinandersetzungen näherzukommen ist. Bilden so zwar die objektiven Verhältnisse gewisse Grenzen für die augenblicklichen Aktionsmöglichkeiten des SDS, so sind diese doch begrenzt auch durch Faktoren, deren kurz- bzw. mittelfristige Veränderung durchaus im Bereich unserer Möglichkeiten liegt.
Wir sind nicht imstande, objektive Strukturmerkmale eines Studentenverbandes wie die zeitliche Begrenztheit der Mitgliedschaft, die große Mitgliederfluktuation etc. aufzuheben. Aber wir können durchaus etwas dafür tun, die Schwierigkeiten, die die große Unterschiedlichkeit der Arbeits- und Aktionsbedingungen in den verschiedenen Universitätsstädten für den Gesamtverband mit sich bringen, zu mindern. Die Heterogenität der Arbeitsverhältnisse hat bisher in einem unerträglichen Maße eine einheitliche politische Tätigkeit und Bewußtseinsbildung im SDS verhindert und zu einer Isolierung der Arbeit der einzelnen Gruppen geführt, der durch den BV und die anderen Organe des Verbandes mit den bisherigen Mitteln nicht begegnet werden konnte. Ein beträchtliches Gefälle im theoretischen Wissen und in d er praktischen Erfahrung ließ sich so nicht vermeiden.
Der hierin liegenden Schwächung der potentiellen politischen Kraft des SDS kann und muß entgegengewirkt werden. Die grundlegende Verbesserung der innerverbandlichen Schulung ist dabei als entscheidendes Mittel anzusehen, den SDS durch Stärkung seiner Organisation, durch Verbesserung seiner Kommunikationslinien und durch die Hebung des Bewußtseinsstandes seiner Mitglieder nach innen zu konsolidieren, damit seine nach außen gerichtete Politik an Effektivität gewinnen kann.

Zur Schaffung wesentlicher Voraussetzungen für eine intensivere und erweiterte politische Praxis im SDS wird daher beschlossen:

1. Die 21. o. DK beauftragt den BV, ein Programm der innerverbandlichen Schulung als ein wesentliches Mittel für die innere Konsolidierung und für die Verbesserung der politischen Aktionsfähigkeit des Verbandes zu entwickeln. Sie ruft die Mitglieder des Verbandes auf, sich mit allen Kräften für die Realisierung eines solchen Programms einzusetzen.
2. Der BV wird verpflichtet, ein Schulungsreferat einzurichten, das vor allem die Aufgabe erhält, die Ausarbeitung und Durchführung dieses Programms theoretischer Grundschulung zu koordinieren. Diese Grundschulung - für die das in der Anlage beigefügte Arbeitspapier eine Diskussionsgrundlage darstellt - soll zunächst aus einem einheitlichen Grundarbeitskreismodell bestehen, dessen Durchführung in möglichst vielen Gruppen anzustreben ist.

3. Die 21.o.DK fordert alle Gruppen auf, mit dem BV und seinem Schulungsreferat zusammenzuarbeiten, den Entwurf zu diskutieren und ihm zu politischem Erfolg zu verhelfen, indem sie:
   - je ein Mitglied beauftragen, für die Aufrechterhaltung der notwendigen Kontakte mit dem Bundesschulungsreferat zu sorgen;
   - Vertreter auf die für die Durchführung des Programms notwendigen zentralen Arbeitstagungen und Seminare entsenden;
   - zu dem in der Anlage beigefügten Arbeitspapier durch die Abgabe von Gegen-, Ergänzungs- und Modifizierungsvorschlägen (besonders zum inhaltlichen Teil) Stellung nehmen;
   - ihre Mitglieder dazu auffordern, sich für die Übernahme von Aufgaben im Rahmen des Schulungsprogramms - wie Ausarbeitung von Teilen des Schulungsmaterials, Leitung von Arbeitskriesen des ausgearbeiteten Modells, Unterstützung von kleineren Gruppen bei ihrer Schulungsarbeit etc. - zur Verfügung zustellen.

4. Die sorgfältige Planung und Durchführung einer Schulungsaktion sollte gewährleistet sein durch eine Reihe von organisatorischen und sachlichen Schritten, die ein Schulungsreferat beim BV einzuleiten und zu koordinieren hätte. Aufgaben des Schulungsreferats wären:

   im Laufe des ersten Semesters des BV-Jahres:

   a. Vervollständigung der Vorschläge zur inhaltlichen Gliederung und deren Versendung an alle Gruppen;
   b. Sammlung und Auswertung der Gruppenvorschläge zur inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung des Schulungsprogramms; Publikation in Form einer Korrespondenz;
   c. Durchführung einer zentralen Arbeitssitzung zur Diskussion des aufbereiteten Materials noch vor Jahresende;
   d. Ausarbeitung eines vorläufigen Schulungsprogramms mit dem Vorschlag für die Durchführung eines Bundesseminars, das den Entwurf durch seine kritische Diskussion und Anwendung verbessern soll;
   e. Durchführung eines Bundesseminars mit zukünftigen Arbeitskreisleitern und den Schulungsreferenten, die sich in Anwendung, Rezeption und Kritik des Modells vorbereiten sollen;
   f. Ausarbeitung didaktischer Anleitungen und endgültige Formulierung sowie Vervielfältigung des gesamten - möglichst detaillierten - Schulungsmaterials bis zum Ende des Wintersemesters;

   im Laufe des zweiten Semesters des BV-Jahres:

   a. Unterstützung bei der Durchführung des erarbeiteten Schulungsprogramms in den einzelnen Gruppen besonders durch Vermittlung von Genossen, die einzelne Referate halten bzw. Sitzungen leiten können sowie durch Beratung;
   b. Durchführung eines Bundesseminars, auf dem die Ergebnisse und Perspektiven der durchgeführten Schulung sowie der Programmdiskussion analysiert und diskutiert werden sollen;
   c. Vorlage eines Erfahrungsberichts zur DK, in den vor allem auch die Ergebnisse des Bundesseminars einzugehen haben;

   im Laufe beider Semester des BV-Jahres:

   a. Sammlung aller relevanten Informationen über die Schulungsaktion und ihre Zusammenfassung in regelmässigen Rundschreiben;
   b. Durchführung von Rundreisen, damit die Mitgliederversammlungen aller Gruppen Gelegenheit erhalten, sich aktiv an der Gestaltung der Schulungsaktion und an der Diskussion über sie zu beteiligen.

Anlage zum Schulungsprogramm

I. Vorschläge zu den wichtigsten Grundsätzen eines Schulungsprogramms

Die Realisierung eines Schulungsprogramms sollte sich von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

a. Die kollektive Erarbeitung politisch-wissenschaftlicher Grundkategorien und die kollektive Fähigkeit zur kritischen Beurteilung politischer Gegebenheiten und Möglichkeiten müssen als Grundvoraussetzung weiterführender politischer Diskussion und Aktion im Verband angesehen werden;

b. ein Schulungsprogramm kann seine eigentlichen Funktionen nur dann erfüllen, wenn bei Anerkennung des Prinzips der zentralen Koordination gleichzeitig die Möglichkeit umfassender, kontinuierlicher und demokratischer Einflußnahme des gesamten Verbandes gewährleistet ist;

c. optimale Ergebnisse wird eine innerverbandliche Schulung nur dann erzielen können, wenn die Allgemeinheit und die Verbindlichkeit der Beteiligung des gesamten Verbandes sichergestellt sind;

d. all dies setzt voraus, daß der Ablauf des Schulungsprogramms in all seinen Phasen umfassende Publizität im gesamten Verband erhält.

II. Vorschläge zu den inhaltlichen und didaktischen Prinzipien des Programms

Das Grundarbeitskreismodell wäre nach folgenden inhaltlichen und didaktischen Prinzipien zu konzipieren:

a. Das Programm muß sich auf Grundkategorien und Grundprobleme der theoretischen Diskussion und der historisch-gesellschaftlichen Entwicklung (einschließlich Programmatik der Arbeiterbewegung) konzentrieren. Diese Grundprobleme und Grundkategorien sind in einen sachlichen und didaktisch sinnvollen Zusammenhang zu stellen.

b. Während selbstverständlich ist, daß Problemstellungen und Problemlösungen am fortgeschrittensten Stand der kritischen Forschung zu orientieren sind, muß besonders hervorgehoben werden, daß objektiv strittige Fragen durch die Vermittlung von Information über vorhandene theoretische Lösungsversuche zu umschreiben sind.

c. Theoretische Problemstellungen und Problemlösungen sollen durch historische und aktuell-gesellschaftliche Beispiele veranschaulicht werden.

d. Die Konzentration auf theoretische und historische Grundkategorien soll mit einem bewußten Verzicht auf die Behandlung sozialwissenschaftlicher und philosophischer Spezialprobleme und historischer oder gar biographischer Detailfragen einhergehen. Wenn derart Vereinfachungen inkauf genommen werden müssen, so kann durch die Vermittlung von Informationen über die Existenz derartiger relevanter Detailprobleme und über entsprechende Literatur dazu ein Ausgleich geschaffen werden.

e. Nur durch eine breite Streuung der Thematik kann die einseitige ökonomische, soziologische, philosophische oder marxphilologische Ausrichtung des Grundarbeitskreismodells vermieden werden. Die gleichzeitige Notwendigkeit der Stoffbeschränkung erzwingt dabei aber eine Pointierung von Zentraltheoremen, um die abgeleitete Kategorien zu gruppieren sind.

f. Die Erarbeitung des inhaltlichen Zusammenhangs dieser Zentraltheoreme soll die Arbeitskreisabsolventen in die Lage versetzen, aktuelle politisch-gesellschaftliche Probleme selbständig mit den Kategorien der marxistischen Theorie zu analysieren und diese Analysen in der politischen Diskussion und Agitation anzuwenden.

III. Vorschläge für die thematische Gliederung des Grundarbeitskreismodells

Der zu behandelnde Stoff sollte sich in einem Arbeitskreis von 4 Wochenstunden in einem Semester, bzw. von 2 Wochenstunden in zwei Semestern bewältigen zu lassen. In der folgenden - 5 Abschnitte umfassenden - Themengliederung folgt auf die schlagwortartige Kennzeichnung des jeweiligen Grundproblems eine kurze lehrsatzartige Formulierung des Themas, an die sich ggf. erläuternde stichwortartige Hinweise anschließen. Hierdurch soll beispielhaft gezeigt werden, daß die scheinbar teils heterogenen Themen inhaltlich verknüpft und auf relativ einfache Theoreme zu reduzieren sind. (Dies ist hier nur für den ersten Abschnitt durchgeführt worden, während die Abschnitte 2 - 5 vorerst nur als Überschriften formuliert warden.)

1 Sozialwissenschaftliche Grundbegriffe

1.1 Gesellschaftsstruktur und gesellschaftliches Produkt
Die Kategorien der Sozialproduktsrechnung demonstrieren, daß die soziale und wirtschaftliche Struktur einer Gesellschaft, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sowie das Potential und die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung eng miteinander zusammenhängen; an ihnen läßt sich außerdem zeigen, daß der gesellschaftliche Reichtum Produkt der gesellschaftlichen Arbeit ist. (Zu demonstrieren an einer vereinfachten tabellarischen Darstellung der Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts der BRD neueren Datums, unter besonderer Berücksichtigung des Begriffs der Wertschöpfung).

1.2 Gesellschaftliche Arbeit und Arbeitsteilung
Die Produktion gesellschaftlichen Reichtums schließt wesentlich die Verarbeitung von Naturstoffen durch kollektive und differenzierte Arbeit ein, doch erfolgt diese Arbeit in den

vorsozialistischen Gesellschaften in einem System gesellschaftlicher (und in der Konsequenz auch betrieblicher) Arbeitsteilung, das durch die disproportionale Verteilung von Arbeit, Arbeitsmitteln und Arbeitsprodukten auf die Gesellschaftsmitglieder gekennzeichnet ist und eine Differenz von Privilegierten und Nicht-Privilegierten in sich enthält. (Dies läßt sich besonders eindringlich am Kontrast Feudalismus-Kapitalismus demonstrieren und erlaubt, zusammen mit den Ergebnissen von 1.1, eine vorgreifende und vorläufige Umschreibung der Begriffe "Klasse" und "Schicht").

1.3 Die Verfügung über die Verwendung des gesellschaftlichen Mehrprodukts
Die Macht gesellschaftlicher Oberklassen, über Arbeitsmittel und Arbeitsprodukte zu verfügen, ermöglicht insbesondere ihre Disposition über die Verwendung und partiell auch die Größe jenes Teils des Sozialprodukts, der den tatsächlichen Konsum der Bevölkerung übersteigt ("gesellschaftlicher surplus") und dessen Verwendung die Entwicklungsrichtung des sozioökonomischen Prozesses weitgehend präjudiziert. (Beispiele für surplus-Größen und Investitionsformen in kontrastierenden Gesellschaftsordnungen vergleichbaren sozioökonomischen Entwicklungsstandes dienen nicht nur der Illustrierung dieser Kategorien, sondern auch bereits der Vorinterpretation der Kategorie der Produktionsverhältnisse und ihrer Funktion für die politisch-gesellschaftliche Entwicklung).

1.4 Die Verfestigung gesellschaftlicher Verhältnisse
Der Fortbestand der Herrschaft gesellschaftlicher Oberklassen kann zunehmend von einer gesamtgesellschaftlich unproduktiven, nur partikular rationalen Verwendung von Investitionen begleitet sein, so daß das gegebene System der Arbeitsteilung, insbesondere der Verteilung der Produktionsmittel, die Steigerungsraten der Gesamtproduktivität der gesellschaftlichen Arbeit unnötig begrenzt. Diese Hemmung der Entfaltung der Produktivkräfte durch die Verfestigung der gegebenen Produktionsverhältnisse kann aufgrund der ökonomischen und politischen Macht der Oberklassen gegen die objektiven Interessen der Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt werden. Den Beherrschten sind diese Interessen nicht notwendig bewußt, weil gesellschaftliche Herrschaft weithin durch historisch produzierte psychische Kräftekonstellationen, mit denen die Menschen äußere Unterdrückung in sich selbst nachvollziehen, subjektiv anerkannt wird. (Formen der Hemmung der Produktivkräfte können hier, am Beispiel etwa des Spätkapitalismus, konkret bezeichnet und in ihren Auswirkungen vorläufig demonstriert werden; der Sinn besonders sozialwissenschaftlicher Grundbegriffe (z.B. Arbeitsproduktivität, öffentlich-politische und sozio-ökonomische Herrschaft, psychische Autoritätsbindung) kann hier angedeutet werden).

2 Marxsche Kategorien

- 2.1 Arbeitskraft und Wert
- 2.2 Wert und Mehrwert
- 2.3 Einfache und erweiterte Reproduktion
- 2.4 Mehrwert und Klassen

3 Kapitalistische Entwicklung

- 3.1 Ursprüngliche Akkumulation
- 3.2 Wirtschaftsstruktur und äußere Expansion kapitalistischer Gesellschaften
- 3.3 Wirtschaftsstruktur und äußere Expansion spätkapitalistischer Gesellschaften

4 Nachholende Industrialisierung

- 4.1 Sozialistisch nachholende Industrialisierung in der UdSSR
- 4.2 Sozialistisch nachholende Industrialisierung in der VR China
- 4.3 Kapitalistisch nachholende Industrialisierung in den sog. Entwicklungsländern
- 4.4 Ursachen und Möglichkeiten der Kolonialrevolution

5 Staat und Gesellschaft

- 5.1 Transformation des liberalen Staates durch die Entwicklung zum Imperialismus
- 5.2 Die politisch-ökonomische Verschränkung von Staat und Gesellschaft im Faschismus
- 5.3 Die politisch-ökonomische Verschränkung von Staat und Gesellschaft im Neokapitalismus

Der letzte Abschnitt des Grundarbeitskreismodells sollte aktuellen Analysen von Entwicklungstendenzen und Konfliktmomenten im Neokapitalismus sowie der Diskussion von Konzeptionen sozialistischer Strategie gewidmet sein.

2. Struktur und Funktion der 'neuen kritik'

Die 'neue kritik' hat als Organ des SDS ihre Aufgaben unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Arbeitsergebnisse und Interessenrichtungen der einzelnen Gruppen des Verbandes zu erfüllen. Sie hat internationale sozialistische Diskussion für den Verband aufzuarbeiten und sozialistische Konzeptionen in der BRD zu entwickeln. Als Diskussionsforum sozialistischer Studenten steht sie allen Schattierungen sozialistischer Theoriebildung offen, um ein Maximum an sozialistischer Öffentlichkeit in der BRD herzustellen. Deshalb soll durch die Neuregelung der organisatorischen Bedingungen und der redaktionellen Gliederung ihrer Arbeit diesen Aufgaben Rechnung getragen werden:

I. um eine möglichst vielfältige, den unterschiedlichen sachlichen Erfordernissen gerecht werdende Arbeit der nk zu gewährleisten, erhält sie folgende redaktionelle Gliederung:

1. aktuell-politische Kommentare
2. Hauptartikel (mit möglicher Untergliederung)
3. Dokumentationen und Berichte
4. Rezensionen
5. Zeitschriftenhinweise und Bibliografien
6. Leserbriefe

II. um den Einfluß der einzelnen Gruppen auf das Redaktionsprogramm der nk und die Diskussion des Verbandes über seine theoretisches Organ mehr als bisher zu ermöglichen, soll die Zusammensetzung der Redaktion, ihre Zusammenarbeit mit den Gruppen und ihr Verhältnis zur DK wie folgt geregelt werden:

1. Der BV ernennt den verantwortlichen Redakteur und bestätigt die anderen Mitglieder der Redaktion.
2. Die SDS-Gruppen wählen ihre eigenen Redaktionsvertreter, welche einmal im Semester auf einer Redaktionskonferenz zusammen mit der Redaktion die Schwerpunktplanung der nächsten Hälfte bestimmen.
3. Die Redaktionskonferenz kann aufgrund der ihr von den Gruppen vorliegenden Vorschläge die Bearbeitung von einzelnen Themenkomplexeb für Hauptartikel an Arbeitskreise einzelner Gruppen oder an überregionale Autorenteams vergeben. Sollten auf der Redaktionskonferenz erhebliche Differenzen über die Vergabe von Themenkomplexen bestehen, genügt es, wenn mindestens zwei Gruppen den Wunsch einer anderen unterstützen. In solchen Fällen ist dieser Gruppe die Bearbeitung bis zur Fertigstellung von Aufsätzen zu überlassen.
4. Die Redaktion legt der DK einen Rechenschaftsbericht vor, der mindestens vier Wochen vor der DK allen Redaktionsvertretern zur Kenntnis gebracht werden muß.

5. Die "Korrespondenz" wird Organ für die innerverbandliche Diskussion. Sie soll zudem die Voraussetzungen für Veröffentlichungen der nk schaffen, indem sie Positionen und Analysen innerhalb des Verbandes diskutiert und für das Interesse einer breiteren Öffentlichkeit vorbereitet.

IV. Spezielle Verpflichtungen des SDS in der nächsten Zeit

1. Notstandspolitik auf lokaler und regionaler Ebene

Die 21. o. DK betont die Bedeutung der regionalen und lokalen Arbeit, sowohl in den Notstandsausschüssen als auch bei der Kampagne für Abrüstung. Diese Arbeit muß allerdings zentral koordiniert werden, soll der SDS in ihr eine eigene Konzeption entwickeln wollen, die auch repräsentativ für den Verband und für die Praxis des Bundesvorstands sein wird. Zugleich muß der SDS die ihm zur Verfügung stehenden Kontakte zu den Gewerkschaften, zumal den konsequent gegen Notstandsgesetzgebung Opponierenden, voll ausnutzen. Deshalb wird im einzelnen beschlossen:

1. Der SDS setzt seine Arbeitskapazität weitgehend im Rahmen der sich auf radikaldemokratischer Basis organisierender Notstandsopposition ein. Er arbeitet deshalb intensiv in den örtlichen Notstandsausschüssen gegen die Notstandsgesetzgebung und initiiert Neugründungen solcher Ausschüsse. Gruppen, Landesverbände und BV verpflichten sich ferner zu enger Zusammenarbeit mit der zentralen Koordinierungsstelle.

2. Durch die Einrichtung eines Notstandsreferats und ein noch in diesem Herbst veranstaltetes Bundesseminar, bereitet der SDS eine über die bisherige radikaldemokratische Position hinausgehende sozialistische Position zur Notstandsfrage vor. Er stützt sich dabei auch auf die praktischen Erfahrungen auf der unteren Ebene, damit gewährleistet wird, daß die SDS Konzeption politisch wirksam öffentlich vertreten werden kann. Die DK regt eine Diskussion vor allem in den Gruppen über die Organisation der regionalen Kommitees an, damit eine gemeinsame Strategie entwickelt werden kann.

2. Aufarbeitung der Notstandsmaßnahmen der Bundesregierung

Der Bundesvorstand wird beauftragt, unverzüglich ein Gremium einzusetzen, das bis Ende Oktober 1966 die theoretische Aufarbeitung der Notstandsmaßnahmen der Bundesregierung vornimmt und die Ergebnisse dem Verband als notwendiges Argumentationsmaterial zur Verfügung stellt.

3. Vorbereitung von Kongressen und Demonstrationen

Da der 27. November (seit dem Vorjahr der Stichtag für internationale Demonstrationen gegen die US-Aggression gegen Vietnam) in diesem Jahr auf einen Sonntag fällt, arbeiten die SDS-Gruppen daraufhin, daß in der BRD und Westberlin

1. am Montag, 28.11., an möglichst vielen Orten gegen die US-Aggression demonstriert wird;
2. am Sonntag, 27.11., Vorbereitungsveranstaltungen vor allem im Bereich außerhalb der Hochschule stattfinden.

Der BV propagiert und unterstützt diesen Terminplan, indem er sich zur internationalen Koordinierung der Demonstrationen mit den befreundeten internationalen Organisationen in Verbindung setzt und SDS-Gruppen entsprechend informiert.

Am 15.10.1966 findet in Lüttich eine von der "Jeunes Gardes Socialistes Belges" initiierte Demonstration der Jugend gegen den Imperialismus statt. Der Bundesvorstand wird verpflichtet, einen Delegierten nach Lüttich zu entsenden und die einzelnen Gruppen aufzufordern, soweit es in ihren Möglichkeiten liegt, an der Demonstration teilzunehmen.

Der Bundesvorstand des SDS ist verpflichtet, anstehende Kongresse, die der SDS entweder selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen oder als Mitglied eines übergeordneten Organisationskommitees vorbereiten will, vor der Aufnahme der politischen und organisatorischen Planung umfassend im Gesamtverband frühzeitig schriftlich anzukündigen.

4. Hochschulpolitisches Bundesseminar

Die 21. o. DK beauftragt den LV Berlin, ein Bundesseminar vorzubereiten und durchzuführen, das der Neuorientierung der hochschulpolitischen Praxis der SDS-Gruppen dient.
Das Seminar soll die Analyse der heutigen Situation an den Hochschulen der BRD leisten, auf die wichtigsten Schwierigkeiten der praktischen Auseinandersetzung am Hochschulort vorbereiten und Erfahrungen mit bereits - etwa in West-Europa - entwickelten Strategien vermitteln.
Damit das Seminar nicht zu einer Expertenkonferenz wird, deren Arbeit für die innverbandliche Diskussion der Gruppen an den einzelnen Universitäten politisch unbedeutend sein könnte, sollen an dem Berliner Seminar auch die noch zu bestimmenden Genossen teilnehmen, die bisher oder in Zukunft die theoretische Arbeit der Gruppen getragen haben oder tragen werden. Durch diese Zusammensetzung soll der theoretische Zusammenhang von innerverbandlicher Diskussion, Schulung, Integration und politischer Praxis an der Hochschule gerade durch die Aufarbeitung der politischen Fragen bewußt gemacht werden.

5. Programmentwurf

Die 21. o. DK des SDS verpflichtet den BV, die Vorschläge und Kritik der Gruppen zu einem neuen Programmentwurf, sowie die Kritik an dem alten Entwurf in einem Sonderheft der SDS-Korrespondenz zu veröffentlichen.

6. Der Sozialistische Bund (SB)

Die 21. o. DK begrüßt gemeinsame Veranstaltungen des SDS mit dem SB und anderen sozialistischen Organisationen als einen Versuch, die westdeutsche Linke durch vorbereitende und theoretisch klärende Diskussionen zu sammeln. Sie beauftragt den neuen BV, die gemeinsame Arbeit des SDS mit diesen Organisationen zu intensivieren mit dem Ziel eines gemeinsamen strategischen Konzepts. Zweitens beauftragt die DK den neuen BV, in Gesprächen mit dem SB darauf hinzuwirken, daß er die DDR-Distanzierungsklausel als Mitgliedschaftsbedingung streicht, da sie politisch inadäquat ist und eine gemeinsame Politik des SDS mit dem SB blockiert.

V. Neue Finanzregelungen zwischen BV und Gruppen

1. Gruppenbeiträge

Der § 9 der Bundessatzung wurde wie folgt geändert:
"Jede Gruppe hat pro Mitglied und Semester einen Beitrag in bestimmter Höhe an das Sekretariat abzuführen. Die Höhe des abzuführenden Mitgliedsbeitrags regelt sich in folgender Weise: Gruppen, die durch öffentliche Mittel gefördert werden, führen DM 4,- ab; Gruppen, die keine öffentlichen Mittel erhalten, entrichten DM 2,- Beitrag.
Diejenigen Mitgliedschaftsrechte einer Gruppe im Bund, die von der Zahl ihrer Mitglieder abhängen, werden nach den abgeführten Beiträgen (DM 4,- bzw. DM 2,- pro Mitglied) und den semesterlichen Mitgliedslisten bestimmt."

2. Sachlieferungen

Der SDS-BV wird beauftragt, Sachlieferungen an die einzelnen SDS-Gruppen bzw. -Landesverbände einzustellen, wenn die jeweils vorhergegangene Sachlieferung, wobei nach Artikeln (z.B. einzelnen Publikationen etc.) zu unterscheiden ist, nicht bezahlt wurde.

VI. Neuwahlen

1. Bundesvorstand
   - 1. Vorsitzender: Reimut Reiche (Frankfurt)
   - 2. Vorsitzender: Peter Gäng (Berlin)
   - Erich Eisner (München)
   - Wolfgang Lefévre (Berlin)
   - Lothar Wolfstetter (Mannheim)

3. Schiedsgericht
   - Gerhard Bessau (Köln)
   - Christoph Helberger (Mannheim)
   - Manfred Liebel (Frankfurt)

4. Revisoren
   - Hasso Ehinger (Düsseldorf)
   - Helmut Richter (Frankfurt)

Für die Richtigkeit des Protokolls
Frankfurt a.M., den 9.9.1966

gez. Horst Stemmler

Dem Bundesvorstand von der DK als Material überwiesen:

1. Hochschulpolitik des SDS (alter BV)

Der Angriff auf die Autonomie der Hochschulen in der Bundesrepublik und Westberlin geht Hand in Hand mit den übrigen Bemühungen der gleichen Gruppen, bürgerliche Grundrechte durch glatte Befehls- und Gehorsamsstrukturen zu ersetzen. In diesem Falle zielen die Pläne und Maßnahmen von Staat und Wirtschaft, sekundiert von den reaktionären Vertretern feudaler Privilegien in den Hochschulen, darauf ab, eine der letzten institutionellen Bedingungen für die Entwicklung kritischen Bewußtseins und die ursprünglich damit intendierten herrschaftsfreien Diskussionen zu vernichten. Manifest wurden diese Tendenzen in der letzten Zeit vor allem durch Entwürfe zu und die Verabschiedungen von Hochschulgesetzen, wobei die autoritäre Komponente stärker in den CDU-Entwürfen, die bürokratische stärker in den SPD-Entwürfen zum Ausdruck kam, und in den zeitlich etwas auseinanderliegenden Empfehlungen der entscheidenden Wissenschaftgremien (KMK, WRK und zuletzt Wissenschaftsrat) zur Zwangsexmatrikulation im Rahmen einer autoritären Studienreform.

Da die Mittel für einen extensiven Ausbau der Hochschulen und die Erweiterung des Lehrkörpers nach wie vor nicht zur Verfügung stehen, tritt wegen ihrer leichteren Realisierbarkeit vor allem der disziplinierende Charakter der Vorschläge in den Vordergrund. Leistungskontrollen durch reglementierte Studiengänge und rigide Prüfungsordnungen sind ohne größeren Kostenaufwand durchzusetzen, was durch den materiellen Druck der Auswahlkriterien bei dem nach wie vor minimalen Aufwand für Studentenförderung nur unterstützt wird. Die teils rationellen, teils rein disziplinierenden Effekte dieser Maßnahmen sind die bessere (öffentliche) Kontrolle öffentlicher Mittel durch die Verstärkung der staatsunmittelbaren Wirtschafts- und Personalverwaltung (s. Hess. Hochschulgesetz), Ausbau der Hierarchie innerhalb der Hochschule durch die personelle Trennung von Forschung und Lehre und die Übertragung reiner Lehrfunktionen auf sozial und materiell schlechter gestellte Hochschullehrer mit geringen Aufstiegschancen, die Schaffung von zwei Klassen von Studenten und damit die Züchtung einer angepaßten technokratischen Elite für den wissenschaftlichen Nachwuchs und schließlich generell die bessere Erfassung und Kontrolle der zahlenmäßig bedeutendsten Personengruppe der Studenten.

Die Interessen, die in diese prinzipiell gleichen Vorschläge eingehen, sind verschiedener Natur, so daß der gegenwärtige Kompromiß einige innere Widersprüche enthält. Sie entstehen vor allem zwischen dem kurzfristigen Interesse an der Disziplinierung einer tendenziell oppositionellen Gruppe und dem langfristigen der Wirtschaft an einer größeren Zahl von hochqulifiziertem angepaßten Nachwuchs, dem die gegenwärtige Ausbildungskapazität der Hochschule nicht gewachsen ist. Unter diesem Aspekt würde sich einerseits die Notwendigkeit zu größeren Bildungsinvestitionen ergeben, andererseits aber auch eine Festlegung von Ausbildungszielen und die nach Arbeitsmarktgesichtspunkten gewichtete Förderung von bestimmten Wissenschaftsdisziplinen.

Die aktuelle Koinzidenz autoritärer Konzeptionen und Maßnahmen hat an einigen H chschulen zu einem solchen Druck geführt, daß Kritik und Protest unter den betroffenen Gruppen nach Zahl, Form und z.T. auch Inhalt eine neue Qualität erhielten.

II

Neu an dem dafür am aufschlußreichsten sit-in in der FU Berlin war nicht nur die große Beteiligung nicht-organisierter Studenten, sondern deren Zustimmung zu gesellschaftlichen Interpretationen, die ihre materiellen Studienbedingungen und deren weitere Einengung in Bezug zu generellen Entwicklungen in der BRD und anderen in ihrer Aktionsfreiheit bedrohten Gruppierungen (Gewerkschaften) setzten.

Für das Problem der Übertragbarkeit dieser Vorgänge auf die bundesrepublikanischen Hochschulen ist nicht nur wichtig, daß die Berliner Auseinandersetzungen von einer Gruppe getragen wurden, die an dieser Hochschule seit längerem politisch präsent ist. Auch in Berlin kam dieses Engagement nur punktuell zustande; eine dauernde Politisierung wurde nicht erreicht. Die Schwirigkeiten der Übertragung von konkret entwickelten Modellen zeigen z.B. die Vorlesungsrezensionen, deren kritische Intentionen von den westdeutschen Studentenzeitungen nicht übernommen wurden.

Die etablierte Selbstverwaltung im VDS hat sich , außer einigen peripheren Ansätzen wie in der Bildungswerbung, aus der Öffentlichkeit der Hochschulen zurückgezogen und sich in den Hauptfragen der Ausbildungsförderung und Studienzeitverkürzung auf eine ineffektive Kabinettspolitik beschränkt. Die herkömmlichen parteiorientierten politischen Studentenverbände gerieten im Laufe der Entwicklung mit ihren Parteien in Konflikt; sie überlebten dabei wie der SHB durch taktische Manöver oder mußten wie der LSD die Förderung eines deutlich nationalistischen Konkurrenzverbandes (FDS) zur Kenntnis nehmen. Anders als beim SDS hatten die Schwierigkeiten dieser Verbände nicht einen Mitgliederzuwachs oder eine eigene politische Neuorientierung zur Folge. Stattdessen erwiesen sich neben dem SDS vorübergehend Gruppierungen wie die HSU aös attraktiv für kritische Studenten, die in hochschulpolitischen Auseinandersetzungen mit ihm als Motor auftraten und bei anderen politischen Aktionen auch mit nicht-studentischen Gruppierungen sich verbündeten.

Die fortschreitende totalitäre Entwicklung in der BRD hat anderseits in verstärktem Maße zum Auftreten faschistoider Gruppierungen um den "Studentenanzeiger" an einzelnen Hochschulen geführt, die den politischen Protest demokratischer Studenten provozieren, müssen, wenn sie auch nicht von den geschickteren Repräsentanten autoritärer Entwicklungen ablenken dürfen. Auch durch diese offen rechtsradikale Gruppierungen entstehen lokale Konflikte, die zu einem zahlenmäßig stärkerem Engagement nicht-organisierter Studenten führen.

Daß sich diese Proteste aus lokalen Konflikten ergeben, sit ist ein Hinweis auf die Notwendigkeit aktiver Kader, die latente Konflikte artikulieren und der jeweiligen Situation entsprechende Strategien entwickeln können. Die Erwähnung der Verschiedenartigkeit der Situation an den einzelnen Hochschulen befreit nicht von der Notwendigkeit einer konkreten Gesamtstrategie, die taktisch verschieden abgewandelt werden muß. Hauptpunkte einer solchen gemeinsamen Strategie wären eine grundsätzliche Übereinstimmung überr Zielvorstellungen und Themen wie z.B.:

- die genaue, agitatorische Aufklärung über die Bedrohung der Hochschulautonomie in der BRD, über autoritäre Reformen und alternative Konzeptionen zur Demokratisierung der Hochschule, u.a.m.
- die Informtion über gemeinsame materielle Interessen der Studenten und anderer unterprivilegierter Gruppen an der Hochschule, mit dem Hinweis auf die Möglichkeit kollektiver Interessenvertretung,
- Die Einbeziehung anderer Personengruppen, vor allem Assistenten, und die Forderung nach ihrer Beteiligung an den Entscheidungsprozessen über Forschungs.-und Lehrbetrieb,
- die Einordnung des spezifischen Konflikts in die gesellschaftliche Entwicklung, die ihn hervorgerufen haben.

Gerade das Berliner Beispiel hat gezeigt, daß die permanente Demonstration kein zureichendes Mittel der Politisierung ist, da sie ständig auf neue Anreize von außen angewiesen ist, deren Zusammenhang zur vorhergegangenen Demonstration nicht immer rational dargestellt worden ist. Es wird sich als notwendig erweisen, die demonstrativen Erfahrungen unter dem Aspekt zu betrachten, wieweit in einzelen Aktionen die Möglichkeit der Entwicklung der Demonstration zur Diskussion intendiert und durchgeführt wurde, und wieweit bestimmte Themen und demonstrative Formen dem Anspruch des SDS auf Rationalität politischen Handelns gerecht werden. Voraussetzung dieser Politik, wie auch der möglichen Erweiterung

der Aktionsbasis an der Hochschule, ist die wissenschaftliche Präsenz des Verbandes, die die praktische Vermittlung sozialistischer Zielvorstellungen mit tagespolitischem Engagement überhaupt erst ermöglicht.

2. Die Stabilisierungsgesetze (alter BV)

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat erneut den Wendepunkt überschritten, an den es gezwungen ist, offen die Fiktion preiszugeben, nach der allein aus den freien Entscheidungen der Individuen ein Maximum wirtschaftlicher und sozialer Entfaltung resultieren können.
Was vordem als Vernunft kaschiert wurde, erweist sich heute als Krisenelement von zunehmendem Grade: Die egoistische Konkurrenz innerhalb der privaten Unternehmerwirtschaft beginngt, ihre eigenen Fundamente zu zerstören.
Wie immer, wenn der Proz̶eß der Selbstauflösung, der Zersetzung, der Depression die Funktionsfähigkeit des Systems in Frage stellt, schiebt die kapitalistische Klasse ihre ideologischen Prinzipien beiseite und geht dazu über, mit Hilfe des Staates ihre Existenz zu behaupten.
Was stets als Demokratie schlechthin ausgegeben wurde, nämlich die neutrale Position des Staates in den Auseinandersetzungen der verschiedenen sozialen Interessen, seine ausgleichende Kraft zugungsten der wirtschaftlich Schwächeren gerinnt zur puren Demagogie.
Unverhüllt werden kapitalistische Wirtschaft und Staat als Einheit herausgestellt. Unverhüllt wird jeder staatliche Eingriff, ob Gesetze oder Verordnungen, als notwendig zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus überhaupt begründet.
Offen erfolgte das Eingeständnis, die lieberale Wirtschaftsform als gescheitert zu betrachten. Um die Profitwirtschaft überhaupt noch am Leben zu erhalten zu können, wurde der Übergang zur staatsinterventionistischen Planung vollzogen, wobei ein immer größerer Teil kapitalschwächerer Unternehmen zum Konkurs getrieben wird. Dieser Vorgang spielt sich in weltweitem Rahmen ab: Die USA, Frankreich, England und jetzt auch die Bundesrepublik versuchen in immer schnellerem Tempo, die Stabilität der "freien" Unternehmerwirtschaft durch Zwangsmaßnahmen sicherzustellen. Lohn- und Preisstops, Devisenbewirtschaftung, Reglementierung des Absatzes und der Kapitalströme, der Kapazitäten und des Arbeitsmarktes zielen darauf ab, den Zerfall auf Kosten der wirtschaftlich schwächeren Klassen zu verhindern. Obwohl ihnen ein Mitwirkungsrecht an der Lösung der Probleme verwehrt blieb und bleibt, wird die Verantwortung für den Niedergang ihnen und ihren Organisationen, den Gewerkschaften, zugeschoben.
Die Agitation gegen die Arbeiterschaft und deren Gewerkschaften verschärft sich besonders in der BRD zunehmend und erreicht bereits das Ausmaß systematischer Verhetzung. Ideologisch-Polistischerx wie ökonomischer Druck, betrieben von der Bundesregierung und den Unternehmerverbänden engt den verfassungsmäßig garantierten Raum selbständiger Entscheidungen für die Interessen der Arbeiterschaft spürbar ein.
Das Ziel ist eine autoritär gelenkte "formierte" Gesellschaft, die keine geistige wie wirtschaftliche Autonomie für die überwiegende Masse des Volkes mehr zuläßt.
Sie hat somit, abgeschnitten von Eigentum und Eigenmacht, nur mehr als Ausbeutungsobjekt zu funktionieren und durch forcierte Mehrheit zum Erhalt der bestehenden Ordnung beizutragen.
Die Kampagne gegen die Arbeiterschaft verfolgt zudem das Ziel, die offenbar werdende Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystem zu verschleiern. Vor allem die von der Bundesregierung vorangetriebenen sogenannten Stabilisierungsgesetze stellen sich als Maßnahme dar, den rapiden Substanzverlust von Währung und Profiten im Zuge einer staatlich sanktionierten Einschränkung aller sozialen Privilegien der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung auszugleichen. Die formale Bestimmung, daß Bund, Länder und Gemeinden ihre Planungen aufeinander abzustimmen haben, daß Überschüsse stillgelegt werden müssen, daß insbesondere den Gemeinden ihre Sozialprogramme vorgeschrieben werden sollen, verdeckt den beabsichtigten Zweck: Schluß mit den Leistungen, die bisher allen zugute kamen!
Hinzu kommt die tiefgreifende politische Bedeutung dieser Gesetzes vorlagen im Hinblick auf einen weiteren Abbau der demokratischen Struktur der BRD. Indem die Finanzautonomie von Ländern und Gemeinden aufgehoben werden soll, verblaßt ihre politische Relevanz: der Föderalismus, garantiert im Grundgesetz, hat ein Ende gefunden.

Indem jedoch zentrale Ausgaben und Einnahmen, Sparprogramme und öffentliche Investitionen innerhalb des sozialen Sektors festgesetzt, gelenkt und reduziert werden sollen, geschieht dies im Interesse einer kleinen Gruppe von Monopolen und Subventionsempfänger auf die sich die derzeitige Ordnung weiterhing zu stützen sucht.
Es sind jedoch die gleichen Klassen, zu deren Gunsten von Jahr zu Jahr milliardenfach die Inflation angeheizt wurde. Durch wachsende Rüstungshaushalte und künstlich gesteigerte Investitutionen, durch hektisch betriebenen Exportboom mit staatlicher Unterstützung und einseitig gelenkten übermäßigen Subventionen auf Kosten der steuerzahlenden Massen wurde der Geldwert ruiniert, da diesem unablässigen Geldstrom kein gleich großes reales Konsumgüterangebot gegenüberstand. Im Hintergrund wirkte unaufhebbar das Gespenst der Arbeitslosigkeit auf Grund von drohender Überproduktion, die das System zu irrealer Beschäftigungspolitik für unkonsumierbare, für die Arbeitenden letztlich wertlose Güter zwang.
Die beabsichtigten "Stabilisierungsgesetze" dienen jedoch nicht dem Zweck, mit strukturellen Änderungen den Lebensstandard der breiten Masse zu erhalten.
Diese Gesetze, Vorstufe zu weiteren einschneidenden Eingriffen in den sozialen Besitzstand der breiten Massen undVorstufe zum autoritär gelenkten Gesellschaftsgefüge sind ausschließlich dazu bestimmt, die Kosten für den Raubbau an der gesamten gesellschaftlichen Substanz einseitig zu Lasten der Arbeiterschaft zu verteilen.
Zu ihrer Eigentumslosigkeit soll dann eine weitere Form von Ausbeutung treten: die vom Staat für die Lebensfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft vollzogene radikale Eindämmung allgemeiner sozialer Leistungen auf ein Minimum.
Die Irrationalität der herrschenden Wirtschaftsordnung fällt somit wieder einmal nicht auf jene zurück, die ihr Eigentum und ihre Macht auf diese gründen, sie wirkt sich, wie immer im Zustand der Krise, gegen jene aus, die seit Jahrzehnten eine Ordnung fordern, die alle gleichen Wert und gleiche Sicherheit bietet.

3. SDS und Gewerkschaften (Frankfurt)
Anlage (L. Wolfstetter, Mannheim)

1. Die 21. o. DK des SDS fordert den BV und die Hochschulgruppen des SDS auf, die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu intensivieren.
2. Sie schlägt vor, beim BV ein Referat für gewerkschaftliche Fragen einzurichten, das die Arbeit der Hochschulgruppen auf diesem Gebiet unterstützt und, in Form eines clearing house für Informationen von seiten des BV wie der Gruppen, der praktischen Formulierung einer gewerkschaftlich orientierten Politik des SDS die organisatorische Grundlage gibt.
3. Besonders wird der BV aufgefordert, mindestens zweimal im Jahr Bundesseminare über gewerkschaftliche Fragen zu veranstalten, die jeweils von einer Hochschulgruppe vorbereitet werden. Solche Seminare haben die Aufgabe des Erfahrungsaustausches, der politischen Analyse und der Diskussion der Gewerkschaftspolitik des SDS.
4. Die Hochschulgruppen werden aufgefordert, in Zusammenarbeit mit anderen Verbänden, vor allem den gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaften und nicht-studentischen Gewerkschaftsorganisationen, an den Universitäten eine gezielte Aufklärung über die Lage der Arbeiter und Angestellten und die Politik der Gewerkschaften zu betreiben. Die Forderung nach Mitbestimmung, die Pläne einer "Formierung" der gesellschaft durch Notstandsgesetze, Konjunkturrahmengesetze etc. und die Probleme einer außerparlamentarischen Opposition sollten im Mittelpunkt dieses Programms stehen.
5. Der BV wird verpflichtet, die Gruppen dabei zu unterstützen, indem er ihnen Referenten empfiehlt und während seiner Rundreisen Ausgangslage, Ziele und Methoden einer solchen Aufklärungsarbeit, sowie der gesamten Gewerkschaftspolitik des Verbandes mit den Gruppen diskutiert.

Anlage

Der SDS ist sich der Bedeutung der Gewerkschaften im Kampf um die sozialen und Existenzinteressen des größten Teils der Bevölkerung, der Arbeitnehmer, und um die Erhaltung der Demokratie und damit auch für die eigene Existenz und Entfaltungsmöglichkeit bewußt.

Diese allgemeine Bedeutung gewerkschaftlicher Politik im Kampf für die politische Emanzipation zu begreifen, reflektiert schon das Interesse sozialistischer Studenten an den von den Gewerkschaften in konkreten Lagen vertretenen Zielen und am Kampf für ihre Durchsetzung mit.

Ihre Stellung als Studenten an der Universität, ihre Beschäftigung mit Wissenschaft und sozialistischer Theorie sowie die Erkenntnis, daß die Zivilisation weithin wissenschaftlich bestimmt ist, bedingt ihre in kritischer Wissenschaft und sozialistischer Theorie angeleitete Reflexion über Bedingungen und Ziele gewerkschaftlicher Aktion und das Interesse an der Anwendung und Nutzbarmachung der Ergebnisse der Wissenschaft auf die gewerkschaftliche Arbeit.

Hierzu gehört etwa:

- die Anwendung der Forschungsergebnisse und Erkenntnisse auf die Arbeiterschaft zur Erhellung ihrer Welt von ihrer Interessenlage her;
- die Ergründung der Möglichkeiten und Bedingungen der Emanzipation der Arbeiter, und damit der Gesellschaft;
- die Erforschung der gesellschaftlichen Grundlagen oder der Hintergründe der kapitalistischen Prodüktionsweise;
- eine historisch-kritische Überprüfung der gewerkschaftlichen Aktionen und des Verhaltens;
- der Entwurf von Aktionsplänen für die Zukunft;
- eine Gewerkschaftstheorie, welche die Geschichte und den heutigen Stand der Gewerkschaftsbewegung mit den übrigen gesellschaftlichen Kräften in Zusammenhang bringt, die Bedingungen gewerkschaftlicher Tätigkeit erforscht und den Anspruch der Gewerkschaften mit ihrer Praxis vergleicht.

Dem so dargestellten Charakter der sozialistischen Studenten immanenten Interessen und E rkenntnis gemäß bietet sich hier für diese eine Vermittlungsrolle zwischen Gewerkschaften und Wissenschaft, die in bewußter Übernahme der Position kritischer Wissenschaft wissenschaftliche Ergebnisse auf eine von ihnen explizit gemachte gewerkschaftliche Zielsetzung anwendet und in gewerkschaftliche Aktion uns Strategie einarbeitet.

Diese für sozialistische Studenten sich ergebende Vermittlungsrolle wird politisch-praktisch in der Aktion für eine gemeinsames Bündnis von Gewerkschaften und Wissenschaft, Gewerkschaft und Intelligenz. Dies wird aktuell vor allem deutlich im Kampf um die Notstandsgesetzgebung, wo durch Kenntlichmachen gemeinsamer Interessen und der gesellschaftlichen Grundlagen gerade der gewerkschaftlicher Aktion bewußte SDS wesentlich zu einem sochen Bündnis beizutragen versucht. Aber auch in einigen weiteren Punkten wäre ein solches Bündnis von praktisch-politischer Bedeutung:

- in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik
- der Sozialpolitik
- der Rüstungs- und Abrüstungspolitik
- sowie der Reform der politischen und wirtschaftlichen Apparaturen als Ausdehnung der Demokratisierungsbemühungen der Gewerkschaften von ihren Organen auf die gesamte Gesellschaft.

Eine weitere wichtige praktisch-politische Aufgabe, die den Interessen und Möglichkeiten sozialistischer Studenten entspricht, ist die Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. In der Umsetzung ihrer wissenschaftlichen und Studienarbeit mit politischen Ansprüchen schlägt sich im Ergebnis der Bildungsarbeit das Bewußtsein von der Notwendigkeit gründlicher Orientierung über die gesellschaftlichen Voraussetzungen und die Aufgabenmöglichkeiten der Gewerkschaften nieder.

Der der Bedeutung gewerkschaftlicher Aktion bewußte SDS realisiert dies nicht nur in der Zusammenarbeit und Mitarbeit mit den Gewerkschaften, sondern auch in der Fo mulierung der sozialen Interessen der Studenten und im Kampf um diese Interessen als gewerkschaftliche Politik an der Hochschule.

Mit seiner Hochschuldenkschrift "Hochschule in der Demokratie" hat der SDS eine Kritik der deutschen Hochschule ausgearbeitet, die einen theoretischen Ansatzpunkt aktiver gewerkschaftlicher Politik an der Hochschule bietet.
Im Kampf um die Durchsetzung einer studentischen Gewerkschaftspolitik, die sich mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Einzelgewerkschaften verbünden, solidarisieren und an sie anlehnen müßte, wird es dabei Aufgabe des SDS sein, in den Gewerkschaften für das Verständnis der sozialen Probleme der Studenten einztreten, sowie in den gewerkschaftlichen Studentengruppen mitzuarbeiten.

4. "neue kritik" (Redaktion der nk)

I

Programm und Arbeit der "neuen kritik" müssen auf die Arbeit des SDS bezogen sein, der als entscheidender Teil der innenpolitischen Opposition sich zugleich mit den westeuropäischen sozialistischen Organisationen und Gruppierungen sowie den Emanzipationsbewegungen in den Entwicklungsländern solidarisch weiß. Die Arbeit der nk geht also von den theoretischen und politischen Bezugspunkten bzw. Bezugsgruppen des SDS aus. Der SDS nimmt seine Aufgaben in den sozialistischen Emanzipationsbewegungen mit den beschränkten Mitteln eines Hochschulverbands wahr, für dessen Existenz die kontinuierliche Erneuerung an der Hochschule konstitutiv ist. Gerade als Hochschulverband sieht er seine wichtigste Aufgabe in der verantwortlichen Vermittlung von Wissenschaft und Politik. Das Problem der Vermittlung von wissenschaftlichen Arbeitsergebnissen und sozialistischen Zielvorstellungen stellt sich für den SDS so dar, daß sein Standort sich durch die eigene wissenschaftliche Arbeit genauer bestimmt und dadurch erst legitimiert.

Politische wie theoretische Bezugspunkte sind dem SDS durch die innen- und außenpolitische Entwicklung vorgezeichnet. Seine Positionen reflektieren diesen Prozeß auf seinen verschiedenen Ebenen. Dabei muß er analysieren, inwieweit die sozialistischen Organisationen und Gruppierungen im globalen Rahmen eine gemeinsame politische Basis haben, oder ob, wie es Herbert Marcuse am Beispiel Vietnam ausdrückte, zwischen den linken oppositionellen Gruppen allein eine Solidarität des Sentiments möglich ist, nicht aber eine Solidarität aufgrund gleicher materieller Interessen.

Die Bestimmung des SDS als Teil der innenpolitischen Opposition und der antikapitalistischen und antiimperialistischen Bewegungen unserer Zeit verlangt, die vielfältigen Aufgaben und Orientierungen aufeinander zu beziehn. Er geht von der Hypothese eines weltgeschichtlichen Zusammenhangs aus, in dem innenpolitische, westeuropäische und weltpolitische Ereignisse vermittelt sind. Dieser theoretische Ansatzpunkt, die partikularen Vorgänge im Rahmen der gegenwärtigen historischen Totalität zu betrachten, befreit nicht von der genauen Analyse sozialistischer Stellungnahme in jeder konkreten Dimension. Die Bereiche dieser Analyse sollen, bezogen auf die Aufgaben und Funktion des SDS, im folgenden kurz skizziert werden.

II

Innenpolitisch errechte der SDS die Unabhängigkeit seiner Positionen im Zuge der theoretischen wie praktisch-politischen Ablösung von der SPD, die sich immer mehr in den bundesrepublikanischen Neokapitalismus integrierte und, wie ihr Verhalten gegenüber den Notstandsplänen der Bundesregierung zeigt, diesmal (durch offene Preisgabe aller rechtsstaatlichen Grundsätze) an der Macht partizipieren

möchte, die dadurch perpetuiert würde.

Die Analyse der Bundesrepublik ist nicht nur interessant im Hinblick auf die politischen Aktionsmöglichkeiten des SDS, sondern auch vor allem als Beispiel für ein wichtiges hochkapitalisiertes Land, dessen demokratische Verfassung die autoritäre Entwicklung der unkontrollierbaren K nzentration wirtschaftlicher und politischer Macht von Anfang an wenig behinderte. Vorgänge im politischen Bereich wie die Aushöhlung des Parlamentarismus, die Konzentration und Kontrolle von Informationen und Meinung, der Funktionswandel der Öffentlichkeit im Spätkapitalismus, die gemeinhin im gleichen Atemzuge mit Konfessionalisierung und Kulturindustrie (z.B.) als "Überbauphänomene"bezeichnet werden, lassen sich am Beispiel der BRD in ihrer Kausalität und Wechselwirkung auf komplexe Entwicklungen im Bereiche der Produktion bestimmen.

Stellt sich heute in den spätkapitalistischen Gesellschaften generell die Alternative zwischen einer mächtigen Tendenz zm autoritären, wenn nicht neofaschistischen Staat und den Versuchen, die kapitalistische Gesellschaft zur sozialen Demikratie fortzuentwickeln, so versteht sich der SDS als einen Teil der Demokraten, die die politische Demokratie verteidigen und um die soziale kämpfen. In diesen Auseinandersetzungen in der BRD geht er vor allem mit den Gewerkschaften zusammen, aber auch mit den bürgerlichen Demokraten, deren sozialer Standort als Wissenschaftler, Theologen, Journalisten, diese Verteidigung auch aus Eigeninteresse verlangt. Er bemüht sich darüberhinaus mit linken Gewerkschaften und der Arbeiterjugend, für witergehende sozialstaatliche und sozialistische Ziele einzutreten.

Auf der Ebene der Universität tritt der SDS für die Demokratisierung der oligarchischen Struktur der Hochschulen ein, wie sie die "Hochschuldenkschrift" des SDS analysiert hat. Wie für die fortschrittliche Intelligenz anderer Länder stellt sich ihm das Problem wirkaamer politischer Aufklärung, der Durchsetzung soziallistischer Interessen an der Hochschule durch die Bildung und Verstärkung kritischer Öffentlichkeit. Theoriebildung und Aufklärung werden in verstärktem Maße politische N twendigkeiten in den sog. welfare societies, denen die Integration der organisierten Opposition weitgehend gelungen ist. Einen theoretisch wie politisch starke Stellung des Verbandes bzw. seiner gegenwärtigen und ehemaligen Mitglieder als Assistenten und Dozenten dient dem Aufbau demokratischen Potentials im sozialen Subsystem der Hochschule und somit der Errichtung von Gegenmacht in einem strategisch wichtigen gesellschaftlichen Bereich.

Als hochschulpolitische Opposition macht der SDS die Studentenschaft und die interessierte Öffentlichkeit auf die Widersprüche im Bildungs- und Hochschulbereich aufmerksam und versucht so politisches Bewußtsein zu wecken. Gegenstand seiner Kritik sind heute die vielfältigen Versuche, das Nachhinken der "Produktionsverhältnisse", des institutionellen Rahmens von Bildung und Ausbildung, durch autoritäre Reformen zu beheben. An den Studentenrevolten der letzten Zeit, an denen der SDS z. B. an der FU führend beteiligt war, studiert er die Bedingungen studentischen Engagements und die organisatorischen Voraussetzungen dafür, daß sich die Opposition der Intelligenz stabilisiert und über die anfängliche partikulare Kritik hinaustreibt.

Im Ostermarsch wie in der Bewegung gegen die Nostatandsgesetzgebung ist der SDS Koalitionen mit Demokkaten und Sozialisten eingegangen, um die politische Opposition gegen die autoritäre Umgestaltung der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu verstärken. Er weiß sich dabei in der Tradition der Arbeiterbewegung, deren fortschrittliche Gruppen im Kampfe für Demokratie und Sozialismus immer Koalitionen eingegangen sind, ohne dabei ihre eigenen weiterreichenden Forderungen abzuschreiben. Die Verteidigung der politischen Demokratie, wie sie heute in der BRD vordringlich ist, ist für den SDS Kampf um die rechtlichen Voraussetzungen seiner politischen Arbeit: seine Bemühungen gelten der Bloßstellung der Ziele von Konzeptionen und Strategien wie der "Formierten Gesellschaft", der Notstandsgesetzgebung oder den geplanten Stabilisierungsgesetzen.

III

Im Rahmen der westlichen Industrieländer ist der SDS Teil der antikapitalistischen Kräfte und Bewegungen, die den kapitalistischen Strukturreformen wie z.B. der EWG die Konzeption antikapitalistischer Strukturreformen entgegenstellen. Diese sind als historische, objektiv mögliche Alternativen zu entwerfen, die eine sozialistische Auflösung spätkapitalistischer Widersprüche und damit eine humane Gesellschaft intendieren. Subjekt solcher Praxis können nur klassenbewußte Gewerkschaften und sozialistische Parteien sein. Die sozialistische Intelligenz hat dabei die Aufgabe, konkrete antikapitalistische Konzeptionen für eine derartige Politik zu entwerfen, um sie herbeiführen zu helfen. Nach Ernest Mandel muß die gegenwärtige Stagnation großer Teile der westeuropäischen Arbeiterbewegung kein Dauerzustand sein, denn die widersprüchliche Entwicklung des Spätkapitalismus bringt eine Vielzahl von Konflikten hervor, die er autoritär im Rahmen kapitalistischer Prioritäten zu lösen sich bemüht. Gemeinsam mit den Sozialisten Westeuropas muß der SDS versuchen, Alternativen zur kapitalistischen Reorganisation der Gesellschbft zu entwickeln.

Etwas anders stellt sich das Problem in den USA, wo kein der europäischen Arbeiterbewegung vergleichbares gesellschaftliches Subjekt der Veränderung festzustellen ist, sondern die Opposition von einer recht heterogenen radikal-demokratischen Bewegung ohne politisches Programm getragen wird. Für europäische Sozialisten x ist außer dieser oppositionellen Bewegung die politische und ökonomische Entwicklung der USA vor allem wegen der (kapitalistischen) Interessenidentitäten mit westeuropäischen Ländern interessant, die sich aus konkreten Abhängigkeiten und Kapitalverflechtungen ergeben.

Die oben erwähnten Alternativen müssen sich vor allem auf folgende Konfliktmomente beziehen, die Mandel erwähnt: periodische Rezessionen, die zur Arbeitslosigkeit führen können; Versuche, Lohnerhöhungen zu bremsen oder rückgängig zu machen; die Tendenz, auf Grund wachsender Programmierung die Tarifautonomie der Gewerkschaften und ganz allgemein die freie Entfaltung der Gewerkschaftsmacht unter Bedingungen der Vollbeschäftigung einzuschränken und Einkommenspolitik, Anti-Streikgesetze und Anti-Gewerkschaftsgesetze einzuführen; auf die ungelösten Strukturprobleme, soziale Notstandsgebiete in den meisten Ländern Westeuropas und in den USA; die Tendenz zum starken Staat, was eine Entmachtung des Parlamentarismus bedeutet, wie sie in Frankreich geschehen und in der BRD im Gange ist; weiterhin auf die Entfremdung des Produzenten im Rahmen der wachsenden Automation, d.h. seiner Furcht vor Verlust des Arbeitsplatzes und auf die Relevanz der Entfremdungsprobleme des Konsumenten, z.B. Fragen des steigenden Privatkonsums und des Gemeinschaftskonsums (Gemeinschaftsaufgaben). Wie Ernest Mandel schreibt, kommt es darauf an, objektiv gegebene Konfliktmomente bewußt "in einem sozialistischen Sinne auszunutzen für eine Erziehung sowohl im propagandistischen wie im aktiv handelnden Sinne der Arbeiterschaft, d.h. diese Krisenmomente zu benutzen, um sowohl bewußtseinmäßig wie praktisch-politisch periodisch einen Durchbruch im sozialistischen Sinne zu erreichen".

Der SDS, der die Diskussion un Kooperation mit anderen sozialistischen Gruppen in Westeuropa sucht, muß die gemeinsamen und die ungleichen, weil spezifischen Aufgaben der westeuropäischen Sozialisten feststellen. Deshalb verständigt er sich über die Struktur und Reichweite linkssozialistischer Parteien wie der PSA und der PSIUP und sozialistischer Gruppierungen um Zeitschriften und ihrerpolitischen Rolle in der jeweiligen Arbeiterbewegung. Er sucht Anschluß an die philosophische und politisch-ökonomische Marxismus-Diskussion (in den westlichen wie den östlichen Ländern), nicht zuletzt um vielleicht einmal über die Bildung eines sozialistischen Studienzentrum - analog dem englischen "Centre for Socialist Education" - die Bedingungen für weiterreichende sozialistische Aufklärung in der BRD zu schaffen.

In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation wird nach Herbert Marcuse "die Kraft des Negatiben als Arbeit für die Befreiung des Bewußtseins und Wissens zu einer Hauptaufgabe. Diese Arbeit an der Befreiung des Bewußtseins ist heute unmittelbar politische Arbeit...." Hier sehen wir die gegenwärtige Dialektik des historischen Materialismus: in dem Grad, wie das Kalssenbewußtsein in dem allgemein verwalteten Bewußtsein zu einer repressiven Produktivkraft wird, im Reproduktionsprozeß des Bestehenden, in dem Gra-

de wird die Arbeit an der Befreiung des Bewußtseins eine materielle Grundbedingung für die Umwälzung des Bestehenden.

IV

Im weltpolitischen Rahmen besteht die Aufgabe des SDS als einer Gruppe vor allem theoretisch arbeitender Sozialisten darin, den Zusammenhang zwischen den Wachstums- und Gleichgewichtsbedingen der kapitalistischen, kommunistischen Gesellschaften und den Entwicklungsländern aufzuzeigen, um die Emanzipationsbemühungen in der Dritten Welt durch die Aufklarüng in der BRD über den wahren Charakter der gegenwärtigen Auseinandersetzungen (s. Vietnam) zu unterstützen. Sein Inteeesse gilt der Interdependenz der Systeme, den Fragender Koexistenz wie z.B. ihrem Effekt auf die Demokratisierungsmöglichkeiten in den kommunistischen Ländern: inwieweit der Stand der Produktivkräfte und das System sozialistischer Planung eine politische Dezentralisierung erlauben und inwieweit die positiven und negativen Erfahrungen des ersten "sozialistischen Experiments" in der UdSSR exemplarischen Charakter für die Entwicklungsländer haben können.

In diesem Zusammenhang ist es auch - im Interesse der größeren Genauigkeit der Analyde - möglich und ratsam, von einem außenpolitischen Ansatz auszugehen. So würde die Diskussion über Entstehung und Zerfall von Militärallianzen, die Funktion von supranationalen Wirtschaftsorganisationen, über die Konflikte zwischen neoimperialistéschen und langfristigen kapitalistischen Interessen nicht nurreinen Erkenntniswert besitzen, sondrn auch Konzeptionen politischer Alternativen um eine neue, konkrete Dimension bereichern.

In der gegenwärtigen Phase des Neoimperialismus, in der die Reproduktion der kapitalistischen Systeme nicht prinzipiell von der Ausbeutung der Dritten Welt abhängig zu sein scheint, imperialistische Ausbeutung nichtsdestoweniger mit ihren negatiben Folgen für die Entwicklungsmöglichkeiten der armen Welt fortdauert (Boris), haben die Sozialisten in Westeuropa und den USA die Aufgabe, diese Expoitationsverhältnisse publik zu machen und in den kapitalistischen Gändern dagegen Opposition zu bilden. Das spätkapitalistische System ist der gemeinsame Feind der antikapitalistischen Gruppen und der antiimperialistischen Freiheitsbewegungen in der Dritten Welt. Die nationale und zugleich sozialistische Befreiung vieler Völker im jetzigen Interessen- und Zugriffsbereich der kapitalistischen Länder wie auch die Durchsetzung der antikapitalistischen Strukturreformen kann nur durch eine Schwächung der imperialistisch-kapitalistischen Kräfte gelingen. Die gleichzeitige Erstarkung der Gegenbewegungen und ihre Solidarisierung sind Bedingungen für ihren Sieg.

V

Die theoretische und praktische Solidarität, die der SDS als Teile der antikapitalistischen Gruppe übt, entsteht im Rahmen seiner Tätigkeit als Hochschulverband und muß sich an der Hochschule reproduzieren. Durch das Fehlen einer sozialistischen Partei oder wirksamen sozialistischen Organisation in der BRd ausserhalb der Universität muß der SDS Funktionen übernehmen, von den sozialistische Studenten in anderen Ländern durch ihnen befreundete sozailistische Organisationen um Teil entlastet sind. Der Anspruch , Daß der SDS in seiner genzen politischen Arbeit so stark ist, wie er an der Hochschule ist, darf sich nicht allein auf die genaue Beachtung des wissenschaftlichen Charakters seiner politischen Analysen beziehen, sondrn bedeutet auch, die politischen Implikationen wie die ideologischen Aspekte der herrschenden Lehrmeinungen und Wissenschaftstechniken wahrzunehmen. Dabei setzt er die tradierten und aktuell entwickelten Interpretationsschemata des Marxismus und Sozialismus einer empirischen und ideologiekritischen Überprüfung aus, um den m rxistischen Ansatz lebendig zu erhalten. Nicht nur aus historischen Interesse gehört dazu auch der Nachdruck und die aktualisierende Einfürhung von (kürzeren) Originalschriften und -dokumenten, die für die jeweilige Diskussion im SDS relevant sind oder sein könnten.

Nicht zufällig hat der SDS während der allmählichen Trennung von der SPD sein neues Selbstverständnis nicht unabhängig von der Entwicklung neuer Arbeitsformen gewonnen. Kein anderer politischer Verband hat die Verbindlichkeit wissenschaftlicher Arbeitsformen (Arbeitskreise, Seminare, auch überregionaler Autorenteams) quasi zum organisatorischen Prinzip erhoben, was, richtig verstanden, eben nicht entpolitisierend wirkt. Nicht zufällig auch ist im Laufe dieser Auseinandersetzungen eine Verbandszeitschrift entstanden, die sich von den übrigen Studentenzeitungen deutlich unterscheidet. Die Aufgaben der Zeitschrift wandelten und wandeln sich mit den Aufgaben und Interessen des Verbandes; sie ergeben sich aus seinem Anspruch der Vermittlung von Wissenschaft und Politik. Sie hat den Vorteil, nicht allein die Verbandsöffentlichkeit zu erreichen, sondern auch ein an sozialistischer Diskussion interessiertes Publikum außerhalb des Verbandes. Die Prioritäten der Diskussion richten sich nach den Interessen und Bedürfnissen des SDS. Die Thesen von Strukturanalysen müssen an politisch wichtigen Vorgängen exemplifiziert und aktualisiert werden. Zu dieser Aktualisierung sozialistischer Politik gehört auch die kontinuierliche Diskussion taktischer Probleme des SDS an der Hochschule und außerhalb, wie z.B. die Diskussion über die Rolle von Koalitionsbildungen, wissenschaftlichen teach-ins und prpagandistischer Demonstration.

Wie weit diese Aufgaben einzulösen sind, hängt wesentlich von derMitarbeit des Verbandes ab. Als Diskussionsforum sozialistischer Studenten steht sie allen Schattierungen sozialister Theoriebildung offen, um ein Maximum an sozialistischer Öffentlichkeit in der BRD herstellen zu helfen. Sie muß das Diskussionsorgan aller Gruppierungen im SDS werden, sofern nicht andere Verbandspublikationen, wie z.B. die SDS-Korrespondenz, diese Aufgabe in sinnvoller Arbeitsteilung abnehmen und sofern Form und Inhalt dieser Diskussion sie auch für ihr Publikum außerhalb des SDS relevant erscheinen läßt. Nur durch eine Beteiligung aller Gruppierungen kann die ideelle und praktische Solidarität im SDS entstehen, die ihn in den Stand versetzt, im Rahmen seiner beschränkten Möglichkeiten in den Emanzipationsbewegungen unsere Zeit mitzuwirken.

Als Forum divergierender sozialistischer Meinungen ist die nk ein Forum für Versuche, eine widerspruchsfolle Wirklichkeit zu erklären, in der politisch gehandelt werden soll. Die Schwierigkeiten, die sich dabei ergeben, sind ojektiv bedingt. Zuverlässigkeit des ausgewählten Materials, Strenge der Beweisführung, Relevanz der Hypothesen sind methodische Kriterien, deren Inhalt von einem größeren Gremium, wie z.B. einer erweiterten Redaktion, in regelmäßigen Abständen immer wieder zu diskutieren sein wird.

Das folgende mittelfristige Programm für die nk gibt die Bereiche der Analyse (mit Themenvorschlägen) an, die in der nk periodisch berücksichtigt werden sollten:

a. Weltpolitische Analyse: Koexistenz, Imperialismus

b. Dritte Welt c. Kommunistische Länder d. Spätkapitalismus als negatives System e. Kapitalistische und antikapitalistische Strukturreform f. Innenpolitische Entwicklung in der BRD g. Organisationsreform der sozialistischen Linken h. Universität und Intelligenz i. Marxismusdiskussion und kritische Aktualisierung der Geschichte der Arbeiterbewegung j. Aktuelle Verbandsdiskussion

Als redaktionelle Gleiderung schlagen wir vor:

1. Aktuelle Kommentare 2. Hauptartikel 3. Berichte und Dokumentationen 4. Rezensionen 5. Zeitschriften-

hinweise. 6. Aktuelle Verbandsdiskussion

Um die Berücksichtigung wichtiger Publikationen und ausländischer Zeitschriften zu gewährleisten, wird ein Übersetzung- und Rezensionsdienst eingerichtet, an dem sich besonders auch die Redaktionsvertreter und ältere Genossen beteiligen sollten.

Anlage

Themenvorschläge nach den angegebenen Schwerpunkten der theoretischen und praktischen Arbeit des SDS

I. Innenpolitik (Notstandsgesetze)
1. Notstandsgesetzgebung und Formierte Gesellschaft
2. Organisatorische und strategische Probleme der Notstandsgegner

II. Innenpolitik (Wirtschaftliche Entwicklung)
1. Konjunkturelle Entwicklung der BRD
2. Aspekte der Ruhrkrise
3. Folgen des Konjunkturrahmengesetzes (Stabilisierungsgesetze) für Gemeinschaftsaufgaben und Föderalismus

III. Innenpolitik - Parteien - Presse
1. Zum Verhältnis von Parteien und Interessenverbänden heute
2. Das Urteil des BVG zur Parteienfinanzierung
3. Die Pressekonzentration
4. Rechtsradikale Tendenzen

IV. Kapitalistische oder antikapitalistische Strukturreform
1. Mitbestimmung oder Presenza
2. Mitbestimmung oder antikapitalistische Strukturreform
3. Gewerkschaften als Gegenmacht
4. EWG als kapitalistische Strukturreform
5. Incomes Policy and shop stewards
6. Gastarbeiter in Westeuropa

V. Aussenpolitik
1. Aspekte der Koexistenz zwischen der SU und den USA
2. Bedingungen und Ziele der gaullistischen Aussenpolitik
3. EWG- und Nato-Politik der BRD

VI. USA Spätkapitalismus
1. Baran Sweezy, The Rising of Surplu (Übers.)
2. Joan Robinson
3. Rüstungsökonomie und Wohlfahrtsökonomie
4. Der Plan der Great Society
5. Radikale Entwicklungen in der Bürgerrechtsbewegung

VII. Imperialismus und Dritte Welt
1. Strategie der Dritten Welt: Mao, Fanon, Guevara, Castro
2. Die Allianz für den Fortschritt
3. Die Politik der sozialistischen Länder in Vietnam
4. Konterrevolution in Afrika und Asien

VIII. Sozialistische Länder
1. Diskussion über die Planwirtschaft in der SU und Jugoslawien
2. Bedingungen der Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien
3. Industrielles Wachstum in China
4. Aktuelle Kulturpolitik der sozialistischen Länder
5. Polytechnische Erziehung in der DDR

IX. Probleme der Durchsetzung von Interessen (Politik und Organisation)
1. Single Purpose Movements und sozialistische Organisation
2. Die sozialistischen Linksparteien in Westeuropa: PSU, PSIUP
3. Das Centre for Socialist Education
4. Profile und Ansätze sozialistischer Zeitschriften
5. Die Situation der Assistentenan deutschen Hochschulen

X. Marxismus-Diskussion und Geschichte der Arbeiterbewegung
1. Marxismus und kritische Theorie
2. Materialistische Ästhetik heute
3. Die neuere Marxismus-Diskussion in Frankreich
4. Nachdrucke (Togliatti, Grmsci, Lukácz)

XI. Aktuelle Verbandsdiskussion

5. Strafrechtsreform in der Bundesrepublik (alter BV)

Die in den letzten Jahren vorgelegten Regierungsentwürfe zur Änderung des Strafrechts der BRD lassen insgesamt die Tendenzen erkennen:

- das Grundgesetz weiter auszuhöhlen und die Grundrechte noch weiter einzuschränken -
- der Regierung gegenüber Parlament und Rechtsprechung noch größere Unabhängigkeit und größere Kontrollmöglichkeiten zu geben -
- die bürgerlich-demokratische Meinungsfreiheit und Meinungsbildung weiter einzuschränken -
- das Individuum insgesamt noch restriktiver zu erfassen, seine Privatshäre einzuschränken und zu kontrollieren.

Die Notstandsgesetze, die Stabilisierungsgesetze und das neue Strafrecht würden nach ihrem Inkrafttreten die Zusammenfassung der verschiedenen Ebenen der staatlichen Monopolstellung, der ökonomischen Regulierung des Spätkapitalismus und der Ausschaltung aller Verhaltensweisen, die von diesem Programm abweichen, ermöglichen. Das angestrebte Resultat kommt der totalitären Einheit einer Restriktion in sämtlichen gesellschaftlichen und individuellen Bereichen gleich. Die Analyse der reaktionären Tendenzen in den Entwürfen zur Strafrechtsreform und der Kampf gegen sie muß darum in Einheit mit dem Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung und die Stabilisierungsgesetze und der Regierungsprogramme in ihrem Umkreis geführt werden. Die Tendenzen des neuen Strafrechts lassen sich besonders drastisch an den Entwürfen zum politischen und Sexualstrafrecht darstellen.

I. Politisches Strafrecht bezogen auf: "Referentenentwurf eines Achten Strafänderungsgesetzes"
- sog. Jaeger-Entwurf -

Im neuen Entwurf zum politischen Strafrecht ist vorgesehen:

- "Wer einen Verfassungsverstoß aus bloßer Sensationslust aufdeckt, kann keine Rechtfertigung für sich in Anspruch nehmen".
- Es soll "der Eigenbewertung der Verfassungszustände durch Täter entgegen gewirkt werden, welche die Fähigkeit zu einer zutreffenden Beurteilung nicht ohne weiteres für sich in Anspruch nehmen können".
- Verbot von [illegible] bei denen "Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik verfolgt werden könnten".
- Praktische Bevollmächtigung der Exekutive zur Unterbindung aller auch [illegible]politischen Ostkontakte bis hin zum privaten Briefverkehr.
- Bevollmächtigung der Nachrichtendienste zur unkontrollierbaren Kontrolle über Bürger und Institutionen.
- Entmachtung der Jurisdiktion des 3. (politischen Strafsenats des Bundesgerichtshofes durch Befugnisse der Bundesanwaltschaft über diesen.

Die Strafbestände sind nicht eingegrenzt worden,sondern wurden allgemein erweitert und so vage formuliert, daß sie beliebig auslegbar sind; die Strafmaße wurden in vielen Fällen erhöht. Der Begriff des Staatsgeheimnisses wird allgemein so weit gefaßt, daß unter Vorgabe seines Schutzes nicht nur die Landesverteidigung, sonderndie gesamte Außen- und Deutschlandspolitik und sogar Teile der Innenpolitik in ihren zentralen Bereichen der öffentlichen Diskussion entzogen werden können.

II. Sexualstrafrecht (Bezogen auf: Bundestagsdrucksache Nr. IV/650 vom 4.10.62)

Heute geltendes Recht auf dem Gebiet des Sexualstrafrechts ist die Fassung des STGB in der Novelle von 1935, der schärfsten Fassungseit Bestehen des Strafgesetzbuches. Seit dem Ende des Faschismus hat eine Diskussion des Sexualstrafrechts in gesellschaftlich relevantem Maße nicht stattgefunden. Die Begründungen zum Regierungsentwurf verschweigen die Diskussionen, die zur Reform des Sexualstrafrechts seit dem Anfang dieses Jahrhunderts geführt wurden; insbesondere übergehen sie den bisher fortschrittlichsten Entwurf von liberaler Seite aus der Weimarer Republik (Radbruch-Entwurf), der seinerzeit von großen Teilen der Öffentlichkeit diskutiert worden war. Der Regierungsentwurf beläßt fast sämt-

lichen alten Straftatbestände, er fügt sogar noch neue hinzu und setzt die Strafmaße fast überall herauf. Eine Beschränkung der selbst strafrechlich problematischen "schutzbedürftigen Rechtsgüter" (insbesondere Homosexualität, Abtreibung, Verführung Minderjähriger) wird nicht vorgenommen; z.B. schützt der § 175 anerkanntermaßen kein Rechtsgut. Der Übergang von dem völlig antiquierten und selbst kriminalpolitisch dysfunktionalen Konglomerat aus Sühnegedanke und Spezialprevention des alten Strafrechts zur Generalprevention wird nicht einmal angestrebt, d.h.: Jede auch nur andeutungsweise soziologische Legitimierung (und also auch Kritik) des Sexualstrafrechts wird von vornherein verpönt. Das Sexualstrafrecht wird der gesellschaftlichen Wirklichkeit in keiner Weise gerecht; es dient bestenfalls der Perpetuierung reaktionärer Moralvorstellungen und Ideologien in den am weitesten zurückgebliebenen Schichten der Gesellschaft. Es hat aber wohl eine angstproduzierende und sexualfeindliche und also unmittelbar disziplinierende Funktionfür die gesamte Gesellschaft.

Auf dem Gebiet des politischen und des Sexualstrafrechts unterstützt der SDS den Kampf aller parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte,die für eine demokratische Rationalisierung des Strafrechts eintreten. Er wird aber die formaljuristische Argumentation nur als ein Mittel des politischen Kampfes wählen: Unser Ziel ist, die Aufklärungsarbeit über die gesamtgesellschaftliche Relevanz der scheinbar partikularen Strafrechtsbestimmungen in der Öffentlichkeit voranzutreiben. Der SDS stellt dabei folgende Forderungen zu den Plänen der Strafgesetzgebung und der Rechtssprechung:

1. für das politische Strafrecht:
   - rigorose Einschränkung des gesamten "Staatsschutzrechtes", besonders Einschränkung und genaue Definition des Strafbestandes "Landesverrat" -
   - Rückgängigmachen aller geplanten Neuerungen imsogenannten Vorfeld des Landesverrats -
   - Abschaffung des Straftatbestandes des "publizistischen Landesverrats" -
   - Verfassungsrechtliche Anerkennung des Widerstandsrechtes -
   - Nichtverfolgung der Aufdeckung aller Verfassungsverstöße, gleichgültig aus welchen Motiven sie geschehen -
   - demokratische Kontrolle aller Verselbständigungstendenzen der Exekutive über die Judikative; gleichzeitig öffentliche Kontrolle der Judikative -

2. für das Sexualstrafrecht:
   - grundsätzliche Neudiskussion sämtlicher bisheriger Straftatbestände mit dem Ziel der rationalen Eingrenzung der zu schützenden Rechtsgüter und der primären Anwendung der Generalprevention -
   - vollständige Legalisierung aller zum Verkehr freigegebenen Verhütungsmittel einschließlich der öffentlichen Werbung für sie -
   - Legalisierung der medizinischen, ethischen und sozialen Indikation -
   - Generalisierung der Straftatbestände, in die Jugendliche unter 16 Jahre verwickelt sind, d.h. Straffreiheit der Verführung zu un der Ausübung von Homosexualität und Inzest von oder mit Jugendlichen, wenn diese Formen der Sexualität nicht unter Zwang oder der Ausnützung von Abhängigkeitsverhältnissenausgeübt werden -
   - Einschränkung aller "Straftaten gegen die Sittlichkeit" auf die Tatbestände, bei denen Zwang angewendet wird, Abhängigkeitsverhältnisse ausgenützt werden.
   - Neuformulierung des "Jugendschutzalters" unter Zugrundelegung insbesondere der sexuellen Reife -
   - wissenschaftlich abgesicherte Neubestimmung des öffentlichen Interesses, des öffentlichen Ärgernisses, der Jugendgefährdung, der Sitte und des Anstandes -

Wichtige abgelehnte Anträge und Begründungen

1. Zur Notstandspolitik des SDS

a) Gruppe München

Der SDS kämpft gegen jede Notstandsgesetzgebung. Aber er kämpft nicht gegen die Notstandsgesetze an sich, sondern gegen die Notstandsgesetze als ein Instrument des Klassenkampfes von oben.

Der historische Prozess, in dem die Notstandsgesetze nur ein Moment sind, begann lange vor der Konstituierung der BRD und wird weiter reichen als bis zur Verabschiedung der Notstandsgesetze. Bloßer Kampf um Verfassungspositionen ist stets nur Kampf gegen die juristische Kodifizierung bereits weit fortgeschrittener oder abgeschlossener gesellschaftlicher Prozesse, nicht Kampf gegen diese Prozesse selbst. Wo die Diktatur der Bourgeoisie an der Heimatfront imperialistischer Kriege verschärfte Formen (Notstandsgesetze, Formierte Gesellschaft) anzunehmen gezwungen ist, hat die Forderunge nach Beschränkung der Diktatur der Bourgeoisie mittels parlamentarischer Demokratie systemverschleiernden und systemstabilisierenden Charakter.

Doch muß die sozialistische Forderung nach Skturz der Diktatur der Bourgeoisie aus den konkret erfahrbahren Widersprüchen des kapitalistischen System entwickelt werden. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze ist zu führen als ein Klassenkampf gegen die Bedrohung unmittelbarer Arbeiterinteressen, ohne in dieser Unmittelbarkeit trade-unionistisch stecken zu bleiben. Vielmehr ist der unmittelbare Tageskampf zu führen als eine Schule gesamtgesellschaftlich orientierten Bewußtseins der Massen.

Nur wenn die Perspektive des Kampfes über die Notstandsgesetze hinausgeht, kann der notwendige Kampf gegen sie erfolgreich sein. Der Erfolg blemißt sich dabei nicht so sehr nach der etwaigen Verhinderung ihrer Verabschiedung, als nach dem durch den Kampf zu gewinnenden bewußten Widerstandspotenial der Arbeiterklasse.

Der Kampf gegen die Notstandsgesetze kann nicht mit einem parlamentarischen Sieg einer parlamentarischen Niederlage zu Ende sein, sondern bildet lediglich eine E tappe eines weiterzutreibenden Mobilisierungsprozesses. Das vorübergehende Zusammengehen mit bürgerlichen radikal-demokratischen Kräften kann daher nicht den Charakter einer koalitionsähnlichen Institutionalisierung haben, sondern nur den eines taktischen Bündnisses, das als Einheit im Widerspruch zu behandeln ist und dem die politische Selbständigkeit der sozialistischen Kräfte nicht geopfert werden darf.

b) Landesverband Berlin

Die XXI. ordentliche Delegiertenkonferenz möge beschließen:

1. Der Bundesvorstand des SDSwird beauftragt, dafür zu sorgen, daß der für den 30. Oktober 1966 geplante Kongreß der Notstandsgegener im Ruhrgebiet (Gelsenkirchen oder Essen) stattfindet.

2. Der Bundesvorstand des SDS wird beauftragt, die Interessen des SDS in dem Vorbereitungskomitee wirksam zu vertreten. Zu diesem Zweck bestimmt die Delegiertenkonferenz 3 SDS-Mitglieder, die dem Vorbereitungskomitee angehören bzw. den Bundesvorstand bei der Wahrnehmung der SDS-Interessen politisch oder organisatorisch unterstützen. Mindestens ein SDS-Mitglied wird von der Delegiertenkonferenz als ständiges Mitglied des Vorbereitungskomitees gewählt.

3. Die Delegiertenkonferenz verpflichtet den Bundesvorstand, alle Mitglieder des Bundesverbandes regelmäßig vom S-tand der Vorbereitungsarbeiten zu unterrichten.

4. Der Bundesvorstand ist verpflichtet, mit allen SDS-Gruppen und Landesverbänden Gespräche darüber zu führen, wie die Vorstellungen des SDS auf diesem Kongreß optimal vertreten werden können. Dazu ist es

a) notwendig, daß sich der Bundesvorstand ein Bild der in den einzelnen Gruppen und Landesverbänden geleisteten Notstands-Arbeit verschafft,

b) umgehend den Stand der organisatorischen Vorbereitung des Kongresses schriftlich mitteilt,

c) umgehend darüber Auskunft gibt, wie der Kongreß organisatorisch gestaltet werden soll und wie die einzelnen Gruppen und Landesverbände dabei mitwirken sollen.

5. Der Bundesvorstand ist verpflichtet, umgehend die politische Strategie des SDS in der Notstandsfrage und insbesondere für den bevorstehenden Kongreß schriftlich allen Gruppen und Landesverbänden bekanntzumachen.

6. Der Bundesvorstand ist verpflichtet, umgehend die Stellungnahme der SDS-Gruppen und Landesverbände zur politischen und organisatorischen Durchführung des Kongresses einzuholen, zu veröffentlichen undauf Antrag von mindestens drei Landesverbänden eine Gruppenvorsitzendenkonferenz aller Gruppen und Landesverbände einzuberufen, auf der die politische Linie des SDS beim o.g. Kongreß festgelegt wird.

Begründung:

Da ein repräsentativer Kongreß der Notstandsgegner kurz vor Beginn der Lesungen der Notstandsgesetze im Bundestag eine unübersehbare Stellungnahme zur bundesrepublikanischen Innenpolitik bedeutet, muß die sozialistische Bewegung, die sich von der Bewegung der Wirklichkeit leiten läßt, einen solchen Kongreß dort durchführ-en, wo innenpolitisch brisante Konflikte bereits aufgebrochen sind. Für die Bundesrepublik bedeutet das, daß der Kongreß im Ruhrgebiet stattfinden muß. Da die Sozialdemokratische Partei (SPD) offensichtlich weder willens noch in der Lage ist, die Möglichkeiten einer Politisierung der Massen zu nutzen, die sich aus der Strukturkrise des Bergbaus und der allgemeinen politischen Situation in der Bundesrepublik ergeben, hat die außerparlamentarische Opposition nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Pflicht, die sozialen Konflikte im Krisengebiet der Bundesrepublik politisch zu artikulieren und organisatorisch aufzufangen. Die Strukturkrise in Bergbau und Stahlindustrie ist darin begründet, daß um der Steigerung der Produktivität in den Wachstumsindustrien willen, Subventionen für unproduktive Industriezweige eingestellt werden. Für die dabei auftretenden politischen Schwierigkeiten kündigt sich die Notstandsgesetzgebung als Disziplinierungsmittel an. Da die SPD diese Gesetze unterstützt, gibt es nur noch die Möglichkeit, die außerparlamentarische Oppositionsbewegung zu unterstützen und zu aktivieren.

Somit hat der Notstandskongreß im Ruhrgebiet die Aufgabe,an der besonderen Krisensituation des Ruhrbergbaus die allgemeine Bedrohung der Interessen der Arbeiterschaft durch die Notstandsgesetze und verwandte Maßnahmen innerhalb des Formierungsprogrammes sichtbar zumachen. Hier hat der SDS die Möglichkeit, den traditionellen Bereich der Hochschulpolitik zu verlassen und die bisherigen Vorstellungen von einer nicht-revisionistischen Gewerkschaftspolitik zu konkretisieren.

Der Landesverband Berlin des SDS ist der Meinung, daß die Vorbereitung eines so wichtigen Projektes nicht eine isolierte Aufgabe des Bundesvorstandes sein kann, die sich zudem noch weitgehend außerhalb des SDS abspielt. Vielmehr gehört die politische Vorbereitung des Kongresses sowie die Beratung der Maßnahmen, die auch den organisatorischen Erfolg sicherstellen, in den Mittelpunkt der Verbandsarbeit. Voraussetzung hierfür ist eine breite innerverbandliche Diskussion, die vom Bundesvorstand forciert und im o.g. Sinne angeführt werden muß. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dabei viele Erfahrungen, welche die einzelnen Gruppen und Landesverbände bisher gemacht haben (z.B. Bonn und Köln), ausgewertet und auf die Kongreß-Situation

angewandt werden können. In jedem Falle muß vermieden werden, daß der SDS wieder einen Kongreß veranstaltet, ohne ihn so gründlich vorbereitet zu haben, daß die politischen Interessen des Verbandes wirksam zur Geltung gebracht werden können. Die Erfahrungen mit den in dieser Hinsicht unbefriedigenden Ergebnissen der Bonner und Frankfurter Kongresse müssen die Planung dieser neuen Veranstaltung bestimmen.

2. Ein Initiativ-Antrag zur Vietnampolitik (München)

Durch die imperialistische Kriegsführung der USA und ihrer Satelliten wird die provisorische Trennung zwischen Nord- und Südvietnam immer mehr gegenstandslos gemacht. Durch die Eskalationspolitik wird der Vietnamkrieg tendenziell auf Laos, Kambodscha, Thailand und Südchina ausgeweitet.

Jede Unterstützung des revolutionären Volkskriegs kann daher weder statisch auf ein momentanes Opfer der imperialistischen Aggression beschränkt noch auf verdinglichte Hilfe für einen irrealen Sieg auf eine Teilfront des weltweiten Klassenkrieges reduziert werden, sondern muß sich auf den Entwicklungsprozess eines langandauernden und tendenziell subkontinental werdenden antiimperialistischen Volkskrieges einstellen und vor allem dessen jahrzehntelange Führung ermöglichen helfen mit dem Ziel, die innerkapitalistischen Widersprüche zum Aufbrechen zu bringen. Nur der kombinierte Angriff von außen und innen kann den Imperialismus allmählich schlagen; die Weltrevolution läßt sich nicht an auswärtige Stellvertreter delegieren.

Der SDS hat die Aufgabe, diesen Zusammenhang seinen theoretischen Überlegungen und seiner praktischen Aufklärungs- und Aktivierungsarbeit zugrundezulegen. Auf einem Bundesseminar soll damit begonnen werden, die Vermittlung zwischen langandauerndem Volkskrieg und inneren Widersprüchen des kapitalistischen Systems theoretisch zu erarbeiten in Hinblick auf die zukünftige Praxis des SDS.

3. Drei divergierende Begründungen für die Resolution gegen das Verbot der KPD

a) Begründung der Antragsteller (LV Köln)

Seit dem Verbot der KPD durch das Bundesverfassungsgericht verstärkten sich von Jahr zu Jahr die Bemühungen, eine Revision des Urteils zu erzwingen. Sie wurden von der KPD selbst, von Politikern aller anderen Parteien in der Bundesrepublik sowie von namhaften Verfassungsjuristen forciert. Das Schwergewicht der Argumente konzentrierte sich dabei auf die Tatsache, daß das Verbot der KPD nicht nur diese Partei als Organisation und deren Mitglieder betraf, sondern in weiter Auslegung der sogenannten Staatsschutzbestimmungen auf alle linksoppositionellen Gruppen und Personen ausgerichtet wurde. Das Verbot entwickelte sich damit zu einer juristischen Waffe der herrschenden Politik gegen deren Opponenten. Die Bewegung für die Aufhebung des Verbots sah daher mit Recht in diesem Urteil einen verhängnisvollen Schritt zur Einschränkung der Demokratie. Alle in dieser Hinsicht entwickelten Argumente hatten jedoch bis heute keinen Erfolg. Es gibt darüber hinaus keine Anzeichen dafür, daß seitens der Bundesregierung und des Bundestags unter dem Druck dieser verfassungsrechtlichen Bedenken eine Initiative zur Aufhebung des Verbots erfolgen wird.

Das Verbot der KPD ist ein machtpolitisches Instrument der bürgerlichen Ordnung, diese zu schützen. Es betrifft daher in erster Linie die Arbeiterschaft als gesellschaftlicher Widersacher dieser Ordnung, die mit dem Verbot der konsequentesten politischen Interessenvertretung beraubt wurde. Eine bürgerlich-demokratische Kampagne für die Wiederzulassung der KPD, so wertvoll sie ist, kann infolgedessen auch nicht so erfolgreich sein, wie eine aus der Arbeiterschaft zu entwickelnde. Denn neben der verfassungsmäßig formalen Seite dieses Verbots existiert eine weitaus wichtigere, nämlich die gesellschaftspolitische. Erst wenn aus der Arbeiterbewegung heraus die Notwendigkeit erkannt wird,

die gesellschaftliche Bedeutung des KPD-Verbots in den Vordergrund zu stellen, um gemeinsam mit den demokratisch gesinnten Teilen des Bürgertums eine Massenbasis für die Forderung auf Wiederzulassung zu initieren, ist eine Revision möglich.
Es ist daher als Aufgabe des SDS anzusehen, verstärkt auf diesen Zusammenhang hinzuweisen,um zu erreichen, daß die Diskussion um das KPD-Verbot zu einer Überwindung der Stagnation innerhalb der Arbeiterbewegung beiträgt.

b) Änderungsvorschläge der Antragsprüfungskommission
Der SDS ist sich darüber im Klaren, daß das Verbot sowohl die organisatorische Schwäche der politischen Arbeiterbewegung zur Grundlage hatte, als auch die Bestrebungen der herrschenden Klassen in der Bundesrepublik ausdrückte den Marxismus in der Öffentlichkeit auszuschalten. Durch das Verbot und die sich daran anschließende weite Auslegung der Staatsschutzbestimmungen sollte der Marxismus in Wissenschaft und Literatur in siner Entwicklung behindert undzu politischer Erfolglosigkeit veruteilt werden, indem er von der Arbeiterbewegung isoliert wurde.
Eine Beschränkung auf bürgerlich-demokratische Forderungen nach Aufhebung des KPD-Verbotes (soch wichtig sie im Rahmen der parlamentarischen Demokratie sind), verkennt die Ursachen und Zielsetzungen des Verbots, nämlich den Herrschaftskonflikt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und dessen politische Neutralisierung. Der SDS setzt sich für eine Aufhebung des KP-Verbotes und der entsprechenden Staatsschutzbestimmungen ein, da er darin eine entscheidende organisatorische Bedingung zur Wiederbelebung der sozialistischen Arbeiterbewegung sieht, wenngleich sich der SDS bewußt ist, daß diese Wiederbelebung ebenso Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen das KP-Verbot ist.

Der SDS erklärt darüber hinaus seine Verbundenheit mit all denen, die jetzt unter schweren Repressalien leiden, weil sie für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten.

c) Gegenvorschlag zu b (München)
Der SDS ist sich darüber im Klaren, daß dies Verbot einerseits die Schwäche der Arbeiterbewegung zur Voraussetzung hatte und andererseits die Schwächung der Arbeiterbewegung bezweckt, da das Verbot der KPD eine Waffe der Bourgeoisie gegen jeden organisierten Versuch zur Überwindung dieser Schwäche darstellt.
Die bloße Forderung nach Aufhebung des Verbots bleibt illusorisch,solange die Schwäche der Arbeiterbewegung weiter besteht. Eine bürgerlich-demokratische Kampagne für die Aufhebung des KPD-Verbots, so wertvoll sie ist, kann infolgedessen auch ni ht so erfolgreich sein, wei eine aus der Arbeiterschaft zu entwickelnde. Der Erfolg einer solchen Kampagne besteht nicht so sehr darin, daß die Bourgeoisie die KPD wieder erlaubt, sondern darin, daß eine sich herausbildende Arbeiterbewegung nach Instrumenten des politischen Kampfs sucht. Das setzt ein neues Verständnis für die Situation der Arbeiterbewegung voraus, welches sich nicht an Zulassung oder Nichtzulassung einer Partei orientiert, sondern an den Kriterien einer klassenbewussten und nicht nur tagespolitisch ausgerichteten Mobilisierung und Organisation der Arbeitermassen. Der SDS erklär-t sich bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag dazu zu leisten.

Er erklärt darüber hinaus seine Verbundenheit mit all denen, die jetzt unter schweren Repressalien leiden, weil sie für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten.

4. Begründung zur Resolution über den Redneraustausch SPD/SED (Köln)

Der Redneraustausch zwischen der SPD und der SED, als ein Teil des gesamtdeutschen Dialogs, ist vorerst gescheitert. In der Beurteilung der Schuldfrage unterscheiden wir uns generell von der in der Bundesrepublik geäußerten Meinung, die SED sei dafür verantwortlich. Wenn Brandt, Wehner und Erler in ihren Fersehreden der SED vorwarfen,sie würde kneifen und hätte Angst vor den Rückwirkungen des Dialogs bei der Bevölkerung der DDR, zeugt das von Ahungslosigkeit der objektiven Situation und von dem Wunsch, im Rahmen ihrer Gemeinsamkeitspolitik mit der CDU von den eigentlichen Ursachen abzulenken.
Die SED hat durch die Veröffentlichung der Briefe des Parteivorstandes der SPD im Neuen Deutschland bewiesen, daß sie sich mit den Argumenten der SPD gewillt war, öffentlich auseinanderzusetzen. Wie die Fernsehansprachen gezeigt haben, war von vornherein nicht anzunehmen, daß die SPD wesentlich neue Argumente beigebracht hätte.
Das Gesetz über die zeitweilige Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit, an dem die SPD-Bundestagsfraktion mitgewirkt hat, zwang die SED, wie sie von vornherein klargestellt hatte, vom geplanten Redneraustausch abzusehen. Eine andere Haltung wäre der moralischen und politischen Selbstaufgabe gleichgekommen. Dieses Gesetz eröffnet nicht die Möglichkeit der Diskussion, es verlangt die Kapitulation der SED. Deutlich wird die Alleinschuld der Bundesregierung und der Bundestagsparteien an dem Scheitern des Redneraustausches an den Überlegungen von Gerstenmeier, Ulbricht und seine Delegation in Hannover zu verhaften. In ihnen proudziert sich die Irrationalität und Aggressivität der Deutschlandpolitik der Bundesrepublik. An den Anfang der Wiedervereinigungsdiskussion rückt ein Schauprozeß gegen Walter Ulbricht.
An den Dialog SPD/SED hatten sich in ganz Deutschland große Erwartungen geknüpft. Sie haben einen erheblichen Anteil am Wahlsieg der SPD in Nordrhein-Westfalen. Es ist die Aufgabe der SPD, diese Erwartungen zu erfüllen. Das wird allein möglich, wenn sie ihre Deutschlandpolitik nicht mehr im Namen der CDU betreibt und die Vorstellungen der Bevölkerung mit denen der Bundesregierung identifiziert. Einsche scharfe Kritik muß geäußert werden, wenn die SPD mit der CDU auf der Basis des Alleinvertretungsanspruchs der BRD als ultima ratio Deutschlandspolitik betreibt.

5. Einrichtung eines Ökonomie-Referates (Köln)

Die Auswirkungen der ökonomischen Entwicklung in der Bundesrepublik auf alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche treten immer deutlicher zutage. Die Bundesrepublik Deutschland ist das einzige hochindustrialisierte Land der Erde, das, in einem supranationalen Wirtschaftsverband organisiert, gleichzeitig territoriale Forderungen vertritt. Das ist letztlich nur verständlich als Pendant der expansiven Entwicklung der westdeutschen Industrie.
Seit 1954 befindet sich der westdeutsche Kapitalismus in einer Konzentrations- und Zentralisierungsphase allerersten Ausmaßes; spätestens seit 1965 hat er die Schlüsselposition innerhalb der "Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" inne. Heute verbreitet er wieder eine Faschistische Großraumideologie, die vor allem Eindämmung der sozialistischen Länder, Einbeziehung Afrikas in seinen Wirtschaftsbereich und Abgrenzung der Interessen der von ihm angeführten EWD mit den Interessen der USA zum Inhalt hat. Als Avantgardist eines supranational angelegten Imperialismus konkurriert er mit den Vereinigten Staaten vor allem in Afrika um die militärische und wirtschaftliche Unterstützung der Konterrevolution.
Es ist unmöglich, die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu analysieren ohne ausgiebige Darstellung der Entwicklungstendenzen des organisierten Kapitalismus, der von Woche zu Woche sich verfestigenden Verbindung der Oligopole und Wirtschaftsverbände mit der Bundesregierung und den parlamentarischen Spitzen in Bonn. Formierte Gesellschaft und Notstandsgesetzgebung sind

nichts anderes als kodifizierte Dokumente systematisch betriebener staatsmonopolistischer Repression.

Zugleich ist es dem organisierten Kapitalismus gelungen, die ihm inhärenten Widersprüche weiter zu differenzieren und aufzuzweigen. Wirtschaftskrisen werden zu regionalisieren gesucht; gelingt es einem Industriezweig nicht, die üblichen Durchschnittsprofite zu erwirtschaften, wird seinen Aneignern eine Flut staatlicher Subentionierung zuteil, das heißt, unterdurchschnittliche Akkumulationsbereiche werden von der ganzen Gesellschaft, vor allem der Arbeiterklasse, bezahlt.

Grundkenntnisse der politischen Ökonomie sind unerläßlich Voraussetzung sozialistischer Theorie und Praxis. Sie lassen aber im SDS noch zu wünschen übrig. Dem abzuhelfen, muß Aufgabe des Ökonomiereferats sein. Die Referenten könnten einen Arbeitsplan für Grundkurse in Politischer Ökonomie erstellen, die erforderliche Literatur beschaffen, Bibliographien zu Spezialgebieten herausgeben, die Intensität der Gruppenarbeit durch Rundreisen heben helfen usw. Insbesondere wäre an eine detaillierte Analyse der Ruhrkrise zu denken, denn nur den jeweiligen Verhältnissen Rechnung tragende Theorie kann zur adäquaten Lösung von Widersprüchen durch die Praxis führen. Mit orthodoxen Schablonen wurde dies aber noch nie erreicht.

6. Verhältnis von Bundesvorstand und Gruppen (Frankfurt)

Die politischen Auseinandersetzungen um die Arbeit der "Berliner Flugblattredaktion" im Mai 1966 hatten folgende, für die Entwicklung der innerverbandlichen Diskussion im SDS wichtige Resultate:

1. spontane Diskussionen in einzelnen Gruppen, die integrierend wirkten, da sie einem Reflexionsprozeß über die politischen Arbeitsmöglichkeiten und Ziele des SDS als Verband auslösten,

2. Diskussionen zwischen der initiierenden Berliner Gruppe und anderen Gruppen und darüber hinaus,

3. integrierende Diskussionen und Auseinandersetzungen zwischen den unmittelbar an den Berliner Aktionen nicht beteiligten Gruppen.

Es hat sich gezeigt, daß die Diskussion um die Berliner Flugblätter dazu geführt hat, daß die Exponenten verschiedener politischer Positionen im SDS ihre Argumente und die theoretischen Begründungen ihrer Standpunkte unmittelbar miteinander austauschten und inhaltlich diskutierten. Die Diskussionen erreichten teilweise ein höheres Niveau, als in ähnlichen früheren Diskussionen, weil die Aktivitäten und Argumentationen der einzelnen Gruppen und des BV unter dem Gesichtspunkt der politischen Entwicklung und Funktion des Verbandes, unabhängig von zufälligen personellen Konstellationen diskutiert wurden. Zwar hat dies nicht dazu geführt, daß der Verband allgemein sich nach innen gefestigt hat und nach außen aktionsfähiger geworden ist. Gleichwohl stellt die DK zur Verwirklichung dieser Ziele fest:

Es muß mehr als bisher zur Selbstverständlichkeit werden, daß

1. Gruppen untereinander Informationen ausltauschen und divergierende politische Positionen diskutieren und daß

2. politische Entschlüsse, Aktivitäten und Diskussionsergebnisse in Rundschreiben oder anderen geeigneten Publikationsorganen nicht nur innerhalb der einzelnen Gruppen, sondern auch anderen Gruppen bekanntgemacht werden.

Ein solcher Informationsaustausch darf nicht von vornherein als Versuch zur Fraktionsbildung aufgefaßt werden. Selbst wenn sich über solche Kommunikationsformen mehr als bisher Fraktionen bilden sollten, darf das nicht vorneherein und grundsätzlich negativ aufgefaßt werden. Es hat sich in der Geschichte des SDS oft gezeigt, daß vorübergehende Franktionsbildungen langfristig einen politi-

sierenden und integrierenden Effekt auf den gesamten Verband hatten. Die verstärkte Kommunikation zwischen den Gruppen muß dadurch ergänzt werden, daß der BV von allen Aktivitäten und Aktionen auf Gruppen- und Landesebene (inklusive Flugblattaktionen, geplante Veranstaltungen etc.) zum Zeitpunkt ihres Stattfindens informiert ist. Nur so kann dem Eindruck einer destruktiven Fraktionsbildung und der schlimmeren Gefahr einer übereilten, auf administrative Maßnahmen gestützten Reaktion des BV gegen vorgeblich geheimbündlerische Aktivitäten begegnet werden.

Der BV hat dann die Aufgabe, alle Gruppen in Rundschreiben, oder der "neuen Kritik" zu informieren und mit seinem eigenen Standpunkt bekanntzumachen, wenn in einer Gruppe oder zwischen mehreren Gruppen oder zwischen dem BV und einer Gruppe Beschlüße gefaßt werden oder Aktivitäten vorbereitet werden, die für die Diskussionen und Aktionen anderer Gruppen vorbildlich, gefährlich oder sonst wichtig sein könnten. Solche Dokumentationen dürfen nicht wie bisher erst nach Abschluß der jeweiligen Diskussionen veröffentlich werden, wenn sie im wesentlichen nur noch Rechtfertigungscharakter für den BVhaben. Nur bei rechtzeitiger Publikation kann vermieden werden, daß die einzelnen Gruppen sich erst zu einem relativ späten und vielleicht kritischen Zeitpunkt in verbandsrelevante Entscheidungen einschalten können.
Die durch eine so intensivierte horizontale und vertikale Kommunikation erreichte größere Öffentlichkeit innerhalb des Verbandes würde es ermöglichen, daß die Kontinuität und innere Kohärenz der Politik des BV oder der einzelnen Fraktionen oder Gruppierungen deutlich würde. Dadurch würde einerseits das allgemeine Bewußtsein von der Zielsetzung, Zusammensetzung und den Möglichkeiten des SDS klarer, und andererseits würde eine koordinierte und langfristig orientierte Politik des SDS erleichtert, wenn die Verbandsdiskussion, auf Grund der besseren Kenntnis der Position des Diskussionspartners, über das Niveau der scheinbaren Zufälligkeit einzelner Akte, die leicht als persönliche Gemeinheiten ausgelegt werden, hinaus, zu einer generellen Erörterung theoretischer Positionen geführt werden kann.

7. Süd - Tirol (Autor unbekannt)

Um die Gesamtbewegung des spätkapitalistischen Systems nicht einem ihrer Momente unterzuordnen, darf über dem Kampf der westdeutschen Arbeiterbewegung gegen die Notstandsgesetzgebung nicht der heroische Kampf der südtiroler Bauernmassen gegen die, auch von der italienischen KP gebilligte Unterdrückung durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus Westeuropas vergessen werden.

Da jeder offene Widerspruch Ansatzpunkt gesellschaftlichen Bewußtwerdungs- und Politisierungsprozesses ist, d.h. Möglichkeiten für ein materialistisches Theorie-Praxis-Verhältnis jenseits aller idealistischen Konzeptionen, muß der Konflikt in Süd-Tirol in den Mittelpunkt aller SDS-Aktivitäten gestellt werden. Ein sozialistisches Süd-Tirol ist her Hebel, um Europa von der Herrschaft der Bourgeoisie zu befreien.

Um die längst überfällige Analyse des Süd-Tirol-Problems voranzutreiben, fordern wir den BV auf, zum nächstmöglichen Termin einen Süd-Tirol-Kongreß zu veranstalten.

Stellungnahmen aus dem SDS zur Delegiertenkonferenz

1. Gerhard BESSAU (Köln)

Was von Prof. Abendroth in seinem Rückblich auf die zwanzigjährige Geschichte des SDS als stets neu zu bewältigende Problematik herausgestellt wurde, nämlich der Widerspruch zwischen Fluktuation und Kontinuität gerade in einem Studentenverband mit sozialistischer Zielsetzung, blieb während des Verlaufs der XXI. Delegiertenkonferenz des Verbandes weitgehend unbeachtet. An einer Lösung in Richtung praktisch- sowie theoretisch-politischer Kontinuität in absehbarer Zeit muß gezweifelt werden, da dieser Mangel von der Mehrheit der Delegierten kaum wahrgenommen wurde.

So wirkten die Resultate viertägiger Diskussionen zwiespältig, ja fatal; denn zwischen dem Anspruch, die jüngsten Entwicklungen im Osten und Westen "marxistisch" aufzuarbeiten und dem, was für die Praxis geleistet wurde, konnte keine sinnvolle Verbindung hergestellt werden. Dabei interessiert weniger die Reaktion Außenstehender. Ungeteilte Zustimmung ist von ihrer Seite nicht zu erwarten, auch dann nicht, wenn bewußt eine Politik formuliert wird, die auf ein vermeintlich günstiges Echo abzielt.

Notwendig ist demgegenüber - und dies allein sollte bestimmend sein - ein offenes Eingeständnis dieses negativen Fazits innerhalb des Verbandes und eine Auseinandersetzung mit den Ursachen, die dazu führten. Jede Neubelebung der "Strategiediskussion", jeder praktische Schritt des SDS, um zu effektiveren Positionen zu gelangen, kommen über einen abstrakten Bekenntnischarakter nicht hinaus, wenn die internen Un-zulänglichkeiten etweder verdrängt oder taktisch verbrämt - verschüttet werden. Zwangsläufig setzt dann eine Kompensation durch in nichts zu rechtfertigende Hapertrophien ein, die einesteils in die Kritik nach ;außen" wie nach "innen" die eigenen Mittel nicht in ein adäquates Verhältnis zu den postulierten Absichten in Beziehung zu bringen vermag, zum anderen gefährliche euphemistische Emotionen erweckt. Sobald sie verflogen sind, erfolgt meist die individuelle Resignation und schließlich die Anpassung andie für objektiv stärker empfundene bürgerliche Umwelt. Nur diejenigen, bei denen sich verfestigte irreale Vorstellungen üver Funktion und Möglichkeiten des SDS bereits zur rhetorischen Norm sublimiert haben, werden leugnen, daß der gesamte Ablauf der diesjährigen Delegiertenkonferenz von solcherart irrationalem. letzlich unpolitischem Verhalten diktiert war mit all seinen grotesken Begleiterscheinungen, deren vehementester Ausdruck wohl die Akzeptierung der sogenannten China-Entschließung bildete. Die Mystifizierung des scheinbar Revolutionären machte Praxisnähe verdächtig, gleichgültig ob sie als "zentristisch" oder "links" klassifiziert und damit als unredlich verfemt wurde.

Allgemein spiegelt diese Einstellung die besondere Situation der Sozialisten in Westdeutschland wider, den Kontrast zwischen dem formalen Zugeständnis praktisch-politischen wie theoretischen Engagements und der relativen Enge, es so zu verwirklichen, daß in den jeweiligen Schritten tendenziell das Ziel vermittelt erscheint. Obwohl dieser Gegebenheit nicht nur der SDS ausgeliefert ist, wirkt sie sich im sozialistischen Studentenverband - so wenigstens derzeit - in Form einer intellektuellen Revolte aus, deren Äußerungen einzig dastehen: Nach ihnen existiert in Westdeutschland keine nennenswerte "linke" Gruppierung, die das organisatorische Vakuum auszufüllen vermag, und es sei daher notwendig, uns prinzipiell als Partei zu begreifen, die jeglicher reformismusanfälligen Praxis vorweg das klare Bekenntnis zur Revolution und gegen die "Herrschaft der Bourgeoisie" zu formulieren, zu verlangen hat.

Prima facie scheint sich dieses spezifische Selbstverständnis bei nicht geringen Teilen des Verbandes zu verfestigen, wenn die Art und Weise der Diskussion und Beschlußfassung auf dieser Delegiertenkonferenz als signifikant dafür angenommen wird. Oder ist es nur ein personeller Zufall, daß

Anträge und Entschließungen über Hochschulpolitik, das Verhältnis zu den Gewerkschaften oder eine differenziertere Beurteilung der wirtschaftlichen "Stabilisierungsgesetze" als überflüssig angesehen wurden, stattdessen die chinesische "Kulturrevolution" als naturgegebenes "ideologisches" Mittel für den weiteren Aufschwung des Sozialismus in China wie überhaupt in Südostasien, die ganze Entschliessung quasi als beispielhafte Einschätzung der wirklichen Lage dekretiert wurden?

Die Bedenken richten sich hierbei keineswegs gegen den Versuch einer Analyse der Entwicklung in China und ihrer Auswirkungen. Sie ist sicherlich erforderlich, zumal sie im Moment von keiner anderen Position aus als der unabhängigen des SDS geleistet werden kann. Bestürzend sind jedoch mechanische Verknüpfungen wie: "So ist sie (die Kulturrevolution) über die Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Stärke der VR China ein weiterer Schritt auf dem Wege zur kommunistischen Gesellschaft". Genau hier kommt die Mystifizierung des Revolutionären zum Vorschein, die Handhabung eines unkritischen Ideologiebegriffs mit dem Ergebnis,gegenüber denen richten zu können, die nicht "bekennen" oder "glauben", die sich dagegen sträuben, die Metaphysik in die Realität einzuführen. Eine gleiche bekenntnishafte Aussage enthält zudem die weitaus wichtigere Entschließung zur Notstandsgesetzgebung. Wenn diese schon - was zunächst nicht zu bestreiten ist - als Ausdruck der "Herrschaft der Bourgeoisie" abgelehnt wird, so wäre es im Zusammenhang mit der Verwendung dieser sehr allgemeinen Sentenz darauf angekommen, auch auf die formale Seite der Entstehung des Notstandsgedankens innerhalb der konkreten gesellschaftlichen und historischen Entwicklung der monopolistischen Unternehmerwirtschaft in der Bundesrepublik einzugehen, eine Voraussetzung sozialistischer Argumentation und Praxis gegen seine Verwirklichung.

Die Neigung zum verbalen Protest gegen ein System, dessen Bewegungsgesetze zwar durchaus richtig als ursächlich für elementare soziale Widersprüche angesehen wurden, jedoch ohne diese konkret zu definieren und historisch zu vermitteln - Vorbedingung ihrer Umsetzung in antikapitalistisches Bewußtsein - und ohne jeden Gesetzen differenziert nachzugehen - Grundlage jeder zukunftweisenden Analyse - , diese Neigung war vorherrschend über "fraktionelle" Einstellungen hinweg. Unkritisch wurde sie als wesentlicher Beitrag zur Dynamisierung der Theorie gewertet, der "marxistische" Purismus wirkte hier oft peinlich. Dem entsprach die hastige Bereitschaft zu mehreren Bundesseminaren, deren Thematik, meist initiativ beschlossen. oft unvermittelt und jeweils mangelhaft begründet aus den vorangegeangenen Detaildebatten abgeleitet wurde. Demgegenüber wird es schwer sein, mit dem Schulungsprogramm des Bundesvorstandes das Willkürliche der so präjudizierten Seminararbeit durch die Systematik kontinuierlicher theoretischer Ausbildung zu kompensieren. Ob es zur positiven Entwicklung auf diesem Gebiet kommen kann, muß skeptisch beurteilt werden. Eine breite Mehrheit im Verband scheint sich nicht darüber im klaren zu sein, daß die politische Ökonomie als eine zentrale Kategorie sozialistischer Wissenschaft - neben der materialistischen Geschichtsauffassung als der zweiten - unabdingbarer Bestandteil j e d e r Durchleuchtung ideologischer wie soziologischer Faktoren ist. Solange diesem Komplex nicht die allererste Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, bleibt die Aufforderung Helmut Schauers zur Behandlung einer Reihe sozialer Zusammenhänge innen- und außenpolitischer Natur als Voraussetzung einer langfristigen sinnvollen Praxis unbeantwortet. Ähnlich mössen die Chancen einer von Reimut Reiche angekündigten "Stalinismusdiskussion" gewertet werden. Sie bleibt, ohne im Rahmen einer politisch-ökonomischen Basisanalyse der sozialistischen Staaten zu stehen, dem ideologischen Bereich verhaftet und übersteigt damit nicht die Position tradierter modellhafter Vorstellungen. Dies gilt es insbesondere zu vermeiden, wenn, wie R. Reiche andeutete, speziell die Phasen des Übergangs der Gesellschaftsformen eingehender untersucht werden sollen. Es sollte in Bezug darauf nicht der Hinweis fehlen, wie undiferenziert auch Funktion und Entwicklung der DDR betrachtet wurden, was nicht zuletzt auf die bloß vorliegenden schematischen Ansätze politisch-ökonomischer Theorie zurückzuführen ist.

Gelingt es dem neuen Bundesvorstand nicht, das Schulungsprogramm mit den von der Konferenz beschlossenen überregionalen Seminaren einheitlich zu verbinden, wird darüber hinaus noch auf eine Stimulierung der Wissensvermittlung wichtiger Bestandteile der sozialistischen politischen Ökonomie verzichtet, so werden wohl jene Tendenzen Auftrieb erhalten, deren Reaktionen emotional bestimmt sind. Wie vordringlich gerade diese Aufgabe ist, ergibt sich schon allein aus der Struktur des Verbandes und seiner isolierten Lage. Ohne den Rückhalt einer sozialistischen Partei, die dem einzelnen die politische Entwicklung offenhält, muß diese dann abrupt abbrechen, sobald die methodischen Grundlagenfür sozialistisches Bewußtsein fehlen. Auf der anderen Seite bleibt das anerzogene bürgerlich-ideologische Fundemanent unbeeinflußt, selbst wenn es zeitweilig durch Bekanntnis radikaler Observanz verschoben wird. Solange es nicht gelingt,die Korsettstangen der herrschenden Ideologie vermittels einer überlegenen Methode zu durchbrechen, vermag nur noch das pure Bekenntnis der Mitgliedschaft im SDS einen Sinn zu geben mit der doppelten Wirkung unreflektierter verbalradikaler Attitüden als Ausdruck fortschrittlicher Verbandspoltik und späterer Unterordnung unter die "normative Kraft des Faktischen", politisch in bequemen Opportunismus mündend. Die sich daraus ergebenden nagativen Konsequenzen sind verschiedener Art: Erstens stellt sich die ständig zitierte Bindung an die Arbeiterbewegung als mehr oder weniger platonisch dar. Das methodische Unvermögen zur immanenten Kritik, das auf ihre Diffamierung als "zentrisch" und "links-sozialdemokratisch" hinausläuft, drängt zu einer historisch überholten "leninistischen" Betrachtungsweise der Arbeiterbewegung. Als formales Objekt liefert sie so den Rechtfertigungsgrund politischer Betätigung im SDS. Eine solche müßte stattdessen darin bestehen, die noch ausstehenden Vermitttlungskategorien im Anschluß an die mannigfachen sozialen Widersprüche innerhalb des übrgerlich-kapitalistischen Systems herauszuarbeiten, um so der Arbeiterbewegung als Subjekt Wege und Möglichkeiten einer sozialistischen Gesellschaftsform transparent zu machen. Zweitens erweist sich die Konsolidierung des Verbandes als nichtssagender Fetisch, sofern die Unfähigkeit methodischer, d.h. realsoziologischer Einordnung des Hochschulbereichs eine sozialistisch - und keinesfalls nur antiautoritär - begründete Hochschulpolitik nich zuläßt. Mehr und mehr wird der Zugang zum SDS allenfalls psychologisch motiviert. Vollkommen wird dieser Antrieb wohl nicht auszuschalten sein. Er müßte jedoch dringend mit einer Programmatik konfrontiert werden, die den jungen Mitgliedern sowohl partial - als auch gesamtgesellschaftlich die erste grobe Orietierung bietet. Es genügt nicht, wie auf der Delegiertenkonferenz Hochschulpolitik vorexerziert wurde. Nicht nur das Problem von Studentenrevolten, sondern ebenso die Protestaktionen an der FU Berlin harren einer Deutung, die den vorwiegend empirisch gesteckten Rahmen lediglich als Ausgangspunkt fixiert.

Drittens werden alle Anstrengungen um die Programmatik auf die gleiche Expertengruppe innerhalb des Verbandes beschränkt bleiben, so daß sich auch während der kommenden Semester an den für eine sozialistische Organisation desperaten Zustand einer absolut brachliegenden Programmdiskussion nichts ändern wird. Daß dadurch das breite Spekturm der Wirkungsmöglichkeiten eines sozialistischen Studentenverbandes verkümmern muß, verkürzt wird auf plakative Demonstrationen, ohne je den Adressaten zu erreichen, bleibt unvermeidlich. In der kommenden Phase der Verbansentwicklung würde ein solches Resultat die zunehmende Funktionslosigkeit des SDS bedeuten. Abendroth wies in seinen Ausführungen vor der Delegiertenkonferenz demgegenüber auf die zentrale Aufgabe des Verbandes hin, durch beständige praxisorientierte theoretische Arbeit dafür zu sorgen, daß einer neu zu organisierenden politischen Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik einmal das entscheidende intellektuelle Potential zur Verfügung steht. An der Tatsache der noch nicht existierenden legalen Organisation können zwar die hier skizzierten enormen Schwierigkeiten des SDS erklärt werden. Dennoch, oder besser gerade deshalb hat der Verband aus den Erfahrungen der diesjährigen Delegiertenkonferenz das Fazit zu ziehen, sich dieser Schwierigkeiten bewußt zu werden, um aus eigener Kraft seine von Abendroth umrissene Funktion zu erfüllen.

2. Walter FISCHER (für die Gruppe Bonn)

Der neue Bundesvorstand hat es unternommen, eine Nr. der sds-Korrespondenz der DK zu widmen. Insbesondere sollen hier die wichtigsten der auf der DK abglehnten Anträge wiedergegeben werden. Dieses "Wiederaufnahmeverfahren" für bereits erledigte Anträge scheint uns seltsam. Doch ist das Motiv dieses Verfahrens vielleicht in dem Wunsch zu suchen, Klarheit über die verschiedenen Fraktionen des SDS zu gewinnen. Diese Fraktionen traten auf der DK ja gerade bei der Diskussion um die nicht angenommenen Anträge zum Vorschein.

Zu den Anträgen zur Notstandsgesetzgebung

Von allen Anträgen zur Notstandsgesetzgebung sei hier noch einmal zu vier von ihnen, die uns die wichtigsten scheinen, Stellung genommen:

Zu den beiden Entwürfen des Bundesvorstandes

Der Bundesvorstand zog seinen ersten Entwurf einer Entschließung zur Notstandspolitik des SDS zurück, noch ehe er diskutiert wurde, und legte eine Neufassung vor. Dieser Neufassung erging es indes nicht besser, als der BV für die erste Fassung befürchtet hatte. Er wurde abgelehnt. Dies, weil alle Mängel der Erstfassung übernommen worden waren, ohne daß man vernünftige Überlegungen vorlegen konnte. - Beide Entwürfe waren verspätet nachgeschobene Rechtfertigungsversuche für die Notstandspolitik des letzten Jahres. Sie bieten radikaldemokratische Stimmungsbilder und Impressionen aus der Bundesrepublik, sie bieten keine Analyse der Ursachen und Auswirkungen der Notstandsgesetzgebung. Die flüchtige Erwähnung der "Konzerne" ersetzt hier die Untersuchung der ökonomischen Voraussetzungen der Gesetze. Die verwaschene Terminologie und der verworrene Aufbau sind würdiges Pendant der Tatsache, daß jeder Ansatz einer sozialistischen Position fehlt. Eine solche hat der alt BV ja in der Tat nie vertreten. Tagespolitisches Taktieren mit anderen Notstandsgegenern hat sie ihm stets ersetzt; selbst auf der DK vermochte er nicht zu begreifen, daß alle Taktik ohne Konzept sinnlos ist. Die Anträge sind trübe Dokumente der verwirrten Hilfslosigkeit einer Organisation, die sich rühmt, die einzig funktionierende sozialistische in der BRD zu sein.

Zum Initiativantrag Köln - Bonn - München

Dieser Antrag wurde eingebracht, nachdem die Ablehnung der BV-Anträge sicher war, und sich abzeichnete, daß die DK ohne irgendeine Resolution zu den Notstandsgesetzen auseinandergehen würde. Seine marxistische Argumentation wurde nur von einem Teil der Delegierten akzeptiert, doch erfüllte er seine Funktion insofern, als er die Debatte um die Notstandsgesetze noch einmal in Gang brachte und ihr zu den nötigen Schärfe verhalf.

Die verabschiedete Notstandsresulution

Die verabschiedete Notstandsresulution, von einer vierköpfigen Kommission verfaßt, ist ein klug formulierte Kompromiß. Es bedürfte einer ausführlichen Analyse, wollte man nachweisen, daß zwischen den marxistischen und den vom BV übernommenen Passagen Widersprüche bestehen, manchmal im gleichen Satz. In der schillernden Diktion dieser Resolution neutralisieren sich beide Positionen weitgehend. Wir wissen, daß bei der Zusammensetzung dieser DK ein besseres Ergebnis nicht zu erwarten war. Umso genauer werden wir verfolgen, wieweit der neue Bundesvorstand den ihm von der DK aufgelegten Aufgaben im Zusammenhang mit der Notstandspolitik nachkommen wird.

Zum Initiativantrag des BV zum "Stabilisierungsgesetz"

Dieser Antrag verdiente, Satz für Satz analysiert zu werden. Aus Raumgründen können wir hier nur drei Punkte herausgreifen.

1. Zunächst wird behauptet, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem "erneut den Wendepunkt überschritten habe", jenseits dessen die egoistische Konkurrenz in den "Prozess der Selbstauflösung" übergehe. Der von diesem Wendepunkt - der nur in der bürgerlichen Presse sein ideologisches Dasein fristet - faszinierte Antragsteller übersieht, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem in Deutschland seinen Wendepunkt bereits zur Zeit des Deutsch-Französichen Krieges 1870 - 71 erreicht hatte, daß schon damals an die Stelle der egoistischen Konkurrenz die korporative Konkurrenz getreten war. Von einem Prozess der Selbstauflösung konnte weder damals noch heute die Rede sein, so einfach macht es der Kapitalismus seinen Gegenern nicht.

2. Es wird weiter behauptet, Wirtschaft und Staat seien eine Einheit. Wir lesen, die kapitalistische Klasse (!) schiebe "ihre ideologischen Prinzipien beiseite". Soll das heißen, fortan sei die kapitalistische Gesellschaft ideologiefrei? Der Antragsteller, zweifellos Mitglied dieser Gesellschaft ist es mitnichten. Er behauptet nämlich, zum Zweck der Erhaltung der "Profitwirtschaft" sei hierzulande der "Übergang zur staatsinterventionistischen Planung vollzogen" worden. Staatsinterventionismus war die Methode der siebziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Heute interveniert nicht der Staat, sondern der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mit seinen über hundert Fachausschüssen und andere Organisationen der Wirtschaft seuern über die Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien (GGO) legal und über andere Wege illegal die Wirtschaftspolitik der BRD. Die westeuropäischen, längst supranational organisierten Oligopole versuchen, zumal unter dem Druck der amerikanischen Konkurrenz, die Zentralisation des Kapitals auf Kosten der Gesellschaft über das staatliche Budget weiterzutreiben. Der Staatsapparat unterliegt also den mannigfaltigsten Einflüssen vonseiten der Oligopole; er reagiert mit diffuser Subentions- und Finanzpolitik. Nicht der Staat, sondern die Wirtschaftsverbände sind Urheber des "Stabilisierungsgesetzes". Ihr Ruf nach dem starken Staat ertönt immer dann, wenn die Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung der Produktivkräfte an der Grenze zur Depression nur noch durch den Einsatz aller gesellschaftlichen Kräfte gemeistert werden kann. Diese wenigen Bemerkungen zeigen, daß es unmöglich ist, einen Antrag zum "Stabilisierungsgesetz" von der kommenden Finanzreform und von den Notstandsgesetzen zu isolieren. Genau dies aber ist geschehen: mit keinem Hinweis wurde der Zusammenhang zwischen dem "Stabilisierungsgesetz" und den anderen Maßnahmen, die auf die Formierte Gesellschaft zielen, deutlich gemacht.

3. Im Antrag findet sich eine Einschätzung des Privateigentums, die aufhorchen läßt. Es wird z.B. festgestellt, die Gesellschaft habe, "abgeschnitten von Eigentum und Eigenmacht, nur mehr als bloßes Ausbeutungsobjekt zu funktionieren". Da der Autor sich auf die gegenwärtige Ideologie der Formierten Gesellschaft bezieht, hält er wohl das "Abgeschnittensein von Eigentum und Eigenmacht" für eine Tatsache jüngsten Datums, "die keine geistige wie wirtschaftliche Autonomie für die überwiegende Masse des Volkes mehr zuläßt".

Daraus folgt:

a) Der Autor nimmt an, "die überwiegende Masse des Volkes" habe bis vor kurzem "geistige wirtschaftliche Autonomie" besessen, die erst jetzt verschwinde,

b) der Autor nimmt an, daß, um "geistige und wirtschaftliche Autonomie" zu gewährleisten, Eigentum vonnöten sei. Genau dies ist das Kernstück der herrschenden kapitalistischen Ideologie.

Um welche Form des Eigentums der Autor besorgt ist, verrät er uns auf Seite xy. Er schreibt dort, das Stabilisierungsgesetz sei "Vorstufe zu weiteren einschneidenden Eingriffen in den sozialen Besitzstand der breiten Massen". Sozial heißt übersetzt gesellschaftlich. Wo aber haben heute die "breiten Massen" in der BRD gesellschaftlichen Besitzstand? Nirgends. Hier hilft nur die national-

sozialistische Terminologie weiter. Der Begriff "Besitzstand" stammt von den mittelständischen Wirtschaftsideologen (Feder, Strasser, Goerdeler), die im Nationalsozialismus tonangebend waren, bis sie 1934 von der Führung preisgegeben wurden, die sich mit dem Großkapital zu arrangieren wünschte. Der Begriff "sozialer Besitzstand" findet sich bei den Theoretikern der Reichsheimstätten und des Volkskapitalismus wieder. Und dies meint der Autor des Antrags: er befürchtet durch das Stabilisierungsgesetz eine Einschränkung der "Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand", die heute in konsequenter Fortsetzung faschistischer Wirtschaftsideologie von allen Franktionen, vom Papst bis zu Leber gefordert wird.

Der Antrag bleibt hinter der Entwicklung des Kapitalismus so weit zurück, wie es diesem nur angenehm sein kann. Er bleibt sogar hinter Strassers NSDAP-Programm zurück, da er nicht einmal, wie dieses, etwas fordert oder vorschlägt.

Zum Schulungsprogramm (Antrag Deppe/Steinhaus)

Der Beschluß, ein Schulungsprogramm auszuarbeitenund unter zentraler Leitung durchzuführen, ist, was die notwendige Konsolidierung des SDS angeht, der bedeutlamste der diesjährigen DK. Der Antrag von Deppe und Steinhaus zieht die Konsequenzen aus dem Fehlen einer sozialistischen Arbeiterbewegung in der BRD. Existierte eine solche, könnte der SDS in Zusammenarbeit mit ihr leicht zu einer einheitlichen Theorie und Praxis gelangen. Da sie fehlt, hat der SDS vor allem zwei Aufgaben: Kaderbildung und Aufarbeitung der sozialistischen Theorie. Letzerem soll das Schulungsprogramm dienen.

Gerade weil diese Schulung von außerordentlicher Bedeutung ist, darf sie nicht falsch angelegt sein. Das dem Antrag Deppe/Steinhaus beigefügte Arbeitspapier enthält indes Mängel und Unklarheiten, die das Projekt beeinträchtigen müssen.

Auf S. 3 wird unter den "wichtigsten Grundsätzen", von denen sich ein Schulungsprogramm leiten lassen müsse, die "kollektive Fähigkeit zur kritischen Beurteilung politischer Gegebenheiten und Möglichkeiten" genannt. Uns ist schleierhaft, wo im SDS die Genossen Deppe und Steinhaus eine "kollektive Fähigkeit" entdeckt haben, auf die die Schulungsarbeit sich stützen könnte. Uns ist weiter schleierhaft, wie eine solche Fähigkeit, wäre sie vorhanden oder zu entwickeln, der Schulung zugute kommen sollte. Es geht beim Aufarbeiten und Weiterführen sozialistischer Theorien nicht um nebelhafte "kollektive Fähigkeiten", sondern darum, jedem Genossen eine Anleitung zu bieten, die ihn befähigt, in Zusammenarbeit mit anderen den Wissens- und Bewußtseinsstand zu erreichen, der im SDS nottut.

Diese begriffliche Unklarheit ist hier für viele andere genannt, auf die der beschränkte Raum einzugehen verbietet.

Die"Vorschläge zur organisatorischen Gestaltung eines Schulungsprogramms" (S. 3 f.) scheinen uns über das Notwendige weit hinauszugehen. In ihrer Fülle bergen sie die Gefahr der Überorganisation, die eine zügige Arbeit verbietet. Institutionalisierter Leerlauf auf zahlreichen Sitzungen und Bundesseminaren zeichent sich ab. Wir werden bis Semesterbeginn einen Entwurf vorlegen, der diese Gefahren nicht in sich birgt.

Vollends problematisch scheinen und die "Vorschläge zu den inhaltlichen und didaktischen Prinzipien des Programms" (S. 11). Stutzig macht hier vor allem die Vorrangstellung, die den "theoretischen Problemstellungen und Problemlösungen" eingeräumt wird sowie die Häufigkeit des Terminus "Grundkategorie", stutzig macht die Forderung nach Konzentration des Programms auf "relativ einfache Theoreme", "Grundprobleme" und "Kategorien". Die Schulung soll sich offensichtlich auf einem außerordentlich abstrakten Niveau bewegen, soll konkrete gesellschaftliche Entwicklungen und Verhältnisse zu "Beispielen"der "theoretischen Problemstellungen und Problemlösungen"

degradieren, soll historische Prozesse undialektisch konuipierten, konservativ-soziologischen "Grundkategorien" jenseits von Raum und Zeit subsumieren. Hier wäre umgekehrt zu verfahren: statt von Begriffen auszugehen, denen die Realität nur als Illustration beigefügt ist, müßte die Theorie von den Verhältnissen her entwickelt werden. Dem SDS ist nicht mit der Rezeption vorgegebener"Kategorien" gedient, durch welche die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse präformiert und ihre Ergebnis teilweise vorweggenommen wird.

In den "Vorschlägen für die theamtische Gliederung" (S.6 f.) zeigen sich bereits die Folgen der Herrschaft der Kategorie über die Realität. Würde das Schulungsprogramm in der Art durchgeführt, wie sie sich hier abzeichnet, wäre es nutzlos. Solch abstrakte Lehrsätze zur Gesellschaftstruktur, gesellschaftlichen Arbeit, Arbeitsteilung etc. können allenfalls auswendig gelernt und wieder vergessen werden. Eine Hilfe und Anleitung zur theoretischen Arbeit sind sie auch nicht.

Wir werden, gerade weil wir ein verbindliches Schulungsprogramm für notwendig halten, bis Anfang November eine ausführliche Kritik des Arbeitspapieres von Deppe/Steinhaus und detaillierte Gegenvorschläge in einem Rundschreiben dem Verband vorlegen.

Zum Antrag "Untersuchung rechtsradikaler Strömungen"

In diesem Antrag wird der "Anstieg rechtsradikaler Tendenzen" in der Bundesrepublik, vor allem unter den Studenten, zurückgeführt auf die angebliche Ablösung der "liberalen Marktwirtschaft" durch "staatsinterventionistische Planung". Der Irrtum ist ein dreifacher:

1. eine liberale Marktwirtschaft, die abgelöst werden könnte, hat in der Bundesrepublik nie bestanden, sie bestand lediglich im ideologischen Sprachgebrauch. Daß die DK diesen Antrag verabschiedet hat, beweist, daß sie die Ideologie mit der Realität verwechselt und dem System der BRD auf den Leim gegangen ist;

2. es trifft nicht zu, daß heute die Wirtschaft "staatsinterventionistischer Planung" untworfen wird. Nicht der Staat interveniert, sondern die Wirtschaftsverbände haben sich - und dies nicht erst heute, sondern seit langem - den Staatsapparat dienstbar gemacht. Wir verweisen an dieser Stelle auf unsere Ausführungen zum "Stabilisierungsgesetz", in denen wir auf die Verkehrung der Verhältnisse eingegangen sind;

3. nicht das Verschwinden einer fiktiven "liberalen Marktwirtschaft" und das Auftauchen einer ebenso fiktiven "staatsinternentionistischen Planung" sind also als die Ursachen des "Anstiegs rechtsradikaler Tendenzen" anzusehen. Sondern: zunehmende Konzentration und Zentralisation der Großindustrie zwingt eine wachsende Zahl von kleinen und mittleren Betrieben in totale Abhängigkeit der Konzerne oder zum Konkurs, die Strukturveränderungen ganzer Industriezweige und die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (Zunahme der fixen, Abnahme der variablen Kosten) führen zu erhöhter Moblität der Arbeiterschaft, die Konjunkturflaute läßt die Mittelschichten umihre Kleineigentum bangen und radikalisiert sie nach rechts. Der Faschismus - und nichts anderes kann der Begriff Rechtsradikalismus meinen - ist das Produkt der Mittelschichten, zu denen heute auch weitgehend die Arbeiter zu rechnen sind. Er ist in der Bundesrepublik von Anfang an die herrschende Ideologie gewesen, nur zeigt er unter den heutigen wirtschaftlichen Bedingungen wieder seine militante Seite.

Hätte man sich in den vergangen Jahren, wie es Aufgabe einer sozialistischen Organisation gewesen wäre, intensiver mit der Ökonomie auseinandergesetzt, wäre ein solcher Antrag nicht durchgegangen. Anstatt das Versäumte nachzuholen, hat es die DK für gut befunden, dieses "Phänomen des Rechtsradikalismus" dem "rapiden Anwachsen der NPD und der relativen Stärkung der CSU wie des rechten

Flügels der CDU" anzukreiden (vielleicht wurde hier die SPD mit ihrem Trend nach rechts aus historischem Respekt verschont: soll sie doch einmal die Partei des Proletariats gewesen sein). Die DK hat es weiter für gut befunden, dem "Phänomen" des Rechtsradikalismus mit einer Untersuchung folgender Punkte zu Leibe zu rücken: Bundeswehr, Korporationen, Ausbildungsstätten für Volksschullehrer, Fakultäten, "in denen politische Abstinenz gepflegt wird" (Naturwissenschaften etc.). Die DK hat übersehen, daß all dies lediglich Symptome oder Ausbruchstellen des Übels sind; sie einmal mehr für das Übel selbst zu erklären, heißt einmal mehr den Faschismus verkennen.

Zur Vietnamentschließung

Von der vom Bundesvorstand vorgelegten Entschließung zur Vientnampolitik des SDS wurden die beiden ersten Drittel abgelehnt. Bedauerlich bleibt, daß mit dem letzten Teil ni ht ebenso verfahren wurde. Er enthält den Beschluß einer Sammlungsaktion, durch die die Mittel füreine Einrichtung einer ambulanten medizinischen Station aufgebracht werden sollen. Sie soll der vietnamesischen Befreiungsfront zur Verfügung gestellt werden. Wir sind gespannt, wann diese Imitation der Bundesregierung, diese "Helgoland II" vollendet sein wird. Indem der SDS solche Pläne in sein Beschlußprotokoll aufnimmt, begibt er sich auf das Niveau der Heilsarmee. Materielle Unterstützung der Befreiungsfront ist nicht Gegenstand spektakulärer Resolutionen, sondern hat stillschweigend zu geschen. In die Resolution hätte die politische Stellungnahme zum Vientnamkrieg gehört; eine solche konnte die DK jedoch nicht erarbeiten.

Zur Argentinienentschließung

Es wurde beschlossen, die Freilassung der in Argentinien verhafteten Professoren und Studenten und die Wiederherstellung der Universitätsautonomie in Argentinien zu verlangen. - Anstatt sich mit der Lage in Argentinien insgesamt zu befassen, griff man ein einzelnes Ereignis von wenig mehr als tagespolitischer Bedeutung heraus. Naive Betrachter mögen daraus schließen, das das Regime in Argentinien sich lediglich diesen einen Mißgriff habe zuschulden kommen lassen, daß die Verhältnisse dort ansonsten in Ordnung seien. Ein Glück nur, daß kurz nach der Verhaftungswille in der BRD der SDS seine DK abhielt und Stellung nehmen konnte! Daß man in dieser Weise ein zeitlich gerade zupaß kommendes Einzelereignis aufgriff und durch die isolierte Behandlung hochspielte, ohne seinen weit bedenkenswerteren Ursachen - der politischen und gesellschaftlichen Lage in Argentinien - nachzugehen, ist bezeichnend für eine gewisse Kurzsichtigkeit: über der Beschäftigung mit Vietnam, das nachgerade ein Fetisch zu werden droht, geht der Blick für andere Länder der Dritten Welt verloren. Angesichts der Vorgänge in Südamerika und Afrika - für den SDS terra incognita - wirkt die Argentinienentschließung lächerlich. Sie sagt mehr über die Qualifikation des SDS, als ihm lieb sein kann.

Zu den abgelehnten Anträgen

- Erweiterung des Beirats
- Errichtung eines Ökonomie-Referats
- Umstrukturierung der "neuen Kritik"

Auf der DK wurde von vielen Seiten Kritik an der bisherigen Praxis des Bundesvorstandes geübt, ihm nicht genehme Stimmen im Verband zu unterdrücken. Umso unverständlicher ist, daß der Antrag auf Erweiterung des Beirats von drei auf fünf Mitglieder, die eine breitere Mitwirkung der verschiedenen Gruppierungen im SDS an der Politik des Vorstandes ermöglicht hätte, abgelehnt wurde. Solange man sich weigert, die Voraussetzungen für eine bessere Praxis zu schaffen, wird die schlechtere kaum verschwinden.

Deutlich wurde der Mangel theoretischer Schulung. Zwar entschluß sich die DK zu einem Schulungsprogramm. Dies wird aber erst nach längerer Anlaufzeit durchgeführt werden können. Daher bleibt schleierhaft, warum die Einrichtung eines Ökonomie-Referates, das mit der Arbeit sofort hätte beginnen können, auf hartnäckigen Widerstand stieß.

Zu Recht kritisierte die DK den Mangel an Diskussion innerhalb des Verbandes. Sie weigert sich indes, die "neue kritik" so umzustrukturieren, daß sie endlich ein Forum der Diskussion werden könnte.

Das Unbehagen an der Lage des Verbandes scheint noch immer nicht groß genug zu sein, um Konsequenzen zu zeitigen. Wie schlecht muß es eigentlich um den SDS bestellt sein, bis seine Delegierten sich zu Verbesserungen aufraffen?

1. Bundesvorstand und Marburg

Bezeichnend für den alten Bundesvorstand war sein tönendes Vokabular. Es erinnert nicht zufällig anden radikalen Jargon, der in vielen Gewerkschaftskreisen üblich ist, und der eine opportunistische Tagespolitik nur mühsam verdeckt. Mehr als Tagespolitik hat auch der alte Bundesvorstand nicht geleistet. Vernachlässigt wurde von ihm insbesondere die Diskussion im Verband, die die Grundlage eines politischen Konueptes hätte sein müssen. Wo im vorigen Jahr versucht wurde, durch Diskussionen die Lage des Verbandes und seine Politik zu klären, war schnell das Gespenst der Spaltung, das Gespenst des Nutzens für die Feinde an die Wand gemalt. Erst auf der Delegiertenkonferenz machte sich der frühere Bundesvorsitzende Schauer unter dem starken Druck der verschiedenen Gruppen in seinem Grundsatzreferat Argumente zu eigen, die ihm nahezubringen in den Monaten zuvor unmöglich gewesen war. Doch auch dies war nicht mehr als ein verbales Manöver; insbesondere die Debatte um die Notstandsgesetzgebung zeigte, daß der alte Bundesvorstand nur zu Modifizierung seiner Rhetorik bereit war.

Statt theoretischer Arbeit, die über ihr Ergebnis - ein klares Programm mit sozialistischer Begründung - mit der Praxis zu vermitteln gewesen wäre, fanden wir bei ihm abstraktes sozialphilosophisches Gerede. Statt praktischer Arbeit, die sich an einer sozialistischen Position orientierte, fanden wir opportunes Taktieren zwischen den verschiedenen Gruppierungen im SDS und zwischen den verschiedenen radikaldemokratischen Verbänden der BRD. Kein Wunder also, daß die Arbeit wesentlich unpolitisch war. Kein Wunder auch, daß auf der DK der alte Bundesvorstand und sein Anhänger, zumal aus Marburg, affektiv auf Fragen nach der politischen Linie reagierten.

2. Berlin

Die Berliner Gruppe hat mit ihrer Hochschulpolitik Ausgezeichnetes geleistet. Sie wird im Augenblick wohl als einzige der Forderung gerecht, nach der der SDS in erster Linie ein Hochschulverband zu sein habe. Doch zeigten sich in den Referaten der Genossen [illegible] und [illegible] auf der DK auch die Grenzen dieser Hochschulpolitik. Ihre Beschreibung der Situation an den Hochschulen war rein phänomenologisch. Das souveräne Hantieren mit den Begriffen der Soziologie verdeckte vielleicht manchem, daß die Lage der Hochschulen isoliert untersucht wurde, daß die gesamtgesellschaftlichen Vermittlungen weitgehend außer Betracht blieben. Wo die gesellschaftlichen Ursachen für die Situation an den Hochschulen ungenügend reflektiert werden, muß auch das Ziel einer Hochschulpolitik falsch oder unklar sein. [illegible] Hochschulpolitik wird hier weiterarbeiten müssen. - Deutlich trat ein Einfluss der oppositionellen Hochschulbewegung in den USA zutage. Da-

gegen ist solange nichts einzuwenden, als Ähnlichkeiten der Lage an den amerikanischen und deutschen Universitäten eine Anlehnung an die amerikanische Praxis gestatten; auf die gravierenden Unterschiede, die oft eine solche Anlehnung verbieten, wurde zu wenig geachtet. Die Opposition an den amerikanischen Hochschulen wird vor allem gespeist aus Strömungen, die dem amerikanischen Pragmatismus entstammen. Eine sozialistische Position, wie sie der SDS vertreten muß, ist mit diesen Richtungen nur selten vereinbar.

Noch fehlt dem SDS ein Programm, das seine gesamte Politik bestimmt, und in dem sich die augenblickliche Hochschulpolitik als sinnvoll ausweisen kann. Die strikte Zurückhaltung der Berliner Delegierten auf der DK bei allen Fragen, die nicht in den Bereich der Hochschule fielen, insbesondere bei den Diskussionen über ökonomische Probleme, scheint uns ein Zeichen dafür zu sein, daß sie die Hochschularbeit zu stark isolieren von den übrigen Aufgaben des SDS.

Eine weitere Gefahr scheint uns darin zu liegen, daß die Berliner Genossen bei ihren Vorschlägen zu einer Hochschulpolitik für die gesamte BRD (es existieren darüber hinaus Pläne zur Zusammenarbeit mit ausländischen Studentenorganisationen) zu sehr von den besonderen Gegebenheiten der FU Berlin ausgehen. Die FU ist in allen entscheidenden Punkten ein Sonderfall; dort gesammelte Erfahrungen lassen sich nicht unbesehen übertragen. Dies sollte vor allem bei der Kooperation mit ausländischen Studenten beachtet werden.

Unter den Berliner Delegierten nahm Rudi Dutschke eine Sonderstellung ein. Als einziger von ihnen wich er den Diskussionen über die gesellschaftlichen Veränderungen, vor allem die ökonomischen, nicht aus. Richtig konstatierte er die Wandlung der Produktionsverhältnisse in den letzten Jahrzehnten, die theoretisch aufzuarbeiten der sozialistischen Theorie immer noch nicht gelungen ist. Seiner Anwendung der Marxschen Theorie auf die heutigen Verhältnisse stimmen wir zwar nicht zu, doch gehört er zu den wenigen im SDS, die eine solche noch versuchen, und denen Marx mehr als ein Lippenbekenntnis ist. Die auf der DK begonnene Diskussion soll auf einem Berlin-Bonner Seminar fortgesetzt werden.

3. München

Die Münchener haben ihre Position durch einen ausführlichen Programmantrag und durch einen (gemeinsam mit einem Kölner und dem Bonner Delegierten verfassten) Antrag zur Notstandsgesetzgebung als marxistisch ausgewiesen. Ihre Diskussionsbeiträge auf der DK zählten zu den besten. Doch gerät ihre dialektische Argumentation bisweilen an die Grenze unverbindlicher Abstraktion, unverbindlich, weil der betriebenen politischen Arbeit widersprechend: auf der DK warben sie für eine von ihnen entworfene Plakette gegen den Vietnamkrieg mit der Aufschrift "Stop US Aggression". Plaketten und Abzeichen sind Ausdruck eines wesentlich unpolitischen Protestes und stünden allenfalls einem Verein an, der sich von antiamerikanischen Ressentiments nährt. Der SDS sollte sich solch sentimentaler Trostpflästerchen fürs durch durch den Gang der Ereignisse verwirrte und gutbürgerlich-empörte Gemüt verzichten. Sie mögen einem verbreiteten Bekenntnisdrang Rechnung tragen, doch Bekenntnis und Sentiment sind hilfloser Reflex, nicht rationale Antwort auf eine kapitalistische Politik.

4. Köln und Bonn

Diese Fraktion war zahlenmäßig die schwächste; von den drei Kölner Delegierten rechnete nur einer zu ihr, Unterstützung erhielt sie fast ausschließlich von den Münchnern. Sie versuchteunter anderem, die im Verband seit langem vernachlässigte Auseinandersetzung um die politische Linie wieder in Gang zu bringen, kritisierte insbesonder die bisherige Notstandspolitik, da sich hier die Kozentions-

losigkeit am deutlichsten zeigte, und nahm Stellung gegen die völlige Vernachlässigung der theoretischen, vor allem ökonomischen Arbeit im SDS. Sie wird die großenteils von ihr provozierten Kontroversen der DK auf Bundesseminaren etc.fortsetzen.

5. Übrige

Etwa die Hälfte der Delegierten vertrat keine dezidierte Position. Es warenvielfach junge und unvorbereitete Genossen zur DK geschickt worden,die den Auseinandersetzungen der oben skizzierten Fraktionen nur mühsam zu folgen vermochten. Zum Teil beteiligten sie sich auch dort nicht, wo sie es gekonnt hätten, sondern traten nur hervor, wo ihre unmittelbaren Interessen behandelt wurden.

Hält man die DKfür ein so unwichtiges Gremium, das man annimmt, sich nicht mit dem befassen zu müssen, was verhandelt wird, oder Delegierte entsendet, die sich mangels Kenntnissen nicht beteiligen können? Dann billigt man bewußt oder unbewußt die alte schlechte Praxis des BV, vornehmlich organisatorisch tätig zu sein und die politische Diskussion allenfalls als Randerscheinung zu lassen.

6. Schlussfolgerungen

Gruppierungen, wie die auf der letzten DK hervorgerteten, sind in ihrer Gegensätzlichkeit nicht - wie dies oft geschehen ist - von vornherein negativ zu beurteilen. Die zu Tage getretenen Differenzen dürfen nicht länger durch Propagandegeschrei für die "Einheit des Verbandes" vermäntelt werden. Der SDS muß die Konsequenz daraus ziehen, daß er ein höchst heterogener Verband ist, seine Einheit wird sich nur herstellen, wenn er die Differenzen austrägt. Gefahr droht dem Verband nur durch das bisherige Verfahren, politische Auseinandersetzungen zu blockieren. Seine Chance aber liegt genau in dem, was bislang als Gefahr verleumdet wurde: in der Auseinandersetzung innerhalb des Verbandes.

Reimut REICHE und Peter GÄNG:

Die 21. Delegiertenkonferenz

Noch während sie tagte, ist an der 21. oDK die Kritik geübt worden, sie habe ihre Beschlüsse um so leichter und mit um so größerer Einhelligkeit gefasst, je weiter sich der politische Bezug der Anträge von den konkreten Aufgaben und der politischen Basis des SDS entfernte. Diese Kritik muss diskutiert, ihrem Wahrheitsgehalt muss nachgegangen werden. Als gewichtiger Hinweis ist nun im Beschlußprotokoll tatsächlich sichtbar, daß wir zwar eine inhaltlich ausformulierte analytische Stellungnahme zur "Kulturrevolution in China" verabschiedeten, einen Beschluß zur Hochschulpolitik aber nicht fassen konnten, und dies, obwohl uns für die Diskussion hochschulpolitischer Probleme ein ganzer Nachmittag der Konferenz mit zwei vorbereiteten Referaten zur Verfügung stand, und obwohl ein Entwurf für eine Hochschulresolution vom alten Bundesvorstand vorgelegt worden war. Nicht in der Lage waren wir auch, einen Beschluss über die Rolle der Gewerkschaften und die Zusammenarbeit mit ihnen, zu verabschieden. Auch die analytisch stringente Verknüpfung von Stabilisierungsgesetzen, Notstandsgesetzgebung und Strafrechtsreform als Herrschaftsmaßnahmen des sich formierenden Kapitalismus auf verschiedenen Ebenen der Restriktion, Manipulation und Kontrolle brachte die Delegiertenkonferenz nicht zustande. Nicht einmal zu den Stabilisierungsgesetzen und zur Strafrechtsreform allein konnten die vorbereiteten Anträge durchgearbeitet, ausdiskutiert und verabschiedet werden. Dies alles ist richtig. Aber wir müssen uns die theoretisch und praktisch sinnvolle weil historisch und psychologisch belegte Hypothese zu eigen machen, daß die Tendenz zur Flucht vor den unmittelbaren, ziemlich diskret benennbaren Aufgaben ein Reflex auf die Schwierigkeit eben dieser Aufgaben ist. Isolierte sektiererische Zirkel haben notwendig die Tendenz, ihre Isolation durch Spaltungen verstärkt zu reproduzieren und so das Sektierertum gegen sich selbst zu wenden; Realitätsflucht als schizophrenes Symptom ist Reaktion auf eine Umwelt, die für das Individuum die Schwelle der Belastbarkeit überschritten hat und nun erträglich geworden ist. Als gesamter Verband ist der SDS jedoch weder ein sektiererischer Zirkel noch auch eine Vereinigung schizophrener Individuen. Trotzdem erscheint er seinen Adressaten manchmal als sektiererisch und die Schizophrenie der Gesellschaft in der er arbeitet wird in ihm verstärkt bewusst, schon weil es primär die Studenten sind, die unter ihr leiden, die zu ihm kommen.

Vergleicht man die objektivierten Resultate dieser Delegiertenkonferenz mit denen der vorhergehenden, wird man zunächst feststellen, daß ihre Beschlüsse inhaltlich-theoretisch weit besser begründet sind, als die der vorhergehenden, in denen eher ein Nebeneinander von unmittelbar einsichtigen Handlungsanweisungen und Apellen an die Herrschenden vorherrschte. Beschlüsse dieser Delegiertenkonferenz, wie etwa der zur Teilnahme an der antimilitaristischen Demonstration in Lüttich oder auch der Argentinienbesch-luß oder der zum Rechtsradikalismus sind eher Ausnahmen: Sie erklären sich weitgehend aus dem Gruppendruck unter dem auch eine Delegiertenkonferenz des SDS steht. Man will weder gegen die möglichst große Gestaltung einer solchen Demonstration, noch gegen die Verurteilung des Vorgehens der argentinischen Staatsmacht gegen Studenten und Professoren sprechen, schon weil man sich nicht dem Verdacht aussetzen mag, mansei gegen den Inhalt dieser Anträge.

Der bedeutsamste und politischte Beschluss der 21. DK ist zeifellos die Notstandsresolution und ihr Korrelat, der Beschluss zur Notstandsaktivität des SDS auf regionaler und lokaler Ebene. Dieses Beschlusspar ist, trotz aller Mängel, die ihm noch anhaften mögen, beispielhaft für den SDS. Die Diskussion dafür war in den einzelnen Gruppen durch Arbeitskreise zum Thema Notstand und formierte Gesellschaft vorbereitet. Vom Bundesvorstand lag ein Resolutionsentwurf vor, desgleichen Anträge von mehreren Gruppen zur Notstandspolitik des SDS (die bei weitem meisten Anträge zu einem politischen Gebiet); eine ausführliche Diskussion über die Politik der Notstandsopposition war schon wegen des - zu diesem Zeitpunkt noch nicht öffentlich angekündigten - Kongresses "Notstand der Demokratie" ein Gebot der Stunde. Der Kernsatz der nach zweitägiger

Diskussion von der Delegiertenkonferenz beschlossenen Resolution lautet: "Der SDS erkennt die Notstandsgesetzgebung als Mittel des Klassenkampfes in der spätkapitalistischen Gesellschaft". Dieser Satz in dieser Resolution unterscheidet sich grundsätzlich von vielen anderen Erkenntnissen über den Klassenkampfcharakter scheinbar ökonomiebedingter Maßnahmen eines Staates, zu denen der SDS in seiner theoretischen Arbeit gelangt ist. Denn dieser Satz wird in einem selten nich-abstrakten Zusammenhang gebraucht. Es heisst nämlich in der Resolution weiter: "Der Erfolg unseres Kampfes bemisst sich deshalb nicht allein an der Verhinderung der Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung, sondern an dem durch den Kampf zu gewinnenden Widerstandspotenial und politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse". Und an diese Resolution schliesst sich, im Beschlußprotokoll konsequent von ihr getrennt, die konkrete Handlungsanweisung an: die Arbeit in den lokalen und regionalen Notstandsausschüssen muß intensiviert werden. Als Adressat dieser Arbeit wird die Arbeiterklasse bestimmt. Und diese Bestimmungist in der Tat, wie es z.B. Gen. Fischer (Bonn) formuliert, ein "kluger Kompromiss", so kompromisslos diese Bestimmung der Adressaten sozialistischer Bewusstseinsbildung sich die von der marxistischen Theorie festgelegte Zielgruppe hält. In den Notstandsausschüssen,die das aktuellste Beispiel von Gruppen sind, in die wir bewusstseinsbildend eingreifen können, sind nach unserer bisher leider nur fragmentarischen Kenntnis Arbeiter nur zu einem geringen Teil vertreten -die beschworenen Betriebsräte der Fordwerke sind auch für die nächste Zeit wohl eher eine Ausnahme denn eine Tendenz; im Übrigen ist es mehr als fraglich, ob die Arbeiter heute noch weit vor Angestellten, Hausfrauen und Studenten zum idell-potentiellen Träger antikapitalistischer Strukturreformen gemacht werdenkönnen.
Auch die "Entfremdung" der Arbeiter vom Produktionsprozess wächst rapide, nämlich proportional der fortschreitenden Technisierung und nähert die Arbeiter damit der potentiellen Gewalt nach den übrigen gesellschaftlichen Gruppen an. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch dieser Bundesvorstand des SDS sich an die b e s t e h e n d e n oppositionellen Bewegungen der BRD halten wird in seiner Arbeit und sich nicht "blitzsaubere, neue" Träger der Revolution schaffen wird.

Bei der Behandlung der Anträge auf der Delegiertenkonferenz traten einige Phänomene zutage, die es hier zu diskutieren gilt. So abstrakt insgesamt und teilweise analytisch falsch begründet beispielsweise die abgelehnte Beschlussvorlage zu den Stabilisierungsgesetzen gewesen sein mag, die Gründe für die Ablehnung dieser und anderer Vorlagen sind nicht nur in den inhaltichen Einzeleinwänden zu suchen. Aufdieser Delegiertenkonferenz produzierte sich eine im SDS vielfach anzutreffende Einschätzung des eigenen theoretischen Selbstverständnisses und seiner Mängel, die wir hier unter dem Begriff des "Wir haben keine konsistente Theorie"-Theorems zusammenfassen wollen. Weiter herrschten nicht aufhebbare Differenzen in der Auffassung über die Funktion von Beschlüssen:
Besonders bei denjenigen der Berliner Delegierten, die durch den Argument-Klub theoretisch auf den SDS vorbereitet wurden und erst seit kurzer Zeit in ihmorganisiert sind, herrschte die Tendenz, sich gegen in Beschlussformen vorgelegte Analysen der innenpolitischen Situation der BRD, der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus etc. außer mit detaillierten inhaltlichen Einwänden auch mit dem Argument zu weden, das sich etwa so skizzieren lässt: Solange wir keine konsistente ökonomische Theorie haben und mehr oder weniger nur in der ideologiekritischen Einzelanalyse etwas zu leisten vermögen, sollten wir auf Beschlüsse, die eine derartige Konsistenz vortäuschen, lieber ganz verzichten. - Der Berliner Delegierte Langhans betonte beispielsweise, die Berliner Flugblattreihe "Informationen über Vietnam und Länder der Dritten Welt" hab aus diesem allgemeinen Mangel in der theoretischen Aufarbeitung bewusst die Konsequenz gezogen, die Theorie nur mehr negativ in die Agitation aufzunehmen und positiv mit für sich selbst sprechenden Zeitungsmeldungen etc., eben Informationen, zu arbeiten. Diese Methode ist für die Flugblattagitation in der Tat völlig durchführbar, obwohl ihre Effektivität bislang noch keineswegs getestet ist.

Und selbst die "Informationen" können ja auf explizite theoretische Zusammenfassungen ja keineswegs völlig verzichten: in Nr. 2 wird etwa die abstrakte "Maschine", der sich verselbständigende Regelkreis, zum neuen Subjekt der Geschichte erklärt. Die Beschlüsse einer politischen Organisation müssen anderen Bedingungen gehorchen: sie müssen die Differenzen zwischen theoretischem Selbstverständnis und politischer Agitation aushalten; sie sind das objektivierte Produkt des theoretischen Selbstverständnisses und zugleich politisch agitativ. Und sie sind dies, ohne den Selbstverständigungscharakter abschießender Thesen einer Arbeitskreisidkussion oder auch nur eines Aufsatzes in einer sozialistischen Zeitschrift zu haben und ohne direkt unter dem Aspekt ihrer Wirkung nach außen konzipiert zu sein. Sie sind zugleich bestimmend für die Organisation selbst und bestimmt für die sogenannte interessierte Öffentlichkeit.

Es ist nicht Aufgabe der Delegiertenkonferenz, in wenigen Tagen irgendwelche "Theorie" aufzuarbeiten, und doch hat diese Delegiertenkonferenz dies in hohem Maße getan. Und es liegt außerhalb der Definition einer sozialistischen Organisation, solange sie noch eine politische Organisation sein will, auf politische Stellungnahmen zu verzichten mit dem Argument (oder der Rationalisierung),es fehle noch an der konsistenten Theorie. Auch der amtierende Bundesvorstand hat die Absicht, sich diesem Zwang der politischen Organisation zu beugen.

Relativ unabhängig hiervon kann man diskutieren, in wie weit man mit einer Entschließung oder einer anderen politischen Stellungnahme die Einheit, Stärke und Sicherheit der sozialistischen Opposition im allgemeinen und des SDS im besonderen betont und wie sehr man ihre Schwächen, theoretischen Unsicherheiten und Differenzen reflektiert. Der alte BV hatte hier in extremem Maße die Tendenz, vom SDS nur im Indikativ respektive im Futur zu sprechen - "der SDS hat", "der SDS ist", "der SDS wird". Aber diese Tendenz wurde oft vor einem unpolitischen Hintergrund kritisiert. Wir sollten uns selbst bei Aktionen, für die die theoretische Analyse noch nicht voll durchgeführt ist, sicher genug sein, auch dann im Indikativ zu reden, wenn der noch aktuelle Konjunktiv erst durch das bestimmte Reden und Handeln dazu werden kann.

Nur in diesem Zusammenhang lässt sich auch die Differenz zwischen Wissenschaftlichkeit und Publizierbarkeit einer Resolution politisch behandeln. In der Antragsprüfungskommission ist etwa die Verwendung von Begriffen wie "autoritär" und "Oberklasse" kritisiert worden. Auch wenn die mikrosoziologischen Analysen darauf hinweisen, daß die starre Familienhierarchie, die bestimmend für den "autoritären Charakter" war, im Spätkapitalismus sich ~~in der~~ Auflösung befindet, werden wir in politischen Stellungnahmen doch solange "autoritär" als legitimen Begriff verwenden, solange in unseren wissenschaftlichen Analysen der "neue" autoritäre Charakter nicht so weit vorbereitet und publik gemacht ist, daß wir ihn mit der Chance auf Verständlichkeit bei unseren Adressaten verwenden können.

Es ist einem politischen Beschluß einer sozialistischen Organisation zweifellos angemessener, mit dem Satz "Kernstück der autoritären Entwicklung der Bundesrepublik ...." zu beginnen (Entwurf zur Notstandsresolution des alten BV) als mit der Diskussion der Auflösung traditionell autoritärer Strukturen und ihrer individualpsychologischen Sicherung im Spätkapitalismus. Die Notstandsgesetze sind unter dem politischen Begriff "autoritäre Maßnahmen" subsummierbar, auch wenn sie nicht darin aufgehen und erst recht auch, wenn sie in einer historischen Situation geschaffen werden, in der der traditionelle "autoritätsgebundene Charakter" nicht mehr mit den "autoritären Maßnahmen" der ihm entsprechenden Herrschaftsform in Deckung zu bringen ist.

Der politische Stellenwert der Entschliessungen zur Notstandsgesetzgebung, zum Krieg in Vietnam und zur Kulturrevolution in China wird in der nk 38 dargestellt, desgleichen die genetische Ableitung des Schulungsprogramms und seine Funktion für den SDS. Bezeichnend bleibt, daß wir uns weder in der nk 38 noch in diesem Artikel verbindlich zur Hochschulpolitik des SDS äußern können. Die Zeit der Hochschulpolitik des SDS, die in der "Hochschuldenkschrift des SDS" ihren theoretischen Ausdruck gefunden hatte, ist inzwischen legendär. Viele einzele Gruppen sind hochschulpolitikmüde und selbst neubesinnungsunwillig; sie haben sich von dem zähen und unergiebigen Kampf um die Rechte der Studenten am Arbeitsplatz abgewandt. Der tendenzielle Widerspruch zwischen den beiden "Grundsätzen" des SDS: "der SDS ist nur so stark wie er an der Hochschule ist" und "der SDS muss Funktionen einer in der BRD nicht existierenden sozialistischen Partei übernehmen" wird jetzt offenbar. Der SDS wird sich in seiner Notstandsopposition besonders auf die lokalen Notstandsausschüsse stützen und in seiner Straßensammlung für die FNL an eine noch breitere Öffentlichkeit wenden. Er übernimmt damit eindeutig die Aufgaben der "nicht existierenden ...." und es kann wohl sein, daß er in der Realisierung dieser Aufgaben stärker wird als er an der Hochschule ist. In den letzten beiden Jahren ist sowieso vom Bundesvor-stand, dem idellen Gesamtsozialisten in der BRD der zweite Satz mehr als der erste befolgt worden. Und dies lag bestimmt nicht ursächlich an "verbandspolitischen" Intentionen des letzten BV. Sollen wir in dieser Situation repetieren, daß die Hochschulpolitik der Ort ist, an dem sich Interesse und Politik unmittelbar und direkt zu vermitteln haben? Wir sind eher geneigt, den Beschluß über das hochschulpolitische Bundesseminar material beim Wort zu nehmen.

Mit Bedacht haben wir die drei divergierenden Begründungen zum Verbot der KPD veröffentlicht. Es kommt uns dabei nicht so sehr auf eine Würdigung der KPD als auf die Vorstellungen in unserer Organisation über sie an; - in einigen selbst großen und funktionsfähigen Gruppen, etwa dem Landesverband Berlin ist dieses Problem völlig unaktuell und auch tendenziell unwichtig: es hat nur den Stellenwert: wie geschickt oder ungeschickt wird sich die SED-West (als der KPD in der Illegalität doch immerhin entsprechenden Organisation) auf unserer nächsten Demonstration wieder aufführen. Und diesen praktischen Stellenwert gewinnt die SED hier grade dadurch, daß sie auf allen Demonstrationen des Berliner SDS irgendwie mit dabei ist; dies im Gegensatz zur auch faktisch nicht-existenten KPD bei anhaltenden nur mehr mythisch bestimmten Identifikationsneigungen mancher Genossen hier. Der auf der DK angenommene Antrag ist nun in der Tat ein seltsamer Torso, der den SDS zu nichts verpflichtet. Die zum Teil heftige Diskussion in der Antragsprüfungskommission rührte daher, daß über der ganzen Frage auch im SDS einmal der Bann der bundesrepublikanischen Legalität liegt, zum anderen, wie es ein Redner formulierte, die "Stalinismus-Diskussion im SDS noch nicht geführt wurde.

Es scheint uns gefährlich, die KPD unmittelbar mit dem Interesse der Arbeiterschaft zu assoziieren. Zwar stimmt heute, bei ihrer Illegalität, daß sie unter Repressalien für die Interessen der Arbeiter eintritt. Aber etwas anderes ist, ob sie eines Tages das K l a s s e n - Interesse, das ein politisches ist, vertreten wird. Es ist illusorisch, die KP-Frage völlig unter Nichtachtung der DDR und ihrer Beziehung zur KP und zur BRD zu diskutieren. Richtig ist die Erkenntnis, daß das KP- Verbot ein Mittel des Klassenkampfes war. Jedoch nicht nur, um den bewußtesten Teil der Arbeiterschaft zu treffen, sondern um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft bewußt werden k a n n, und zwar in Form ihrer verschiedensten Klassenorganisationen, unter denen die KP eine, und in Deutschland heute nicht einmal die wichtigste wäre. Man kann nicht - gerade nicht beim KP- Verbot - die ganze Scheiße mit einem Hieb beiseite schaffen. Unter dem Aspekt Legalität/Illegalität ist es richtiger - und die Freunde der KP würden besser sich da an der KP orientieren - das KP-Verbot "radikaldemokratisch" zu diskutieren. So läßt sich der ganze bundesrepublikanische Parlamentarismus aufrollen, und erst dann hat man die Voraussetzung geschaffen, unter der die nächste Frage: Wiederbelebung der

Arbeiterbewegung neu gestellt werden kann. Diese Frage wird den SDS zwingen zu einer intensiven Diskussioh über die DDR, eine Diskussion, die zur Zeit für den Verband wichtiger ist als das KP-Verbot, weil dieses vor der allgemeinen Frage: Illegalisierung der BRD verschwindet als Beispiel und nicht mehr als die Kernfrage, wie sie die Kölner und Münchner Genossen gern sehen wollten.

In einem direkten Zusammenhang mit der Entfremdung der Studenten vom Produktionsprozeß steht ihre Motivationsstruktur, die sie zum SDS führt. Sie ist in hohem Maße psychisch bestimmt, wie es Gen. Bessau analysiert hat. Die genuine Motivation eines Eintritts in eine sozialistische Organisation: Wahrnehmung der Chance auf Durchsetzung des proletarischen Klassenstandpunktes, haben wir nie erreicht und können wir auf Grund unserer Struktur als Studentenverband nicht erreichen, auch wenn wir noch so viele Funktionen einer sozialistischen Partei wahrnehmen. Unsere Aufgabe ist nicht primär, auf eine politische Eintrittsmotivation in den SDS hinzuarbeiten, vielmehr müssen wir die Schwäche unserer Struktur positiv formulieren: am Ende des Bildungs- und Schulungsprozesses im SDS muss die psychische Motivation, das "Unbehagen" in der Gesellschaft, politisch bewusst und tragfähig gemacht worden sein.

Etwas anderes ist die psychische Belaltung, unter der eine Delegiertenkonferenz des SDS steht: In kürzester Zeit und unter denkbar ungünstigen Randbedingungen die Kritik an der Gesellschaft vermittels unvollständiger theoretischer Ansätze, bei fehlendem oder unaufgearbeitetem Material über die aktuellsten gesellschaftlichen Bewegungen und bei unterschiedlichem Ausbildungsniveau der Beteiligten theoretisch stringente und politisch sinnvolle Entschließungen mit logisch konsequenten Handlungsanweisungen zu formulieren. Diese psychische Belastungssituation ist im Süd-Tirol-Antrag ironisch begriffen und aufgehoben worden. Dieser "Antrag" beherrscht auf vortreffliche Weise das metakommunikative Sprachvermögen: eine Situation begreiflich zu machen, ohne sie zu benennen. Die Sumpfblüten des theoretischen Wortsalats, über die sich dieser Antrag scheinbar nur "negativ" lustig macht, müssen in der Schulung des SDS positiv aufgehoben werden. Das Schulungsprogramm des SDS ist das praktische Mittel dazu.